

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

198 · April 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	291
Nachdenken über Gerechtigkeit	293
Essay	
HELMUT BOCK Was tun? Russlands Februarrevolution und Lenins »April-Thesen«	297
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
GREGOR GYSI Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus	309
HEIKO LANGNER Zur antilinken Kritik des Finanzkapitalismus am Beispiel der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«	328
Interview	
KLAUS PETER KISKER Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung Interview mit Stefan Kalmring und Andreas Nowak	335
Wirtschaft & Soziales	
DIETMAR DATHE Niedriglohnsektor. Eine Auswertung aktueller Studien	344
FABIAN VIRCHOW Von der »antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes«. Zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der »kleinen Leute«	352

Zwischen den Welten

MAXI HAASE

Zwischen Fremdbestimmung und Autonomie.

Zur Rolle Indigener in der Entwicklungszusammenarbeit 361

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

372

Bücher & Zeitschriften

Jan Hoff, Alexis Petrioli, Ingo Stützle,

Frieder Otto Wolf (Hrsg.):

Das Kapital neu lesen – Beiträge zur radikalen Philosophie

Wolfgang Fritz Haug:

Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«

(THOMAS MARXHAUSEN)

374

Michael Schumann, Martin Kuhlmann,

Frauke Sanders, Hans Joachim Sperling (Hrsg.)

VW-Auto 5000: Ein neues Produktionskonzept

Die deutsche Antwort auf den Toyota-Weg? Eine Studie
des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) Göttingen

(MARCUS SCHWARZBACH)

378

Körner, Dorothea:

Zwischen allen Stühlen. Zur Geschichte des Kunstdienstes
der Evangelischen Kirche in Berlin 1961 – 1989.

Mit einem Vorwort von Manfred Richter

und einem Gespräch mit Heinz Hoffmann.

(JENS LANGER)

378

Klaus Theweleit:

absolute(ly) Freud Songbook

Klaus Theweleit:

Friendly Fire. Deadline-Texte

(BENJAMIN MOLDENHAUER)

380

Summaries

382

An unsere Autorinnen und Autoren

Impressum

384

VorSatz

Die im Dunkeln sieht man nicht. Zum einen die wirklich Reichen und Mächtigen sowie die wirklichen Verbrecher, wobei oft unklar ist, ob sich diese Unterscheidung rechtfertigen läßt. Zum anderen die Verdammten dieser Erde, auf der auch Deutschland liegt.

Manchmal jedoch ist es anders. In der Mitte des Oktobers 2006 wurde die zweite Gruppe einmal kurz ans Licht hervorgezerrt, von allen Seiten beäugt, Entsetzen simuliert und anschließend vergessen – das Entsetzen ebenso wie die Verdammten dieses Deutschlands. Künftig nun in der Schublade »abgehängtes Prekariat« verwaltet: niedriger gesellschaftlicher Status, geringe Identifikation mit Arbeit, niedriges monatliches Haushaltsnettoeinkommen, höchster Anteil an Konfessionslosen, wünschen sich gemeinwohlorientierte Gesellschaft, Politikinteresse unterdurchschnittlich, gewerkschaftlicher Organisationsgrad relativ hoch, bewerten Idee des Sozialismus eher positiv, deutliche Präferenzen für linke bzw. rechte Randparteien – so etwa hieß es jüngst in der aufstörenden Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Menschen aus dieser Gruppe.

Was soll man als Politiker »einer der beiden großen Volksparteien« mit solchen Leuten anfangen, zumal sie bisher nur acht Prozent der Wähler ausmachen? Da redet man doch besser vom Wetter. Davon haben alle etwas. Außerdem lassen sich auf diesem Feld leichte Erfolge erzielen, die – was auch nicht zu verachten ist – kurzfristig zudem niemand nachprüfen kann. Und, noch wichtiger: Man kann mit diesem Thema Angst und Wohlverhalten erzeugen. Was sind elf Millionen Arme gegen den drohenden Weltuntergang? Da muß der einzelne eben schon mal zurückstehen.

Die Verelendung im »unteren Teil« der Gesellschaft schreitet weiter voran; die Langzeitarbeitslosigkeit »verfestigt sich«, und die Regierung – in diesem Zusammenhang von Eliten zu sprechen, verbietet sich spätestens seit Helmut Kohl – feiert den warmen Winter und die Exportweltrekorde durch Metall- und Chemieindustrie. Nach den Jahren der Stagnation und der Arbeitsplatzvernichtung sind auch wieder am Bau die Bücher voll.

In diesem hoffnungsfrohen Moment meldet sich einer aus dem Dunkeln, der zu den wirklich Reichen gehört und dessen Namen außerhalb seiner Kreise natürlich fast niemand kennt: Jim Rogers. Gemeinsam mit George Soros, der nach dem Zusammenbruch des Ostblocks aus dem Dunkeln trat und bei den vorigen Präsidentschaftswahlen in den USA insgesamt 23,5 Millionen Dollar an linksgerichtete Bewegungen und Gruppen spendete, um die Wiederwahl von

George W. Bush zu verhindern, hatte er 1970 einen der ersten Hedgefonds gegründet. Nun warnte er in der »Welt am Sonntag« vor eben diesen Hedgefonds, deren Zahl unterdessen auf 25 000 bis 30 000 geschätzt wird, weil sich der Markt »drehe« und alle »übereinander herfallen und sich zerfleischen« werden.

Die Krise werde ausbrechen, sobald »die US-Wirtschaft in eine Rezession abrutscht«. Die Anfänge des Abschwungs seien schon zu spüren. »Der US-Immobilienmarkt befindet sich in katastrophaler Verfassung, den Autoherstellern geht es erst recht miserabel. Die aktuelle Expansion dauert bereits fünf bis sechs Jahre. In der Regel steht in jeder Dekade alle vier bis sechs Jahre eine Rezession an. Die Zeit ist reif.«

Die meisten Hedgefonds würden demnächst platzen und die Anleger unendliche Summen verlieren. Der gleiche gelte für die Risikokapitalbranche; derzeit würden dort 100 Milliarden Dollar bewegt und zumeist zu überhöhten Preisen Unternehmen aufgekauft. »Das muß irgendwann zu Problemen führen«, so noch einmal Rogers.

Was bedeutet das für Deutschland? Kaum eine Volkswirtschaft ist so in die Weltwirtschaft eingeflochten wie die der Berliner Republik, in keiner Volkswirtschaft zumindest der »alten« EU-Staaten – selbst im Musterland des Neoliberalismus Großbritannien – wurde der Binnenmarkt so heruntergewirtschaftet wie hier. Wenn die Deutschen etwas machen, tun sie es gründlich – egal ob Klassik, Weltkriege oder Globalisierung, stets müssen sie die Musterschüler sein. Und kommen sich dabei selbstverständlich noch groß vor.

Fällt der Exportmotor aus – und bei einer Rezession in den USA fällt er aus, da die gesamte Weltwirtschaft mit immer neuen Krediten diese Wirtschaft am Laufen hält –, ergeht es den Deutschen mindestens so schlimm wie 1929. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sie sich – anders als heute nicht ganz freiwillig – ebenfalls an die USA-Wirtschaft gekettet und waren entsprechend in die große Krise hineingezogen worden. Auch damals hatten sich die Verantwortlichen in der Politik und in der Wirtschaft Deutschlands bis zum Schluß selbst gefeiert. Dann standen auf einmal fast alle im Dunkeln.

JÖRN SCHÜTRUMPF

NACHDENKEN ÜBER GERECHTIGKEIT

Der Terminus »Gerechtigkeit« gehört zu den Lieblingsphrasen aber auch aller Parteien, besonders natürlich als wahlkampfbedingtes Versprechen – im Doppelsinn des Wortes! Unser östlicher Nachbarstaat mit seiner nepotismusverdächtigen Doppelspitze wird von einer national- und neokonservativen Partei namens »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) regiert, während es in Deutschland vor allem die sich für internationalistisch und links haltenden Parteien sind, die sich als Gerechtigkeitsapostel hervortun, zumal ihre christ- und freidemokratischen Mit- und Gegenspieler lamentieren, daß in der Hierarchie der Idealtäten Gerechtigkeit und Solidarität der Freiheit und dem Eigentum den Rang abgelaufen hätten, wie in der Realität der Sozialstaat die Zivilgesellschaft dominiere, was umzukehren so nötig sei wie die Arbeit billig und die Arbeitskräfte willig zu halten. Sollte »Gerechtigkeit« etwa zu jenen Begriffen gehören, die Hegel als »leere Abstraktion«, Marx als »ideologische Phrase« und Brecht als »faule Metaphysik« charakterisierten? Vielleicht ist es unter solchen Umständen ratsam, sich des einschlägigen Gedankenreichtums vergangener großer Geister zu versichern. Wen freilich Wider-Sprüche irritieren, der sollte die Lektüre lieber sein lassen. Vorurteile sind ein sanftes Ruhekissen.

Zunächst. Das weiß aus eigener Erfahrung: H. K.

Die Natur selber offenbart ja, daß es gerecht ist, wenn der tüchtige Mann mehr besitzt als der weniger tüchtige und der stärkere mehr als der schwächere (*Kallikles*).

Die Leute schmähen die Ungerechtigkeit nicht deshalb, weil sie Angst davor hätten, sie zu begehen, sondern weil sie fürchten, sie zu erleiden (*Thrasymachos*).

Wer ganz unter dem Joch des Geldes steht, kann niemals gerecht sein (*Demokrit*).

Der Gipfel der Torheit ist es zu glauben, daß alles, was in den Gesetzen der Völker festgelegt ist, gerecht sei (*Cicero*).

Da ist keiner, der gerecht ist, auch nicht einer (*Apostel Paulus*).

Staaten, denen es an Gerechtigkeit mangelt, sind nichts anderes als große Verbrecherbanden (*Augustinus*).

Weil das, was der Knecht hat, seinem Herrn gehört, darum besteht auch keine im eigentlichen Sinne Gerechtigkeit zwischen Herr und Knecht (*Thomas von Aquino*).

It appears to me that wherever you have private property and all men measure all things by cash value, there it is scarcely possible for a commonwealth to have justice – unless you think justice exists where all the best things flow into the hands of the worst citizens (*Thomas Morus*).

Man schuldet es der Gerechtigkeit, daß der Mensch dem Menschen ein Gott ist, und kein Wolf. Die übliche Gerechtigkeit von Regierungen ist nur wie ein Philosoph am Hofe; sie dient lediglich der Ehrfurcht vor den Herrschenden (*Bacon*).

Es ist gefährlich, dem Volk zu sagen, daß die Gesetze nicht gerecht sind, denn es gehorcht ihnen nur, weil es sie für gerecht hält (*Pascal*).

Es ist die Habgier, die sich unter dem schönen Gewand der Gerechtigkeit verbirgt (*Spinoza*).

Gerechtigkeit ist die Klugheit, die wir mit den Gütern und Übeln anderer walten lassen, indem wir unsere eigenen Güter und Übel mit den Augen anderer betrachten, die klug und mächtig sind (*Leibniz*).

Um aus seinen Widersachern seine Verteidiger zu machen, ersann der Reiche den durchdachtsten Plan, der menschlichem Geist jemals eingefallen ist: Laßt uns Vorschriften der Gerechtigkeit aufstellen, denen nachzukommen alle verpflichtet sind, indem sie den Mächtigen wie den Schwachen gleichermaßen wechselseitigen Pflichten unterwerfen. Alle liefen auf ihre Ketten zu, im Glauben, ihre Freiheit zu sichern (*Rousseau*).

Das größte aller Verbrechen ist der Krieg; doch es gibt keinen Aggressor, der seine Missetat nicht mit dem Vorwand der Gerechtigkeit bemäntelte (*Voltaire*).

Die in allen Gesellschaften anzutreffende Ungleichheit beruht auf der Gewalt und der Ungerechtigkeit der Herrscher sowie auf der Dummheit der Untertanen (*Holbach*).

Der Dämon Eigentum ist stets zur Hand gewesen, um die heiligen Menschenrechte zu schmälern und mit ehrfurchtgebietendem Pomp rundum Gesetze aufzurichten, die mit der Gerechtigkeit auf Kriegsfuß stehen (*Wollstonecraft*).

Jede égalité de droit, die nicht den Weg zu einer égalité de fait ebnet, hilft auch einen Zustand zu verewigen, bei dem ein gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeitskonsens nur in der Illusion der Beteiligten existiert (*Godwin*).

Gerechtigkeit – Eigenschaft und Phantom der Deutschen (*Goethe*).

Ich habe das Recht des Armen bewiesen, ich habe die Usurpation des Reichen aufgezeigt; ich verlange Gerechtigkeit; die Ausführung der Sache geht mich nichts an (*Proudhon*).

Die Gerechtigkeit ist immer nur der ideologisierte, verhimmelte Ausdruck der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, bald nach ihrer konservativen, bald nach ihrer revolutionären Seite hin (*Engels*).

Ewige Gerechtigkeit ist nichts anderes als der Reflex der gegenwärtigen Welt, und infolgedessen ist es total unmöglich, die Gesellschaft auf einer Basis rekonstruieren zu wollen, die selbst nur der verschönernte Schatten dieser Gesellschaft ist (*Marx*).

Zu einem einzigen Verbrecherhaufen ist vor den Augen des einzigen Gerechten, unserer gottbegnadeten Regierung, die ganze Bevölkerung geworden, und es ist nur konsequent, wenn demzufolge die Regierung das ganze Land in ein Gefängnis umgestaltet hat (*Lassalle*).

Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Möge sie in Stücke gehen, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch von Menschen ausgebeutet wurde (*Heine*).

Der Sozialismus treibt den halbgebildeten Massen das Wort »Gerechtigkeit« wie einen Nagel in den Kopf, um sie ihres Verstandes völlig zu berauben und ihnen für das böse Spiel, das sie spielen sollen, ein gutes Gewissen zu schaffen (*Nietzsche*).

Die *politische* Revolution setzt an die Stelle der alten, als »ungerecht« empfundenen Rechtsordnung das neue »richtige«, »gerechte« Recht. Die soziale Umwelt des Lebens erfährt keine radikale Umschichtung. Dagegen richtet sich die soziale Revolution gerade auf die Veränderung dieser Umwelt (*Lukács*).

Es ist lächerlich, in der Idee der Gerechtigkeit irgend ein selbständiges und absolutes Kriterium zu erblicken. Allerdings ist diese Idee bei geschicktem Gebrauch gut geeignet, die Ungleichheit als Gleichheit auszulegen, und taugt darum ganz besonders zur Verschleierung der Zweideutigkeit der ethischen Form (*Paschukanis*).

Der Schüler Rho sagte: Daß es Arme und Reiche gibt, das ist eine große Ungerechtigkeit. Me-ti fügte hinzu: der Reichen. Der Schüler Rho sagte: Die Liebe zur Gerechtigkeit ist bei den Armen größer. Me-ti sagte: Das weiß ich nicht. Aber die Armen sind auf die Gerechtigkeit angewiesen, die Reichen sind auf die Ungerechtigkeit angewiesen, das entscheidet (*Brecht*).

Unser Rechtsstaatbekenntnis begnügt sich nicht mit einem formalen, sondern will ein materielles Ziel: Das der materiellen Gerechtigkeit, die im Dritten Reich unverbrüchlich gelten und über die Shylockgerechtigkeit siegen soll (*Freisler*).

It is the just, who are committing the crimes against man; the just who are the real monsters (*Henry Miller*).

Der gerechte Krieg, d.h. die Entrechtung des Kriegsgegners, und die Selbstermächtigung des gerechten Teils bedeutet die Verwandlung des Staaten-Krieges in einen Krieg, der Kolonial- und Bürgerkrieg zu gleicher Zeit ist (*Carl Schmitt*).

Ungerechtigkeit ist das Medium wirklicher Gerechtigkeit (*Adorno*).

Das entscheidende Moment des Gedankens der Sozialstaatlichkeit des Grundgesetzes *der BRD* besteht darin, daß der Glaube an die immanente Gerechtigkeit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgehoben ist (*Wolfgang Abendroth*).

Die wirkliche Gerechtigkeit als eine von unten richtet sich gegen die wesenhafte Ungerechtigkeit, die überhaupt den Anspruch erhebt, Gerechtigkeit zu üben (*Bloch*).

Es gibt keine gerechte Gesellschaftsordnung, weil der Mensch, sucht er Gerechtigkeit, mit Recht jede Gesellschaftsordnung als ungerecht, und sucht er Freiheit, mit Recht jede Gesellschaftsordnung als unfrei empfinden muß (*Dürrenmatt*).

Der Ausdruck »soziale Gerechtigkeit« gehört nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinnns wie der Ausdruck »ein moralischer Stein« (*Hayek*).

Marx and Engels plainly believed that capitalism was unjust; but they did not believe that they believed this (*Steven Lukes*).

HELMUT BOCK

Was tun?

Russlands Februarrevolution und Lenins »April-Thesen«

Ganz so hinterwandlerisch, wie die Zeitrechnung des alten Julianischen Kalenders vermuten ließ, war Russland nicht. Es war der Internationale Frauentag, an dem Arbeiterinnen und Familienmutter in Petrograds Vyborger Seite auf die Straße und in die Fabriken gingen. »Brot!« war die soziale Forderung, mit der sie Rustungsarbeiter und andere Proletarier zur Solidarität riefen und sich zum Protestzug formierten. Noch aber blieben Demonstration und Streik an diesem 23. Februar, also 8. März 1917, auf das rechte Newaufer beschränkt. Noch sperrten Polizeitruppen die Brücken, die zum Zentrum der russischen Hauptstadt führten.¹

Am zweiten Tag entbrannte der Protest auch in anderen Stadtteilen. Unter der Führung von Obleuten bildeten sich erste betriebliche Arbeiterkomitees. Bis zum Abend streikten rund 21 000 Arbeiter, zogen Kolonnen mit sichtlich radikaleren Losungen über den Newskij-Prospekt und vor die Paläste: »Brot!« – »Nieder mit der Selbstherrschaft!« – »Schluss mit dem Krieg!« Das regierende Ministerkabinett aber blieb in der Vorstellung befangen, dies alles sei nur eine Hungerrevolte, der mit außerordentlicher Verteilung von Lebensmitteln zu begegnen wäre.

Am dritten Tag beherrschte der Generalstreik die Stadt. Zar Nikolaus II., der sich im fernen Armeehauptquartier zu Mogiljow befand, erteilte dem Kommandanten Petrograds telegrafisch den Schiebefehl. Es gab ein Ereignis, das die martialischen Absichten verzorgerte: Als Kosaken den wiederum auf dem Newskij-Prospekt aufziehenden Demonstranten entgegenritten, lief eine Frau aus der Menge hervor und reichte dem anfuhrenden Offizier einen Strauß roter Rosen. Die Schwadronen des Zaren, seit langem berichtigt für staatsterroristische Einsätze gegen Zivilisten, sympathisierten mit der jubelnden Masse. Die Nachricht lief wie ein Lauffeuer durch die Stadt.

Dennoch fanden sich am vierten Tag Gardetruppen bereit, ihre Waffen gegen das Volk einzusetzen. Blut floss auf Petrograds Straßenpflaster. Dies aber bewirkte das ganze Gegenteil der Unterdrckungsstrategie: Denn am fünften Tag begann die massenhafte Fahnenflucht, darunter selbst Offiziere und Soldaten, die sich für das blutige Gemetzel hergegeben hatten. Auf der Brücke nach Vyborg verbruderten sich die Truppen mit Aufständischen, und in denselben Stunden bildete sich der Petrograder Sowjet, in dessen Exekutivkomitee verschiedene Revolutionäre gewählt wurden: sechs Menschewiken, zwei Sozialrevolutionäre, zwei Bolschewiken und fünf Parteilose. Am

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil.; Historiker, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS und der Leibniz-Sozietät. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Napoleon Bonaparte. Von Widerspruch und Unfrieden eines burglichen Hegemonial-systems, Heft 194 (Dezember 2006). Nebenstehender Beitrag erscheint aus Anlass des 90. Jahrestages der »April-Thesen« Lenins.

1 Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 64 ff.

Abend bekannte der Stadtkommandant seine Machtlosigkeit. Sämtliche Minister erklärten ihren Rücktritt von der Regierung.

Es sollen etwa 127 000 Soldaten gewesen sein, viele Bauern im Waffenrock, die auf die Seite der rebellischen Hauptstädter wechselten. So entzog sich das regionale Militär der Befehlsgewalt des Zarentums – und eben das machte den Volkswiderstand zum siegreichen Februarmsturz. Am 2./15. März erfolgten die Abdankung des Zaren und der Thronverzicht seines Bruders. Erst jetzt konstituierte sich eine bürgerlich-liberale Regierung, die allerdings nur provisorisch war. Das Volk Petrograds, das die Empörungen spontan begonnen hatte, opferte für den Machtwechsel 433 Tote und 1 136 Verwundete.² Sein Sieg jedoch fand in Moskau, vielen weiteren Regionen und zumal an der Front zunehmend großen Widerhall.

2 Ebenda, S. 72.

Charakter der Revolution

Auf die Frage, wer die Februarrevolution ganz Russlands »gemacht« habe, antwortete der Volkssozialist W. A. Mjakotin in Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könnte es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen, wie schon 1905, aber »diesen Kampf nicht allein geführt«. Erst als sich die Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz anschlossen, »erzitterte die Zarenmacht«. Im »letzten Moment« hätten dann auch »bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil« genommen. Diese sozial breit gefächerte Umsturzbeziehung sei demzufolge keine »proletarische« Revolution. Sie sei jedoch auch keine »rein bürgerliche« Revolution, »weil unsere Bourgeoisie« – allzu fest mit der Zarenmacht verbunden – »nicht fähig ist, sie zu vollbringen«. Gewiss habe die »russische werktätige Masse« selbst nicht die Reife, eine »völlig neue soziale Ordnung« zu errichten. Doch sie werde, so prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch weiterhin keinesfalls mit der »Zuschauerrolle« begnügen.³ Diese Aussagen konkretisieren den abstrakten Begriff der »bürgerlich-demokratischen Revolution«. Sie machen deutlich, dass die Februarrevolution als ein Resultat von Massenbewegungen zu begreifen ist, deren Sprengkraft mit dem Sturz der altstaatlich-autoritären Macht keineswegs erschöpft war.

3 W. A. Mjakotin: Die Revolution und die nächsten Aufgaben (russ.), Moskau 1917, zit. n. Sonja Striegnitz: Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre – Wiedergeburt und Positionsbestimmung, in: Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Dies. (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997, S. 97 (im Folgenden: Die Russische Revolution).

Repräsentanten der kapital- und grundbesitzenden Bourgeoisie hatten als Abgeordnete in der zaristisch geknebelten Duma gesessen. Ihr liberaler Flügel ergriff nun das Staatsruder und schien (nach allen Erfahrungen der Geschichte) berufen zu sein, über Russlands Schicksal zu entscheiden. Das neue Regierungskabinett dekretierte liberale Gesetze, vor allem die Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Eine Amnestie für politisch Verfolgte öffnete die Gefängnistore, ermöglichte die Heimkehr aus Verbannung und Emigration. Die Todesstrafe wurde abgeschafft. Mit der Aufhebung ständischer, ethnisch-nationaler und religiöser Vorrechte stiegen reale Chancen für Menschen- und Bürgerrechte, auch für Selbstbestimmung der Nationen, Religionsfreiheit und Judenemanzipation. Der amtierende Außenminister P. N. Miljukow verhiess eine »parlamentarisch konstitutionelle Monarchie«⁴ – woraus zu folgern war, dass Russland gemäß der historischen Beispiele Frankreichs von 1791 und 1830 mit einem bürgerlich-liberalen Königtum ausgestattet würde.

4 Rede von P. N. Miljukow auf einer Kundgebung im Taurischen Palais, 2. März 1917, in: Ebenda, S. 189 ff.

Aber es war nur zum Teil der Mangel liberalistischer Gesetze, der das Volk auf die Straße trieb. Der aktuelle Urgrund des Massenelends und der Empörungen war alles in allem: der Krieg. Von größter Schwere war daher die Tatsache, dass im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit führenden Menschewiken und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Anhängern der »Vaterlandsverteidigung«) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde.⁵ Die neuen Minister, die mit Befehlshoheit fort-dauernden Armeeführer, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung interessierte Unternehmertum – sie alle gedachten, den Krieg an der Seite der Ententemächte bis zum »Sieg-Frieden« fortzusetzen.

Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volksversammlungen überlassen, ein sofortiges Kriegsende einzufordern: »Frieden – ohne Annexionen und Kontributionen!« Diese Losung zerschlug geistig-moralisch den Gordischen Knoten, an dem sämtliche Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Sie war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz (Schweiz) in frustrierender Einsamkeit vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie aufgeklärten Arbeiterhirnen und zündete in einer Unzahl von Menschen, nicht zuletzt gepresster, zum Schlachtentod kommandierter Bauernsoldaten.

Verwicklung der Widersprüche

Russlands Situation war seit der Petrograder Erhebung im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Die Institutionen des Staatsapparats waren allenthalben in Frage gestellt. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in anderen Ländern infolge des Kriegsrechts undenkbar waren. Arbeiter, Bauern, Landarme, nicht zuletzt Soldaten und Intellektuelle drängten in den lokalen Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation für ihre Interessen: zur Bildung zahlloser Vereine, Komitees und insbesondere von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Vereinigungen, die eine vielfältige Basisdemokratie verkörperten – nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des besitzbürgerlichen Liberalismus.⁶ Sie waren vergleichbar mit den für konsequente »Volksouveränität« wirkenden Strömungen der revolutionären Demokratie in allen bürgerlichen Revolutionen seit 1789.

Allerdings widersprachen und vervielfachten sich politische und soziale Interessen in zwei grundverschiedenen Zivilisationsräumen: der kleinen europäisch-städtischen Sphäre und der schlechthin überwiegenden traditionell-dörflichen Rückständigkeit sowohl westlich als auch östlich des Urals und des Kaspisees. Hier wie dort wurden unabdingliche Forderungen gestellt und radikale Tatsachen geschaffen. Sie widerspiegeln die Konfliktlogik der begonnenen Revolution weit über das Frühjahr 1917 hinaus und sind in einigen Hauptproblemen zu erfassen.

»Schluss mit dem Krieg!« war der akute Massenschrei. Angesichts der militärischen Niederlagen gegen Deutschland und Österreich, der Unzahl von Gefallenen, des Fehlens von Millionen männlicher

5 J. O. Martow über die Kriegsfrage in der Revolution (1926), in: Ebenda, S. 179 ff.

6 Die russischen Historiker P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow beurteilen die Februarrevolution und ihre Folgen unter psychosozialen Aspekten: »Entgegen den Vorstellungen der Ereignis-historiographie erweist sich nicht der ›bolschewistische‹ Oktober, sondern der ›demokratische‹ Februar als der kritische Punkt im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...]«. Ebenda, S. 52 (Hervorhebung – H. B.).

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, der Verelendung des Volkes verschärfte der Antikriegsruf den Oppositionsgeist in der ganzen Gesellschaft. Er schürte das Misstrauen gegen die Provisorische Regierung, nährte die Bereitschaft zu weiteren Demonstrationen, bewirkte die Gründung der Soldatensowjets und die vom Petrograder Sowjet beschlossene Erhebung des entrechteten Soldaten zum mündigen Staatsbürger. An der Front erhob sich eine mächtige Woge der Befehlsverweigerung, Soldatenverbrüderung und Fahnenflucht.

Seit Pugatschews Kosaken- und Bauernaufstand (1773/74) war die Bauernschaft, die eigentliche soziale Basis des bisherigen Staats- und Gesellschaftssystems, das Menetekel des Regimes gewesen. Jetzt stand die wirkliche Revolution unter der entschiedenen Forderung »Der Boden den Bauern!« Nächst dem Antikriegsruf war dies die verbreitetste Losung, zumal sie in der zahlreichsten, etwa 80 Prozent betragenden Bevölkerungsmasse erhoben wurde. Man verlangte die Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist die Übergabe des Bodens an die traditionellen Dorfgemeinden zwecks Nutzung durch bäuerliche Produzenten – und dies wurde bereits praktiziert: durch Inbesitznahme zaristischer Ländereien, Überfälle auf adlige und bürgerliche Gutsherren, Konfiskation von Land, Gebäuden, Vieh, Saatgut, Gerätschaften. Der blanke Hunger in den Städten und an der Front verschärfte die Agrar- und Bauernfrage zu einem der beiden entscheidenden Entwicklungsprobleme der Revolution.

Das Proletariat war mit nur vier Prozent ein sehr geringer Teil der Bevölkerung. Es rekrutierte sich aus Facharbeitern spezialisierter Betriebe, war in Fabriken der Großindustrie, durch ungelernete Arbeiter ergänzt, in erheblicher Anzahl konzentriert (Putilowwerke ca. 30 000 Arbeiter) und – im Vergleich mit allen anderen Gesellschaftsschichten – eine zu politisch-sozialer Organisation und revolutionärer Kollektivaktion befähigte Klasse. Diese »Beginner« oder sogar Schrittmacher des Februarumsturzes stritten nun mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und neuen Fabrikkomitees für achtstündigen Arbeitstag, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen in Großindustrie, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Kleinproduktion und Bergwerken. Das Unternehmertum und die frischgebackenen Regierungsvertreter sahen als Hüter des bürgerlichen Eigentums in den Proletariern eine Gefahr für kapitalistische Ausbeutung, liberalistische Freiheiten des Managements und die ohnehin durch Krieg gestörte Kapitalbewegung.

Die Landtage und die weiteren, zumeist bürgerlich dominierten Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, des Kaukasus, der Regionen des asiatischen Ostens verschärfen die allgemeine Krise durch die nationale Frage. Sie beanspruchten zumindest eine kulturelle Autonomie, radikalisierten sich aber in Finnland, Polen, der Ukraine zur Forderung nationaler Selbstbestimmung und staatlicher Souveränität, also nach Trennung von Russland.

Indes begriff sich die Provisorische Regierung in Petrograd als die Zentralgewalt des insgesamt überkommenen Staatsterritoriums. Sie suchte den Fortbestand des von den Russen beherrschten Nationalitätenverbunds – die großrussische Einheit – zu bewahren, war aber nicht imstande, die zentrifugalen Kräfte des Riesenreiches zu be-

wältigen. Das Staatsziel der Regierungliberalen war anfangs die konstitutionelle Monarchie. Jedoch der Druck republikanisch gesinnter Demokraten und insbesondere der Sowjets bewirkte ziemlich rasch eine Schwenkung zur bürgerlich-parlamentarischen Republik. Die amtlichen Verlautbarungen hierzu und überhaupt zu allen allgemeinen Problemen besagten: Noch seien die Gesetzesbeschlüsse einer »Konstituierenden Versammlung« abzuwarten, die den Verfassungsstaat gründen müsse. Aber die Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

Die genannten Konflikte kennzeichnen eine »bürgerlich-demokratische Revolution« in Kriegszeiten und in einem Vielvölkerstaat, der bislang autokratisch regiert worden war, wobei halbfeudale Privilegien, Eigentumsrechte und Strukturen noch immer bestanden. Es ist denkbar, dass die Konfliktlösung durch eine kräftig entwickelte, strategisch entschlossene Bourgeoisie möglich gewesen wäre. In Wirklichkeit freilich stand die russische Bourgeoisie auf einer relativ niederen Entwicklungsstufe; sie hatte sich von der Protektion durch den zaristischen Staat nicht abgenabelt. Nicht wenige Unternehmer industrieller und agrarischer Großbetriebe wirtschafteten noch mit staatskapitalistischem Eigentum des gestürzten Regimes.⁷

Um Russlands Situation zu verdeutlichen, sei diese mit der Französischen Revolution von 1789 verglichen und auf eine schwerwiegende Differenz hingewiesen. In Frankreich bestand die »Konstituierende Nationalversammlung« (Konstituante) bereits bei Revolutionsbeginn; sie antwortete auf den Bastillesturm und die Bauernrevolten binnen weniger Wochen mit der berühmten »Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte« (26. August 1789) und befriedigte damit fürs erste den spontanen Willen der Massen. In Russland dagegen mussten die immerzu aufbrandenden Volksbewegungen zehn Monate lang auf die Konstituante warten. Die insgesamt siebenmal wechselnden Ministerkabinette des Jahres 1917 balancierten im Kraftfeld widersprüchlicher Interessengruppen ohne grundgesetzliche, d. h. auf eine Verfassung sich gründende Beschlüsse. Die »Konstituierende Versammlung« war eine Fata Morgana, die Millionen von Russen vorschwebte, ihnen aber auch andauernd entzogen wurde.

»Revolutionäre Demokratie« – in der bürgerlichen Revolution

Immerhin konnte sich die »Februarregierung« auf eine ihr gemäß bürgerliche Vereinigung stützen: die Konstitutionell-Demokratische Partei (»Kadetten« genannt) mit 60 000 Mitgliedern, zumeist in den Städten. Doch zusehends wurde sie von der weit größeren Bewegung der Sowjets überflügelt. Vier Wochen nach dem Zarensturz versammelten sich 470 Abgeordnete von 185 Sowjets der Städte, der Armee und der baltischen Flotte in Petrograd, um den wildwuchernden Massenaktionen ein Zentrum zu schaffen. Diese »Gesamtrussische Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten« bezeichnete sich selbst als Institution der »revolutionären Demokratie«. Sozialrevolutionäre, Menschewiken, Bolschewiken und Parteilose fassten Beschlüsse zu den Kardinalfragen der aktuellen Umwälzung.

Entscheidend waren Situationsanalyse und Haltung zur bürgerlich-liberalen Regierung. Die Sowjetdeputierten sahen sich im fortschreitenden Prozess der bürgerlich-demokratischen Revolution. Sie

7 Über die Allmacht des Staates siehe Wadim Meshujew: Russlands Geschichte ist die Geschichte des russischen Staates, in: Michael Brie, Ewald Böhlke (Hrsg.): Russland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt, Berlin 1992, S. 21 ff.; vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 32 ff.

anerkannten das Provisorische Ministerkabinett in der augenblicklichen Entwicklung, beanspruchten aber für sich selbst die Funktion, die Staatsführung »politisch zu kontrollieren« und zu revolutionären Konsequenzen zu treiben: Regierung und Staatsorgane müssten einen »energischen Kampf« gegen die zaristische Konterrevolution führen, Maßnahmen zur »vollständigen Demokratisierung des gesamten russischen Lebens« treffen und einen »allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker« herbeiführen. Doch man werde der Regierung »eine entschiedene Abfuhr« erteilen, wenn sie versuchte, sich der »Kontrolle durch die Demokratie zu entziehen« oder von der »Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen abzuweichen«.⁸

8 Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Provisorische Regierung (1./14. April 1917), in: Die Russische Revolution, S. 224 f.

9 Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über den Krieg (30. März/12. April 1917), in: Ebenda, S. 221 ff.

Die wichtigste Entschließung im einzelnen betraf den Weltkrieg.⁹ Die Deputierten riefen die Völker der Verbündeten und der gegen Russland kämpfenden Länder auf, von ihren Regierungen den Verzicht auf Eroberungen und Kontributionen zu erzwingen. Das Ziel war ein Frieden gemäß den Prinzipien »Brüderschaft und Gleichheit freier Völker«. Solange dies jedoch nicht erreicht, also der Krieg fortauern werde, müsse das »revolutionäre Russland gegen jegliche Schläge von außen« verteidigt, das Volk »für die Festigung von Front und Hinterland« mobilisiert werden. Man hegte die Befürchtung, ein Separatfrieden Russlands mit den Kaiserstaaten Deutschland und Österreich schwäche die bürgerlich-demokratische Entente, begünstige den reaktionären deutschen Militarismus und mache ihn zur allgemeinen Gefahr für ganz Europa. Auf diese Weise bejahten die russischen »Vaterlandsverteidiger« von 1914 wiederum den Krieg; sie deklarierten diesen aber mit Berufung auf den Februarumsturz als »revolutionäre Verteidigung«.

Der Krieg beeinflusste ebenfalls die Entschließung zur Lage der Arbeiterklasse. Man bekannte sich zwar zur »Notwendigkeit des unmittelbaren Kampfes zwischen Arbeit und Kapital«, wollte ihn aber »abstimmen« mit den Aufgaben »der noch nicht vollendeten Revolution« und der Landesverteidigung. Das lief auf eine situationsbedingte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern hinaus. Allerdings sollte die Regierung ein Gesetz zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages ohne Lohneinbuße erlassen.

Die Beschlüsse zur Agrar- und Bauernfrage trugen deutlich die Handschrift der Sozialrevolutionäre, der größten aller Parteien und zugleich der traditionellen Interessenvertreter des Landvolkes.¹⁰ Sie verlangten die Abschaffung der halbfeudalen Stände, damit die bislang rechtlich benachteiligten Bauern endlich die staatsbürgerliche »Gleichheit« gewannen. Die vom Adel beherrschten ländlichen Vertretungskörper (»Semstvos«) sollten von Selbstverwaltungen abgelöst werden, deren demokratische Organe auf einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit direkter und geheimer Abstimmung beruhten. Im Mittelpunkt der Agrarfrage stand das Problem der Grundherrschaft und somit des großen Bodeneigentums. Möglichst sofort sollte die Regierung die Ländereien der Zarendynastie, der Kirche und der Klöster konfiszieren. Alle weiteren Gesetzesbeschlüsse wurden der künftigen Konstituante überantwortet – mit einer Forderung, die auf nichts Geringeres als eine soziale Revolution abzielte: »ent-

10 Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Agrar- und Bauernfrage (3./16. April 1917), in: Ebenda, S. 228 ff.

schädigungslose Enteignung des gesamten privatbesitzlichen Bodens zum Zwecke der Übergabe an des werktätige Volk«.

Die Deputierten wählten ein Zentrales Exekutivkomitee (ZEK) mit Sitz in der Hauptstadt. Diese permanente Vertretung der Arbeiter- und Soldatensowjets stand einstweilen unter der Führung einer überwiegenden Mehrheit von Sozialrevolutionären und Menschewiken, während die kooperierenden Bolschewiken an Zahl und Einfluss eine Minderheit blieben. Die Beschlüsse und die landesweite Vernetzung der Sowjets verhiessen die Absicht, alle Kräfte der »revolutionären Demokratie« sammeln und die bürgerliche Revolution bis zur Gründung einer Republik mit demokratischen Wahlen, Parlament und Souveränitätsrechten des Volkes vorantreiben zu wollen. Da unter den Gewählten gebildete Revolutionäre waren, verstand das Exekutivkomitee seine Aufgaben als historisch bedeutend und nicht ohne Erinnerung an die vergleichbare Rolle der Jakobiner in der Großen Französischen Revolution.

Die Zeitgenossen gewahrten, dass sich zwischen der bürgerlichen Regierung und den Sowjets ein Dualismus herausbildete, der als »Doppelherrschaft« bezeichnet wurde.

Konzept des radikalen Kurswechsels

Am 3. (16.) April 1917, dem letzten Beratungstag der Sowjetdeputierten, kam der Bolschewik W. I. Lenin mit Hilfe der deutschen Geheimdiplomatie aus dem Schweizer Exil zurück.¹¹ Er trug ein fertiges Revolutionskonzept in der Tasche, das er am folgenden Tag – ganz ohne konkrete Analyse vor Ort – auf zwei Versammlungen vorstellte. Auf der zweiten Zusammenkunft trafen sich Bolschewiken und Menschewiken, um die jahrelange Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) in zwei rivalisierende Fraktionen zu überwinden. Sie mussten sich aber eine lange Ansprache Lenins anhören, die herausfordernde Grundsätze enthielt.

Diese »April-Thesen« waren eine radikale Alternative zu den Beschlüssen der vortägigen Sowjetberatung.¹² Der Redner bezeichnete den Klassencharakter der Provisorischen Regierung als »kapitalistisch«, ihre äußere und kriegsstrategische Politik schlechthin als »räuberisch« und »imperialistisch«. Deshalb sei »revolutionäre Vaterlandsverteidigung« nichts anderes als eine opportunistische Phrase und mit Entschiedenheit abzulehnen. Er sprach von Bedingungen, unter denen die Landesverteidigung allein zu rechtfertigen und als »revolutionär« zu bezeichnen wäre: »a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.« Den Krieg mit einem wahrhaft demokratischen Frieden zu beenden, sei ohne den »Sturz des Kapitals« ganz unmöglich.

Wer von den Zuhörern glaubte, hier werde über eine proletarische Revolution der Zukunft gesprochen, wofür die gesellschaftlichen Verhältnisse Russlands vorerst noch reifen müssten, wurde eines anderen belehrt. Lenin verwarf die Strategie, die von den Deputierten der Arbeiter- und Soldatensowjets beschlossen war. Anstatt die Provisorische Regierung nur »kontrollieren« und im Verlauf der bürger-

11 Über die merkwürdige Empfangssituation am Finnländischen Bahnhof: Robert Service: Lenin. Eine Biographie, München 2002, S. 346 ff.

12 W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Ders.: Werke (im Folgenden: LW), Bd. 24, Berlin 1959, S. 3 ff.

lichen Revolution für »möglichst viel Demokratie des Volkes« streiten zu wollen, müsse die »gegenwärtige Lage« ganz anders und richtiger beurteilt werden: Die bürgerliche Revolution sei bereits an ihr Ende gekommen! Jetzt müsse ein »Übergang von der ersten Etappe«, in der die Bourgeoisie an die Macht gelangte, zur »zweiten Etappe der Revolution« erfolgen. Die kapitalistische Regierung müsse bekämpft und sobald wie möglich gestürzt werden. Die Bolschewiken, obwohl noch in der Minderheit, müssten die Massen darüber aufklären, dass »die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung« seien.

Als Ziel dieses Kampfes nannte Lenin einen republikanischen Volksstaat. Dieser sei nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune von 1871 zu gestalten: »von unten bis oben« – d. h. durch demokratische Wahlen der lokalen und regionalen Volksvertretungen bis hinauf zur Staatsspitze und dominiert von den »Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten«. Polizei, Armee und Beamtenschaft sollten beseitigt, die Streitkräfte des stehenden Heeres durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt werden. Die künftigen Bediensteten der Staatsverwaltung (besoldet mit dem Lohn eines Facharbeiters) sollten »wählbar und jederzeit absetzbar« sein. Lenin bezeichnete das Proletariat als die führende Klasse der Revolution. Daher müssten die Sowjets der Arbeiterdeputierten das Bankwesen beaufsichtigen, vor allem die »Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse« übernehmen. Zwecks Lösung der Agrarfrage verlangte auch er die Konfiskation der adligen und bürgerlichen Gutsbesitzerländereien. Das noch offene Problem, wie mit dem beschlagnahmten Grundeigentum zu verfahren sei, umschrieb er sinngemäß mit der von den Sozialrevolutionären vertretenen Programmatik: »Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande«.

Während die lokalen Basisorganisationen der Menschewiken und der Bolschewiken mehrheitlich (54 von 73) eine Wiedervereinigung in der SDAPR beschlossen hatten, negierte Lenin auch diese Bestrebung. Die Hauptthesen seines Programms lauteten: statt Vereinigung der Bolschewiken mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus – Gründung einer eigenständigen »Kommunistischen Partei«; statt Anerkennung der Provisorischen Regierung – Stärkung der Sowjets; statt Konstituierung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik – Bildung eines »Kommunestaates«.

Die »April-Thesen« waren der Fehdehandschuh, den Lenin gegen die sozialdemokratischen »Vaterlandsverteidiger« schleuderte. Nach seinen Worten: gegen den »*Block aller* kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente«. Er benutzte die Meinungsverschiedenheit über die Art und Weise der Kriegsbeendigung, um die soeben gebildete Einheit der »revolutionären Demokratie« zu sprengen und die Bolschewiken, die künftige »Kommunistische Partei«, zur Avantgarde der sozialen Umwälzung zu machen. Indem er die soziale Revolution an Stelle der bürgerlich-demokratischen Revolution auf die historische Tagesordnung setzte, warf er bisherige Strategien über den Haufen.

Kritik der Kritik

Lenins Revolutionskonzept wurde von den anwesenden Menschewiken und den meisten Bolschewiken abgelehnt.¹³ Weil schon seit der Jahrhundertwende die These des Anarchismus bekämpft wurde, wonach der moderne Kapitalismus in Russland keineswegs ausreifen müsse, um den Sprung zum Sozialismus zu wagen, geriet nun Lenin selbst in den Vorwurf »anarchistischer Demagogie«. Man vertrat marxistische Argumente: Die ökonomisch-soziale Rückständigkeit des ganzen Landes gestatte noch gar keinen Übergang zu einer »zweiten Etappe« der Revolution, in der die Bourgeoisie zu stürzen sei. Wiederholt wurde an Friedrich Engels erinnert, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen sozialen Revolutionärs dargelegt hatte – woraus die Warnung spreche: »der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern.«¹⁴ Die entschiedenste Erwiderung auf Lenins strategische Offensive lautete: »Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkrieges in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.«¹⁵

Die Debatte wurde in der Presse fortgesetzt. »Jedinstwo«, Organ der Menschewiken, berichtete am nächsten Tag über Lenins Ansprache polemisch, weil er »nicht einmal« die Frage stellte, »ob die Bedingungen für die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft reif seien.«¹⁶ Nachdem die »April-Thesen« in der bolschewistischen »Prawda« publiziert wurden, sprach Redaktionsleiter L. B. Kamenew von einer »persönlichen Meinung des Genossen Lenin«. Er erklärte dessen »Schema« für unannehmbar: »insoweit es davon ausgeht, dass die bürgerlich-demokratische Revolution *abgeschlossen* sei, und insoweit es auf die sofortige Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische berechnet ist.«¹⁷ Der Altbolschewik widersetzte sich Lenin mit Überzeugungen, die dieser selbst während der Revolution von 1905 vertreten hatte.¹⁸ Er warnte vor der Gefahr, dass die »revolutionäre Sozialdemokratie«, die doch eine Partei der proletarischen Massen sein müsse, ihre Beziehungen zum Volk verlieren und sich als »Gruppe kommunistischer Propagandisten« isolieren könnte.

Auch G. W. Plechanow, angesehener Parteigründer der SDAPR, zugleich »Vaterlandsverteidiger« und persönlich von Lenin angegriffen, wandte sich am 9./22. April gegen den Verfasser der »jetzt berühmt gewordenen Thesen«.¹⁹ Lenin urteile »außerhalb der Bedingungen von Ort und Zeit«, er operiere »ausschließlich mit seinen abstrakten Formeln«. Plechanow berief sich auf Marx und dessen Vorwort »Zur Kritik der politischen Ökonomie«: »Wenn der Kapitalismus in einem bestimmten Land noch nicht jene höchste Stufe erreicht hat, auf der er zu Fesseln für die Entwicklung seiner Produktivkräfte wird, so ist es sinnlos, die Arbeiter in Stadt und Land sowie den ärmsten Teil der Bauernschaft dazu aufzurufen, ihn zu stürzen.« Dieser Grundsatz werde von Lenin ignoriert. Indem er schon jetzt den sofortigen »Bruch mit allen Interessen des Kapitals« erkläre, beabsichtige er im wirtschaftlich und sozial unreifen Russland der Gegenwart, die »sozialistische Revolution« zu beginnen. In Wirklichkeit bestehe sein »Bruch« in etwas ganz anderem: »Tatsächlich bricht er völlig mit allen auf der Theorie von Marx beruhenden Voraussetzungen einer sozialistischen Politik [...].«²⁰

13 Kamenew und weitere führende Bolschewiken (ausgenommen A. Kollontaj und A. Schlapnikow) waren von Lenins Konzept völlig überrascht: Er werde wohl »wieder zur Vernunft kommen, sobald er die lange Trennung von der Heimat überstanden« habe. Sogar seine Frau N. K. Krupskaja soll an seiner geistigen Verfassung gezweifelt haben. Nach den Quellen bei Service: Lenin, S. 348, 353.

14 Information zur Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den Aprilthesen W. I. Lenins (Jedinstwo, 4. April 1917), in: Die Russische Revolution, S. 233 ff. Zur Einschätzung Thomas Müntzers siehe Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, S. 400.

15 Die Russische Revolution, S. 235.

16 Ebenda.

17 L. B. Kamenew über die Position der »Prawda«-Redaktion zu den Aprilthesen von W. I. Lenin (8. April 1917), in: Ebenda, S. 237 f.

18 Zur Zeit der Revolution von 1905 schrieb Lenin folgende Sätze: »Der Marxismus hat unwiderruflich mit den Phantasien der Volkstümler und der Anarchisten gebrochen, als ob beispielsweise Rußland die kapitalistische Entwicklung vermeiden, dem Kapitalismus ausweichen oder ihn überspringen und einen anderen Weg einschlagen könne als den Weg des Klassenkampfes auf dem Boden und im

Rahmen eben dieses Kapitalismus. [...] Und aus diesen Leitsätzen folgt, daß es ein *reaktionärer* Gedanke ist, die Erlösung der Arbeiterklasse in irgend etwas anderem zu suchen als in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus. In solchen Ländern wie Rußland leidet die Arbeiterklasse nicht so sehr unter dem Kapitalismus als vielmehr unter der ungenügenden Entwicklung des Kapitalismus.«

W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: LW, Bd. 9, Berlin 1966, S. 36 f.

19 G. W. Plechanow: Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind (Jedinstwo, 9.-12. April 1917), in: Plechanow: 1917 – zwischen Revolution und Demokratie. Eine Auswahl von Artikeln und Reden aus den Jahren 1917/1918, hrsg. v. W. Hedeler u. R. Stoljarowa, Berlin 2001, S. 23 ff.

20 Kurz nach dem bolschewistischen Oktoberumsturz warnte der todkranke Plechanow in einem »Offenen Brief« noch einmal vor der verfrühten Errichtung der proletarischen Diktatur. Die Arbeiterklasse, nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, dass die Bauern, die schlechthin überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber »nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet« seien. Sie würden daher »beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner« sein. Die Folgerung lautete:

Die für die Strategie von 1917 entscheidende Debatte war ein Streit unter marxistisch gebildeten Sozialisten. In der ungemein schwierigen Situation des ganzen Landes, seiner revolutionären und kriegerischen Verwicklungen, wusste niemand eine sichere, zudem unblutige Konfliktlösung. Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Weltkriegsfronten eine Herausforderung war, um frühere Revolutionskonzepte zu überdenken und eine sofortige Alternative zum allseits imperialistischen Krieg zu verlangen – so lebte das Verantwortungsgefühl für die Schicksalsfragen des eigenen Volkes und der Menschheit allerdings auch in den anderen Sozialisten. Deren Kritik an den »April-Thesen« ist jedoch von Lenin und der wachsenden Schar seiner Parteigänger als Gesinnungslumperei und Verrat an der Revolution verteufelt worden.

Nachbemerkung: Wer und was bestimmt die Geschichtsbilder?

Ideen und Handlungen der Vergangenheit sind primär nur aus ihren zeitgenössischen Verhältnissen zu begreifen – also nicht anders als durch konkret historisches Erinnern zu reproduzieren. Im Fall der Russischen Revolution von 1917 ist zu sagen, was ihre widerstreitenden Akteure unter den damaligen Bedingungen und Konflikten tun wollten und tun konnten: was sie erhofften, erreichten, *aber auch verfehlten*. Die Geschichtsschreibung erfüllt diese Aufgabe allerdings nicht ohne Berücksichtigung der historischen Erfahrungen, die den Nachlebenden durch zeitlichen Abstand, Überschaubarkeit der Ereignisse und ihrer Folgen zugewachsen sind.

Im vergangenen Sozialismus, der nach dem Typus der Sowjetunion gestaltet war, galt ein Selbstverständnis von »Siegern der Geschichte«: Man glaubte, auf der »gesetzmäßigen« Bahn des Übergangs zum Kapitalismus zum Sozialismus weltweit und erfolgreich voranzuschreiten. Mit solchem Bewusstsein blickte man auf 1917 zurück, wo die Wiege des bolschewistischen Staats und seiner gesellschaftlichen Strukturen gestanden hatte. Das praktizierte Geschichtsbild ließ die bürgerliche Februarrevolution nur als eine Episode unreifer Volkselemente und irrender, sogar bösartiger Führungscharaktere erscheinen – ausgenommen die Tatsache, dass die Organisationsform der Sowjets als Gegenmacht zur Provisorischen Regierung zu gebrauchen war. Alles in allem aber galt die Februarrevolution lediglich als eine Art Overture des heroischen Schauspiels der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, dessen steigende Handlung erst mit Lenins Heimkehr und der Proklamation seiner »April-Thesen« begann. Das war gänzlich auf die Revolutionsstrategie des großen Führers festgelegt und übertrieb noch seine sakrosankte Rolle, indem für zeitgenössische Reflexionen zumeist nur Lenin-Zitate als passend galten. Überflüssig zu sagen, dass den Menschewiken, Sozialrevolutionären und weiteren Mitstreitern der revolutionären Demokratie ein sozialistisches Denken aberkannt, dass ihr Tun und Lassen in stereotyper Pauschalisierung als Verräterei »kleinbürgerlicher Parteien« verdammt wurde. Es war ideologische Selbstüberhebung und Befangenheit in bolschewistischer Parteilichkeit, wodurch selbst die Geschichtsschreibung veranlasst wurde, demokratische Entwicklungsmöglichkeiten der Februarrevolution, die außerhalb der Aspekte Lenins lagen, schlechthin zu verneinen.²¹

Heute, nach dem Zusammenbruch des staatsmonopolistischen Sozialismus in Ost-Mittel-Europa und weiten Gebieten Asiens, erscheinen die epochalen Vorgänge von 1917 in einem erweiterten Erfahrungsraum der Weltgeschichte. Sozialisten müssen sich fragen, ob sie die Revolutionsstrategie Lenins noch immer gutheißen – oder ob sie dieselbe historisch-kritisch beurteilen wollen? Auch wenn man anerkennt, dass der bolschewistische Oktoberaufstand angesichts der Gefährdungslage der Russischen Revolution unumgänglich war, bleibt das Problem der von Lenin geleiteten Politik, die nach den endlich erfolgten Landeswahlen die »Konstituierende Versammlung« auseinander jagte, den verfrühten »Sprung« zum Sozialismus wagte, den Bürgerkrieg bewusst als einen »heiligen Krieg« gegen die Kulaken inszenierte.

Gewiss war die innere und äußere Konterrevolution nicht mit Friedenssprüchen zu bannen – eine Zwangslage, die die Bolschewiken mit den früheren Revolutionen der Niederländer, Engländer, US-Amerikaner und Franzosen teilten. Doch allzu oft geschahen voluntaristische Entscheidungen und Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik: Übergriffe der Revolutionsstruppen gegen die eigenen Bevölkerungen. Selbst in Lenins Reden, Briefen und Telegrammen steigerte sich der terroristische Ruf nach Erschießungen, Massenhinrichtungen, Konzentrationslagern. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Polen bis Ostsibirien wurde allseits gebrandschatzt, getötet, verhungert, an Seuchen krepirt. Die Toten werden auf rund zehn Millionen geschätzt. Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um die »April-Thesen« oft genug warnend beschworen, waren also gekommen. Wenn Lenins Avantgarde mit allen ihren »Berufsrevolutionären«, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären mauserten, auch nicht einseitig Schuld trug – sie hatte unter dem Charisma ihres Führers die Risiken gewagt. Einmal im verheerenden Malstrom des verlängerten Weltkrieges, vermochte sie ihre eroberte Macht ohne martialische Gewalt und sogar Staatsterror nicht zu behaupten.

Der in den »April-Thesen« verheißene »republikanische Volksstaat« des Typs der Pariser Kommune blieb gänzlich unerfüllt. In den Wirren von Revolution und Krieg entstanden politisch-»genetische« Erblasten, die die Geschichte des »real existierenden Sozialismus« bis zu seinem Ende beschwerten. Was in Lenins Parteikonzept weit früher schon an Zentralismus und Disziplinierung der Mitglieder, diktatorischem Machtwillen und revolutionärem Terror angelegt war, realisierte sich in den Notsituationen des Regimes – und gebar ein durchaus problematisches Kriegsergebnis: die Diktatur der Elite einer Kampfpartei, die die demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution für alle Zeit abschaffte. Nicht genug, dass die bürgerlichen Parteien verfolgt, dass staatliche Gewaltenteilung, Pressefreiheit, freie Wahlen und Parlamentarismus verworfen wurden. Die Verbotspraktiken gegen Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und die stetige Anfeindung der Menschewiken (»Monsterprozesse erbarmungslos bis hin zur Erschießung«, Lenin, 17. Mai 1922) verfestigten das Ein-Partei-Regime.

Der Preis, den die Führung der Bolschewiken vom eigenen Volk verlangte, bestand in der politischen Entmündigung der lokalen und

»Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.« Plechanow: Offener Brief an die Petrograder Arbeiter (Jedinstwo, 28. Oktober 1917), in: Ebenda, S. 150 ff.

21 Treffendes Beispiel ist das Standardwerk, das von einem Kollektiv der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erarbeitet und als »3. durchgesehene und verbesserte Auflage« in deutscher Sprache vom Berliner Dietz Verlag publiziert worden ist: Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1977.

22 Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: LW, Bd. 25, Berlin 1966, S. 369.

23 Derselbe: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Ebenda, Bd. 33, Berlin 1966, S. 38.

24 Ebenda, S. 2, 31 ff., 93 f.

25 Lenin: Lieber weniger, aber besser, in: Ebenda, S. 474 ff.

26 Mein voriges Diskussionsangebot erschien unter dem Titel: Die Russische Revolution 1917 – 1921. Sieg oder Tragödie? In: Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen (Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Bd. 6, hrsg. v. E. Kalbe, W. Geier u. H. Politt), Leipzig 2004; ebenfalls als Broschüre erschienen bei: Helle Panke e. V., Pankower Vorträge, Heft 71, Berlin 2005.

27 Information über die Beratung, Jedinstwo, 4. April 1917, in: Die Russische Revolution, S. 236.

regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar dem Fraktionsverbot in den Reihen der Kommunistischen Partei. Was da existierte, war kein »Kommunestaat«, wie die »April-Thesen« angekündigt hatten: »von unten bis oben« demokratisch gegliedert, mit rechenschaftspflichtigen Deputierten und Beamten, vom Volk direkt »wählbar und jederzeit absetzbar«. Zwar gebrauchte der Staatstitel »Sowjet-Republik« den Namen der ursprünglichen Basisdemokratie, die im Frühjahr 1917 als »Revolution von unten« den Volkswillen gegen Zarismus und bürgerliche Regierung verkörpert hatte. Die basisdemokratischen Vereinigungen und Institutionen aber waren dem Regime der Bolschewiken gleichgeschaltet, wenn nicht zerschlagen worden.

Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiken auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 die »Neue Ökonomische Politik« (NÖP). Sie nannten die dadurch geprägten ökonomisch-sozialen Verhältnisse »Staatskapitalismus« – ein Begriff, mit dem der Vordenker schon früher einmal die Kooperation zwischen kontrollierender Staatsmacht und privater Produktionsweise »zum Nutzen des Volkes« bezeichnet hatte.²² Jetzt besann sich Lenin auf eigene Fehlleistungen. So urteilte er über die Politik, die 1918 den sofortigen »Übergang zum Sozialismus« beabsichtigt hatte, nicht ohne Selbstkritik: »Wir nahmen an, [...] daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten.«²³ Es sei in Wirklichkeit nur die »bürgerlich-demokratische Revolution« gewesen, die zu Ende gebracht wurde²⁴ (allerdings, so muss kritisch ergänzt werden, ohne freiheitliche Verfassungsrechte, ohne Institutionen bürgerlich-revolutionärer Demokratie). Was hingegen die Partei der Bolschewiken und ihren Staat betraf, die sich rhetorisch andauernd als die »Macht des Proletariats« glorifizierten, so bescheinigte ihnen der vom Tod gezeichnete Führer in seiner letzten harschen Kritik, dass sie ein Herd des Bürokratismus, jedoch »nicht sozialistisch« seien.²⁵

Im 90. Jahr der Erinnerung dürften Gewinn und Verlust der Russischen Revolution ein Gegenstand des Dialogs und der Auseinandersetzung sein.²⁶ Was aber die Kritiker im historischen Streit um Lenins »April-Thesen« im Frühjahr 1917 betrifft, so sind sie wohl von der Geschichte bestätigt worden. Denn Unrecht hatte der Arbeitersoldat nicht, der nach Anhörung der »Thesen« auf der Versammlung am 4./17. April 1917 warnte: »Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.«²⁷

GREGOR GYSI

Ende der Geschichte?

Über die Chancen eines modernen Sozialismus

Über Alternativen zum Kapitalismus in seiner heute vorherrschenden neoliberalen Ausprägung zu sprechen, tue ich als bekennender demokratischer Sozialist gern, weil ich ganz und gar nicht der Auffassung bin, dass wir an das »Ende der Geschichte« gelangt sind, wie das Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus glauben machen wollte.

Das kann schon deshalb nicht stimmen, weil die Menschheit in ihrer Gesamtgeschichte zu 99 Prozent in nicht-kapitalistischen Gesellschaften lebte. Und weil der Kapitalismus selbst seit seiner Entstehung in der ursprünglichen Akkumulation im England des 15. und 16. Jahrhunderts oder noch früher, in den italienischen Städten des 13. Jahrhunderts, unterschiedliche soziale Formen, Kulturen und Entwicklungen angenommen hat und regelmäßig reformierbar war.

Heute über den Sozialismus zu sprechen, fällt mir auch deshalb leicht, weil ich Anfang Januar bei der Amtseinführung des neuen Präsidenten Ecuadors, Rafael Correa, zugegen war und die Gelegenheit hatte, mit weiteren Staatspräsidenten und Vertretern anderer lateinamerikanischer Regierungen zu sprechen. Die Linksregierungen in Lateinamerika, von Bolivien über Venezuela, Brasilien, Chile, Argentinien, Uruguay bis hin zu Kuba, haben bei allen großen Unterschieden in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und ihren Gesellschaften eines gemeinsam: Das neoliberale Projekt, das Milton Friedman bereits in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts proklamierte und sich weltweit durchzusetzen begann, besitzt in diesen Ländern keine gesellschaftliche Legitimation. Es ist dort gescheitert, zunächst bei den Mehrheiten der Bevölkerungen.

Aber eine Abkehr vom neoliberalen Zeitgeist können wir selbst auf unserem Kontinent beobachten. Die Slowakei galt als das Modellprojekt der Neoliberalen, dort existierte die so genannte *flat tax*, also ein einheitlicher Steuersatz von 19 Prozent für alle Bürgerinnen und Bürger, vom Millionär bis zur Verkäuferin. Die dort regierende konservativ-neoliberale Partei, einst mit 38 Prozent der Stimmen gewählt, erhielt bei den vergangenen Wahlen im Sommer des letzten Jahres nur noch 8 Prozent. Und es lohnt auch ein Blick auf unser Land. Schwarz-gelb wollten die Leute nicht, auch nicht das Steuermodell von Kirchhoff.

Und dank des Wahlerfolgs der Linkspartei wurde eine große Notkoalition gebildet, die zwar die neoliberale Politik der rot-grünen Schröder-Fischer-Regierung verschärft fortsetzt, aber mit deutlichen Abstrichen gemessen an dem, was sich Frau Merkel und Herr

Gregor Gysi – Jg. 1948,
Dr. jur., Dez. 1989-Jan. 1993
Vorsitzender der PDS, 1990
Vors. der PDS-Fraktion in
der Volkskammer der DDR,
1990-2000 Vors. der PDS-
Fraktion im Deutschen
Bundestag, Jan.-Aug. 2002
Bürgermeister und Senator
für Wirtschaft in Berlin, seit
Okt. 2005 Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
(gemeinsam mit Oskar
Lafontaine).

Der hier gedruckte Text
folgt einem Vortrag, den der
Autor am 24. Januar 2007
an der Universität Marburg
gehalten hat.

»Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings sind die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und die Lebenschancen ungleich verteilt. Dabei gibt es neue und auch wachsende Möglichkeiten für ein Leben in Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Doch sie werden von zerstörerischen Prozessen blockiert. Diese sind Folge hochkonzentrierter Kapitalmacht, sie entstehen aus dem Vorrang der internationalen Finanzmärkte und dem Übergang der Herrschenden von einer Politik des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einer marktradikalen, neoliberalen Politik.«
 Programmatische Eckpunkte. Entwurf des programmatischen Gründungsdokuments der Partei DIE LINKE. (Beschluss der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG auf ihrer gemeinsamen Beratung am 10. Dezember 2006), Abschn. I:
 Gemeinsam für eine andere Politik, in:
www.sozialisten.de.

Westerwelle unter dem Eindruck guter Meinungsumfragen gemeinsam vorgenommen hatten. Außerdem gibt es neue Diskussionen im Bundestag, in den Medien und in der Gesellschaft.

Der Kapitalismus ist aus dem Feudalismus hervorgegangen, und seine ungeheure Dynamik stößt an seine sozialen und natürlichen Grenzen. Doch unsere Vorstellungskraft reicht zumeist nicht aus, sich eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, mit seinen nivellierten Kulturen, seinen politischen Institutionen, der spezifischen Art und Weise der Produktion und Konsumtion vorzustellen.

Ich halte aber ebenso wenig von jenen Auffassungen auf linker Seite, die davon ausgehen, dass ihnen die Geschichte schon irgendwie Recht gäbe und der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen und seiner Krisenanfälligkeit quasi gesetzmäßig keine Überlebenschancen habe. Das ist ahistorisch gedacht. Die Krisen, auch sehr tiefen Krisen des Kapitalismus in seiner Geschichte haben regelmäßig zu einer Transformation seiner Wirtschaft, Gesellschaften und Kulturen geführt. Der Kapitalismus hat sich als außerordentlich wandlungsfähig erwiesen. Antonio Gramsci bezeichnete diese Prozesse als »passive Revolution«, als die Anpassungsfähigkeit von ökonomischen und politischen Verhältnissen an die neuen historischen Herausforderungen. Der Kapitalismus erwies sich jedenfalls als weniger krisenanfällig als der gescheiterte Staatssozialismus. Zum Teil haben die Krisen, die der Kapitalismus in seiner jungen Geschichte durchlief, sogar zu seiner Stabilisierung beigetragen.

Eine Zusammenbruchstheorie, wie sie auch bei Rosa Luxemburg anklang, ist für mich kein Naturgesetz. Die Erlösung oder Überwindung kann nur aus den Gesellschaften selbst heraus und dort, wo Demokratie herrscht, nur auf demokratischem Wege erfolgen oder auch nicht. Rosa Luxemburgs und Friedrich Engels' zugespitzte Alternative »Sozialismus oder Barbarei« gilt auch heute noch, vielleicht heute wieder mehr als in früheren Zeiten.

Moderne – Modernisierung

Ende der neunziger Jahre habe ich mich in »12 Thesen« schon einmal näher mit der Frage beschäftigt, wie eine Gesellschaft, die man als eine demokratische und sozialistische bezeichnen könnte, aussehen könnte, in der die Freiheit des Einzelnen die Bedingung der Freiheit aller Menschen ist – um mit der Vision von Marx und Engels zu sprechen.

Als systematischen Ausgangspunkt meiner Überlegungen wählte ich den Begriff der Moderne. Die Positionen, mit denen ich mich auseinandersetzen werde, sind deshalb auch Stellungnahmen zur Moderne und zu Modernisierungsprozessen. Das gilt für die Apologeten des Marktes ebenso wie für einen Teil der Linken.

Der Begriff der Modernisierung hat eine eigentümliche Doppelbedeutung. Mit ihm wird einmal der Prozess bezeichnet, in dem sich die Moderne aus der vormodernen Gesellschaft herauschälte, zugleich bezeichnet man mit ihm all die Prozesse der Entwertung der Vergangenheit und – komplementär dazu – der beständigen Neuerung, Prozesse also, die sich auch und insbesondere innerhalb der Moderne abspielen.

Die Moderne kann zunächst einmal als ein Epochenbegriff verstanden werden, der mit dem Beginn Neuzeit einsetzt. Als Großereignisse, die die Schwelle zur Neuzeit markierten, werden von den Historikerinnen und Historikern häufig die Renaissance, die Reformation und die Entdeckung der Neuen Welt benannt. Das freilich macht noch nicht klar, warum die so genannte Neuzeit auch wirklich eine *neue Zeit* war und ist.

In der Renaissance finden wir den Beginn eines politischen Denkens, das die Legitimität politischer Herrschaft nicht mehr aus religiösen Weltbildern ableitete, sondern die menschliche Vernunft als Legitimationsressource erschließt. Die Reformation andererseits gründete den Glauben nicht auf die zur Objektivität geronnene Autorität kirchlicher Institutionen, sondern betonte das subjektive Moment der Innerlichkeit. Damit leitete sie einen Prozess ein, an dessen Ende die Religion zur Privatangelegenheit wurde. Die Entdeckung Amerikas hingegen leitete durch die Kolonialisierung und die Ausbeutung der dortigen Edelmetallvorkommen die ersten Schübe der ökonomischen Modernisierung ein.

Es gehört nun aber zu den eigentümlichen Aspekten der Moderne, dass sie den Prozess der Ablösung von einer Vergangenheit, die Entwertung der Vorbild- und Orientierungsfunktion von Traditionen, der sie ihr Entstehen verdankte, stets aufs Neue wiederholt. Dafür kann man verschiedene Erklärungen bemühen. Zumindest für einen ökonomischen Zugang scheint die Darlegung von Marx und Engels aus dem *Kommunistischen Manifest* recht einleuchtend: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. (...) Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen früheren aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen« (MEW Bd. 4, S. 465).

Aus dieser Perspektive ist es also die ökonomische Modernisierungsdynamik, die sich auf die Gesamtgesellschaft, einschließlich ihrer Kultur, auswirkt. Das kalkulatorische Interesse des Bourgeois, die moderne Form der Subjektivität, bildet den Boden der modernen Gesellschaft.

Allerdings war es bereits Hegel, der das Prinzip der »neuen Zeit« in der Subjektivität ausmacht. In den Gestaltungen der modernen Kultur (bei Hegel: des objektiven Geistes) sah er entsprechend viele Verkörperungen dieses Prinzips. Die objektivierenden Wissenschaften hatten die Welt entzaubert, und der subjektive Geist schrieb der objektivierten Natur die Gesetze vor; in Recht und Moral habe ein jedes sich als ein vor der Subjektivität zu Rechtfertigendes zu zeigen; in der romantischen Kunst schließlich sah Hegel die reine Innerlichkeit der Subjektivität thematisch werden.

Hegel war auch der erste, der den Modernisierungsprozess als Entwertungsprozess einst vorbildhafter Vergangenheit interpretierte.

»Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Vielfalt individueller Lebensentwürfe und das Aufbrechen traditioneller Rollen der Geschlechter begreifen wir als eine Chance für Individualitätseinfaltung, deren Basis es durch materielle und soziale Sicherheit kollektiv zu sichern gilt. Wir wenden uns gegen eine Politik des Forderns und Förderns, die Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem erklärt. Stattdessen wirken wir für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung für alle Menschen ermöglichen. Ein grundlegender Politikwechsel für eine sozial gerechtere Gesellschaft erfordert, die uralte Idee der Solidarität mit Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu verbinden.«
Ebenda, Abschn. I:
Gemeinsam für eine andere Politik.

»Wir wollen Grundideen alternativer Politik zusammenführen. Der Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte, für eine gerechte Verteilung der Arbeit in einer humanisierten Arbeitswelt und für einen erneuerten solidarischen Sozialstaat ist der im Gründungsprogramm formulierte Ausgangspunkt der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Programm. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.«

Ebenda, Abschn. I:
Gemeinsam für eine
andere Politik.

Die Kraft religiöser Autorität diente in vormodernen Gesellschaften als Quelle normativer Orientierung. Diese Quelle war zwar nicht versiegt, aber in ihrer fraglosen Autorität zumindest beschädigt. Die moderne Gesellschaft ist auf sich selbst zurückgeworfen, sie kann keine Vergangenheit mehr mobilisieren, um normative Orientierungen zu generieren.

Wenn man Moderne und Modernisierung so beschreibt, dann gibt es drei prinzipielle Einstellungen zu ihr:

Erstens: Der Prozess der Aufklärung wird als Emanzipationsprozess begrüßt. Er ist es auch in der Tat, denn menschliche Subjektivität wird aus dem autoritären Zwang der Traditionen entlassen.

Oder *zweitens:* Der Prozess der Aufklärung wird abgelehnt oder bedauert, da er die Orientierung stiftenden Funktionen der Tradition, insbesondere der Religion, zerstört.

Oder *drittens:* der Prozess der Aufklärung wird als Emanzipationsprozess anerkannt; zugleich jedoch wird der Akzent auf den »dunklen Fleck« der Aufklärung gelegt: nämlich dass sie Gefahr läuft, in eine neue Heteronomie, also eine Fremdbestimmtheit, umzuschlagen, solange nicht klar ist, wie die Moderne normative Maßstäbe setzen kann, die nicht von außen an sie herangetragen werden.

Die dritte der genannten Positionen tritt gewissermaßen als Kritik an den beiden erstgenannten auf. Sie kritisiert an der ersten Position, der Partei der Aufklärung, eine einseitige Fassung des Emanzipationsverständnisses und verteidigt gegen den Konservatismus der zweiten Position die Emanzipationsgewinne des Aufklärungsprozesses. Es geht in der dritten Position im Wesentlichen darum, ein Autonomieprojekt zu formulieren, das gegenüber den Gefahren einer neuen Fremdbestimmung sensibilisiert. Diese dritte Position ist als *Dialektik der Aufklärung* bezeichnet worden. Sie ist politisch höchst heterogen, wie sich darin zeigt, dass politisch so unterschiedliche Denker wie Hegel, Marx, Engels und noch Nietzsche hier einzuordnen sind.

Der Marxsche Zugang zum Problem der Moderne scheint mir besonders interessant. Gelegentlich wird Marx ja ein Hang zum Ökonomismus vorgeworfen. Da mag sogar etwas Wahres dabei sein. Freilich muss die Konzentration auf einen wesentlichen Punkt nicht unbedingt ein Fehler sein. Sie ermöglicht es Marx, in seinen Analysen in die Tiefe zu gehen. Das Verhältnis der Emanzipation zur Fremdbestimmung kann ökonomisch konkret wie folgt beschrieben werden: Der Modernisierungsprozess entbindet die Menschen von traditionellen, gemeinschaftlichen Zwängen, erzeugt damit eine moderne Person und setzt eine moderne Kultur frei. Im universellen Tauschverkehr wird dieser Emanzipationsprozess jedoch zur Quelle neuer Fremdbestimmung vor allem für jene, die nur Arbeitskraft anbieten können. Damit wird das Autonomieprojekt der Aufklärung zum höchst eingeschränkten Autonomieprojekt.

Das »Verfahren« von Marx besteht nun darin, aus der kulturellen Moderne Maßstäbe zur Beurteilung der ökonomischen Moderne zu gewinnen. Und darin ist Marx immer noch ein geeigneter Orientierungspunkt für eine Kritik an der Fremdbestimmung der ökonomischen Moderne. Denn die moderne Kultur lässt sich als ein Projekt der Entwicklung freier und selbstbewusster, daher selbstbestimmter Praxisformen verstehen.

Hingegen spielen Märkte zwar eine wichtige Rolle bei der materiellen Reproduktion der Gesamtgesellschaft – und damit auch unserer nichtökonomischen Praxisformen; aber indem die Märkte als Quelle der Fremdbestimmung in Erscheinung treten und dazu tendieren, immer größere Lebensbereiche ihrem Diktat auszusetzen bzw. diesen ihre Logik aufzuprägen, bedrohen sie eben die Entwicklung selbstbestimmter Praxisformen.

Diese eigentümliche Dialektik ist der Ausgangspunkt einer kritischen Beurteilung der ökonomischen Moderne. Wenn man sich auf den Standpunkt von Habermas stellt, dass Märkte sich nicht demokratisieren lassen, wenn sie einen funktionalen Eigensinn haben, der in der Kapitalverwertungslogik nicht aufgeht, kann man zugeben (wie Habermas es auch tut), dass ökonomische Macht kontrolliert werden muss, auch, aber nicht nur, um unerwünschte Nebeneffekte des Marktes abzufedern. Dort aber, und das scheint ja die Signatur unserer Zeit zu sein, wo es Ansätze zu einer Kontrolle ökonomischer Macht gibt, sind sie im Schwinden begriffen.

Vielleicht wird schon jetzt etwas deutlicher, wie ein moderner Sozialismus begriffen werden könnte: Er ist der beständige Versuch, Entfremdungspotenziale der ökonomischen Moderne zu lokalisieren und zu neutralisieren. Er ist damit Bestandteil eines allgemein angelegten Autonomieprojekts. Damit ist andererseits klar, dass jeder Sozialismus, der eine überzogene Modernekritik dergestalt betreibt, dass ihm auch Rechtlichkeit und Demokratie suspekt sind, Autonomie überhaupt gefährdet.

Kapitalismuskritik: Die soziale Frage

Im Folgenden möchte ich die Dringlichkeit einer radikalen Kritik am Kapitalismus begründen. Der Kapitalismus als soziales System ist im Prozess der von Marx so genannten ursprünglichen Akkumulation von Kapital entstanden. Die Produzenten wurden gewaltsam von ihren traditionellen Produktionsbedingungen getrennt. Diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, die Kapitalbesitzer, unterscheiden sich von denjenigen, die über kein Eigentum verfügen, aus dem ihnen Rechte auf eine Aneignung erwachsen könnten. Kurz – das durch Arbeit im Stoffwechsel mit der Natur Produzierte wurde in privates Eigentum verwandelt. Damit verbunden war eine Inwertsetzung der Natur, die bereits im 15. Jahrhundert in der europäischen Landwirtschaft begann. Die Agrarrevolution erfolgte vor der industriellen Revolution. Sie war die Voraussetzung dafür, dass auf den enteigneten und privatisierten landwirtschaftlichen Flächen die landwirtschaftlichen Erträge beträchtlich gesteigert werden konnten. Die Erhöhung der Produktivität in der Landwirtschaft schuf erst die Voraussetzungen dafür, dass die dort »freigesetzte« Landbevölkerung als Arbeitskräfte in den Manufakturen ihre Arbeitskraft verkaufen und gleichzeitig ihre Ernährung wenigstens halbwegs sichergestellt werden konnte.

Kapitalverwertung war jedoch nur möglich, wenn die eigentumslosen Arbeitskräfte einen Überschuss produzieren, der von den Eigentümern privat angeeignet werden konnte, was eine bestimmte Produktivität voraussetzte. Das Produkt muss also größer sein als das, was zur Reproduktion der Arbeitskräfte und ihrer Familienan-

»Der Neoliberalismus tritt im Namen von mehr Freiheit an, doch werden alle Lebensbereiche der Kapitalverwertung und insbesondere der Steigerung der Aktienkurse auf den Finanzmärkten unterworfen. Neoliberale Kräfte fordern weniger Staat und bauen den Sozialstaat zugunsten eines repressiven Wettbewerbsstaats ab. Sie berufen sich auf die Demokratie und versuchen, Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen und Bewegungen zu schwächen. Sie verfolgen eine unsolidarische Politik der Privatisierung, Deregulierung und Unterordnung aller Lebenssphären unter die Märkte. Sie lösen neue imperiale Kriege aus und verschärfen die Terrorgefahren. Statt Chancengleichheit zu fördern, vergrößern sie die Kluft zwischen oben und unten. Niedriglohnssektoren breiten sich aus. Steigende Gewinne gehen einher mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Große Teile der Bevölkerung wenden sich von der Teilnahme an der demokratischen Willensbildung ab.«
Ebenda, Abschn. II:
Eine andere Welt ist nötig.

gehörig erforderlich ist. Das ließ sich als die – in Anlehnung an die Marxsche Terminologie – absolute Mehrwertproduktion bezeichnen. Sie besteht schlicht darin, dass der Arbeitstag entsprechend verlängert wird.

Die absolute Mehrwertproduktion gibt es selbstverständlich auch heute, trotz aller ungeheuren Produktivitätsfortschritte. Nicht nur in den Ländern der so genannten Dritten Welt, sondern auch bei uns. Die Zahl der in Deutschland geleisteten Überstunden erreicht Rekordwerte, und die Arbeitgeberverbände fordern eine Revision der Arbeitszeitgesetzgebung mit dem Ziel der Verlängerung der Arbeitszeiten.

Eine neue Qualität erreichte der Kapitalismus jedoch erst mit der Produktion des relativen Mehrwerts oder der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Um einen höheren Mehrwert zu erzielen, stand nicht mehr die Verlängerung der Arbeitszeiten im Vordergrund, sondern die Intensivierung der Arbeit selbst, mit Hilfe der Modernisierung und Umwälzung der Produktionsprozesse, die von Marx und Engels im »Kommunistischen Manifest« so gepriesen wurde.

»Die Produktion des relativen Mehrwerts revolutioniert durch und durch die technischen Prozesse der Arbeit und die gesellschaftlichen Gruppierungen«, so Marx im »Kapital«. Erst auf dieser Grundlage entfaltete sich der moderne Kapitalismus, getrieben von den Zielen möglichst hoher Renditen, die das Wachstum und die Produktion bestimmen, und angetrieben von den fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Erdgas, die die anderen Energieformen wie Wind, Wasser, Holz verdrängten. Auf dieser Basis entwickelte der Kapitalismus eine in der Geschichte der Menschheit einzigartige Dynamik.

Wirft man den Blick zurück auf die Entwicklung in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern, so erscheint die Epoche nach 1945 als das goldene Zeitalter des Kapitalismus. Ihm ging der Schock der bis dahin größten Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus Ende der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts voraus. Die Antworten auf Massenarbeitslosigkeit und Gewinneinbußen war mit dem Namen des britischen Bankiers Keynes verbunden. Der Keynesianismus bestand im Kern darin, durch staatliche Interventionen in die Marktwirtschaft die Massennachfrage zu erhöhen, die benötigt wird, um die Massenproduktion von Gütern auch rentabel zu machen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der keynesianische Interventionsstaat unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz mit dem Staatssozialismus zu einer Art modernem Wohlfahrtsstaat erweitert, der sich auf eine breite Akzeptanz der Bevölkerung in den westlichen Industrieländern stützen konnte. Die Wachstums- und Produktivitätsraten waren in den folgenden 25 Jahren außerordentlich hoch, die Renditen gut, und die abhängig Beschäftigten nahmen am Produktivitätsfortschritt durch die Steigerung ihrer Einkommen teil, was wiederum der Kaufkraft zugute kam.

In dieser Zeit konnte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, eine Verkürzung der Arbeitszeiten, aber auch mehr Teilhabemöglichkeiten der abhängig Beschäftigten wie die Mitbestimmung in Unternehmen von den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Erfolgreich war dieses Modell auch deshalb, weil die Arbeitslosigkeit ver-

gleichsweise niedrig lag und die Gewerkschaften weit weniger erpressbar waren als in der Gegenwart.

Der Fortschritt der Akkumulation im Rahmen des fordistischen Akkumulationsregimes ist aber offenbar nicht unbegrenzt möglich gewesen. Ein Grund dafür ist, dass die Kapitalrenditen tendenziell zurückgingen und sich in den siebziger Jahren mehr und mehr zunächst die angebotsorientierte Theorie und dann das Ideologiegebäude des Neoliberalismus einschließlich völkerrechtswidriger Kriege zur Rohstoffsicherung und -eroberung durchsetzen konnte. Zunächst in den USA unter Ronald Reagan, gefolgt von Margret Thatcher in Großbritannien. Andere Länder folgten, und es handelte sich, wie sich herausstellen sollte, nicht nur um ein wirtschaftliches und politisches Projekt der Konservativen und Wirtschaftsliberalen, sondern auch der sozialdemokratischen Parteien eines Tony Blair in Großbritannien und eines Gerhard Schröder in Deutschland. Diese Anpassung der europäischen Sozialdemokratien an den Neoliberalismus und die kritiklose Übernahme ihrer Doktrin hat die Herausbildung und Stärkung der Linken, die dem Neoliberalismus nicht folgten, begünstigt, auch bei uns. Ohne Hartz IV und ohne die völkerrechtswidrigen Kriege unter »Rot-Grün« hätte es wahrscheinlich keine WASG und ebenso wahrscheinlich auch kein Engagement von Oskar Lafontaine für das neue Linke Projekt in Deutschland gegeben.

Mir ist es wichtig, auf zwei wesentliche Veränderungen des real existierenden Kapitalismus hinzuweisen, weil sie für eine Strategie der Linken unbedingt Berücksichtigung finden müssen. Es ist die Globalisierung und die Weiterentwicklung dieses Kapitalismus zu einem finanzgetriebenen Kapitalismus, einem »Raubtierkapitalismus«, wie der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt ihn nannte, oder auch zu einer »Diktatur des Finanzkapitals über das Industriekapital«.

Die Herausbildung eines umfassenden Weltmarktes ergibt sich aus der Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses, die Dimensionen von Raum und Zeit optimal zu verdichten. Der Begriff der Globalisierung hat sich erst nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus durchgesetzt. Die Globalisierung spielt sich in zwei Dimensionen ab. Erstens in dem Bestreben, alle bestehenden territorialen Grenzen einzureißen. Und zweitens in einer immensen Beschleunigung aller ökonomischen Prozesse, angefangen bei der Produktion, dann der Konsumtion, der Kommunikation dank des relativ neuen Mediums des Internet, des Transports und überhaupt des Verkehrs. Das Sprichwort »Zeit ist Geld« könnte man als Leitgedanken für diese Entwicklung bezeichnen.

Für die Globalisierung tragen die politischen Entscheidungsträger in den Industrieländern eine große Mitverantwortung. Sie unterwarfen sich den Interessen der Global Players. Den knallharten ökonomischen Gesetzen des Marktes folgend, wurden Zölle abgebaut, globale Standards bei Industrienormen, globale Standards bei der Bewertung von privaten und staatlichen Schuldnern festgelegt, die die nationalstaatlich gesetzten Rahmenbedingungen sprengten.

Die Marktkräfte wurden so schrittweise aus ihrer Gefangenschaft der natürlichen Umweltbedingungen und der sozialen Beziehungen

»Neoliberaler Kapitalismus bedeutet Entdemokratisierung. Bei den internationalen Finanzfonds, transnationalen Konzernen und in den supranationalen Organisationen des globalen Kapitalismus – Welthandelsorganisation, internationaler Währungsfonds, Weltbank usw. – ist eine ungeheure Machtfülle konzentriert. Sie sind jeder demokratischen Kontrolle entzogen. Die Substanz der Demokratie wird ausgehöhlt. Mit dem proklamierten ›Krieg gegen den Terrorismus‹ wird eine massive Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten gerechtfertigt. Es wird immer ungehämter auch zu barbarischen Methoden der Herrschaft gegriffen.«
Ebenda, Abschn. II:
Eine andere Welt ist nötig.

»Mit der Europäischen Union ist ein neuer Raum für gemeinsame soziale Kämpfe, Bewegungen für Frieden und nachhaltiges Wirtschaften, für Demokratie und gegen Rassismus und Nationalismus, ein neuer Raum der Klassenkämpfe entstanden. In Europa sind die freie Bewegung des Kapitals, die Verlagerung von Produktionsstätten und die Wanderung von Arbeitskräften alltäglich. Der Zusammenschluss von Gewerkschaften, demokratischen Initiativen, der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung steht jedoch erst am Anfang.«
Ebenda, Abschn. II:
Eine andere Welt ist nötig.

in den Gesellschaften freigesetzt und somit schrittweise auch aus den politischen Bindungen und Verpflichtungen. Die Stichworte hierzu lauten Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Damit wurde der keynesianische Interventionsstaat entweder zerstört oder ziemlich durchlöchert. Das war nicht der Markt, sondern, wie gesagt, das waren politische Akteure, die den gnadenlosen Gesetzen des Marktes folgten und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Wohlstand und Wachstum versprachen, in Wirklichkeit jedoch eine gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben in Gang setzten, die sich letztlich gesellschaftszerstörend auswirkt.

Ich will die wichtigsten politischen Maßnahmen kurz benennen, die auch die Bundesregierungen, angefangen bei Kohl, deutlicher Schröder und Merkel, trafen.

Hinsichtlich der Deregulierung wurden Vorschriften für den internationalen Warenaustausch, für ausländische Direktinvestitionen und den Kapitalverkehr abgebaut. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die die Hedge-Fonds zuließ und die Steuern bei Verkäufen durch Kapitalgesellschaften gleich ganz abschaffte.

Bei der Liberalisierung wurden Kapitalverkehrskontrollen beseitigt und Handelshemmnisse abgebaut. Und öffentliche Güter und staatliche Unternehmen, angefangen bei der Post, der Telekom und den Energiekonzernen – nun soll auch die Bahn folgen – wurden ebenso Opfer der Privatisierung wie kommunale Wohnungsbaunternehmen und zunehmend auch Krankenhäuser. All diese Bereiche wurden aus ihrer Verpflichtung zum Gemeinwohl der Logik des Profits unterstellt.

Damit hat sich der Staat freiwillig seiner eigenen wirtschaftlichen Machtinstrumente entledigt und dem Markt überlassen. Das ist beileibe nicht nur eine ökonomische Frage. Nahezu jede Privatisierung bedeutet auch die Preisgabe politischen Einflusses und gesellschaftlicher Gestaltung. Wenn jedoch ein Bürgermeister in einer Stadt Krankenhäuser, Wohneigentum, die Abfallwirtschaft, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung privatisiert hat, hat er auch nichts mehr zu entscheiden. Dann fragen sich die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, weshalb sie überhaupt noch wählen gehen sollen, wenn ihr Gemeinderat und der Bürgermeister bei Beschwerden und Forderungen nur noch mit den Achseln zucken können? Dieser Abbau des Primats der Politik über die Wirtschaft baut aber zugleich die Bedeutung der Demokratie ab, ist also undemokratisch.

In manchen Ländern gab es Versuche, den Keynesianismus wieder zurückzuholen, aber das erwies sich als nahezu unmöglich. Als Oskar Lafontaine als damaliger Finanzminister der Währungsspekulation Einhalt gebieten wollte und kalkulierbarere Zielzonen der wichtigsten Währungen vorschlug, wurde er gnadenlos von den internationalen Finanzmärkten abgestraft. Das Urteil dafür übermittelte ihm der damalige Bundeskanzler.

Diese Episode verweist darauf, dass die nationalstaatliche Souveränität in Teilen der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik abgebaut und an supranationale Institutionen übertragen wurde. Ich nenne nur das Beispiel des Euro, der gemeinsamen europäischen Währung, oder die Übertragung der Zuständigkeiten der Deutschen Bundesbank

auf die Europäische Zentralbank. Seitdem ist eine bundesdeutsche, nationale Zins- und Wechselkurspolitik nicht mehr möglich.

Eine Rückkehr zum Interventions- und Wohlfahrtsstaat der goldenen Ära nach 1945 ist auch dadurch erschwert, dass der sozialstaatliche Kompromiss längst aufgekündigt wurde. Die Gewerkschaften wurden entscheidend geschwächt, auch die SPD betrachtet es nicht mehr als zeitgemäß, Rücksichten auf die Gewerkschaften zu nehmen. Unter Schröder wurden sie geradezu gedemütigt. Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit werden abgebügelt, ein gesetzlicher Mindestlohn hat hier kaum Realisierungschancen.

Schließlich sollte eine der gravierendsten Veränderungen des Kapitalismus in den letzten Jahren nicht unterschätzt werden: Infolge der Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte und der Jagd nach immer höheren und schnelleren Renditen, dem so genannten »Shareholder Value«, haben die globalen Finanzmärkte einen bedeutenden Einfluss auch auf die reale Wirtschaft, das heißt zum Beispiel auf die Produktion von Waren, genommen.

Ihre Wachstumsraten mit Finanzprodukten aus der Währungs-, Wechselkurs- und Aktienspekulation übertreffen die Wachstumsraten des Handels mit Gütern und Dienstleistungen bei weitem.

An einem einzigen Tag werden weltweit rund 1900 Milliarden Dollar auf den Finanzmärkten umgesetzt. Im Vergleich dazu betragen die weltweiten Warenexporte 36 Milliarden Dollar pro Tag. Das ist ein Anteil von 2 Prozent gegenüber den 98 Prozent, die auf den Finanzmärkten umgesetzt werden.

Auf den Finanzmärkten gelten andere Gesetze und Größenordnungen als in der realen Ökonomie. Maßstab sind Renditen von mindestens 20 Prozent, die in der Realwirtschaft nur in Ausnahmefällen zu erzielen sind.

Die noch von Marx beschriebene Bildung einer durchschnittlichen Profitrate auf nationalen Märkten ist heute kein Maßstab mehr. Profitraten orientieren sich nach international zu erzielenden Renditen, die kurzfristig zu erzielen sind. Aber die Logiken auf diesen Märkten setzen die realwirtschaftliche Ökonomie gehörig unter Druck.

Renditen von über 20 Prozent überfordern die reale Ökonomie bei weitem und sind nur kurzfristig erreichbar. Beim Wettbewerb auf den internationalen Finanzmärkten geht ein Druck auf die Erhöhung der Zinsen aus, während das Kapital bei realen wirtschaftlichen Investitionen »billig« sein muss, das heißt, dort sind niedrige Zinsen attraktiver.

Die Finanzmärkte agieren teilweise zerstörerisch und entziehen ihren hohen Renditen letzten Endes die Basis. Auf der Jagd nach immer höheren Renditen werden die Hedge-Fonds, bei uns auch »Heuschrecken« genannt, aber auch die Pensionsfonds vor allem aus den USA und Großbritannien immer aggressiver.

Damit entsteht aber auch ein größerer Druck auf die Gewinnerwartungen bei den Kapitalanlegern im ökonomischen Sektor des produktiven Realkapitals. Das Resultat ist ein erhöhter Rationalisierungsdruck, dem durch verschiedene Maßnahmen wie Outsourcing, Flexibilisierung, Abflachung von Unternehmenshierarchien, Etablierung von Netzwerkstrukturen, Stilllegung unproduktiver Bereiche, Lohnsenkung und Freisetzung von Arbeitskraft entsprochen wird.

»Wir streiten für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt. Zu den Freiheitsgütern, die dies erst ermöglichen, gehören sie sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen und soziale Sicherungen. Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, ›in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« (Karl Marx).«
Ebenda, Abschn. III:
Unsere Alternative:
Soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus.

Dementsprechend dominieren bei den Investitionen die Rationalisierungsinvestitionen gegenüber den Erweiterungsinvestitionen. Die hochtechnologischen Innovationen, insbesondere in der Informationstechnologie, sind ein Produktivkraftschub, der die Rationalisierungsinvestitionen enorm begünstigt hat.

Die Dominanz der Finanzmärkte übt Druck auf das Realkapital aus, das sich zu rasanten Rationalisierungen genötigt sieht. Insbesondere die Freisetzung von Arbeitskraft und die diversen Lohnsenkungsstrategien schwächen aber die Binnennachfrage, die zu einer verstärkten Weltmarktorientierung und einem weiteren Abwandern des Kapitals aus der produktiven Sphäre in die Finanzmärkte führt. Das dämpft weiter das Wirtschaftswachstum.

Der Staat gerät hier in die Zwickmühle. Die starke Zunahme an Ausgaben für Sozialleistungen wie auch eventuelle Konjunkturprogramme belasten den Staatshaushalt. Der Staat steht vor der Alternative, zwischen Steuererhöhung und Neuverschuldung wählen zu können. Es wird eine Umverteilung von unten nach oben organisiert. Denn die Gewinner dieses Prozesses, die Profitmaximierer an den Finanzmärkten, werden nicht zur Kasse gebeten, dafür aber diejenigen, derer man leichter habhaft werden kann. Das sind Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen sowie klein- und mittelständische Unternehmen.

Auch die Staatsverschuldung bewirkt unter diesen Umständen Umverteilung von unten nach oben. Im Falle des Kredits spekuliert der Gläubiger ja auf einen Profit des Schuldners, an dem er sich Anteile sichert. Der Gläubiger, der den Staat zum Schuldner hat, erwirbt einen Anteil an den Steuereinnahmen des Staates. Wenn nun der Staat sich aufgrund einer durch Kapitalspekulation auf den Finanzmärkten hervorgerufenen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verschuldet, so werden Gewinne der Finanzmärkte zur Quelle neuer Gewinne, nämlich der Zinseinnahmen. Wenn der Staat dem entgegensteuern will, dann scheint ihm nur eines übrig zu bleiben: die Entlastung des Kapitals von Steuern und Abgaben. Das ist die Standortlogik.

Damit verbundene Einnahmeverluste des Staates müssen freilich kompensiert werden: zum Beispiel durch die massive Kürzung von Sozialleistungen. Unter Rot-Grün haben die Arbeitsmarktreformen, die mit dem Namen Hartz verbunden sind und nun einen weiteren unangenehmen Beigeschmack bekommen haben, und die Kürzungen bei den Renten und der Gesundheit begonnen und werden unter Schwarz-Rot fortgeführt. Ich nenne hier nur die Gesundheitsreform, die Rente ab 67 und die Kürzung der Pendlerpauschale.

Der Neoliberalismus erweist sich also als höchst asozial. Er untergräbt Mindeststandards der sozialen Gerechtigkeit. Damit jedoch ist er es, der die soziale Frage nicht nur bei uns, sondern weltweit neu stellt. Und sie wird zumindest in Teilen der Welt nicht gerade zur Zufriedenheit der Neoliberalen beantwortet. Vor allem nicht in Lateinamerika, aber auch bei uns nicht uneingeschränkt.

Die Ablehnung des Entwurfs einer europäischen Verfassung bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden resultiert auch daraus, dass eine neoliberal orientierte EU, die versucht, im Teil III dieser Verfassung einem falschen Wettbewerb verfassungsrechtliche Weihen zu geben – danach muss man in unserem Grundge-

setz vergeblich suchen –, mehr Befürchtungen und Unsicherheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern auslöste als Zustimmung.

Wenn wir Gerechtigkeit auch als Verteilungsgerechtigkeit begreifen, ist der heutige Kapitalismus – soviel sollten die bisherigen Ausführungen erkennen lassen – eine katastrophale Ungerechtigkeit. Aber zur Gerechtigkeit gehört mehr. Alle Menschen haben ein Recht auf *Gleichheit*. Damit ist keine Gleichmacherei gemeint. Ich meine aber, dass es grundsätzliche Relationen der Gleichheit geben muss.

Am selbstverständlichsten scheint uns das im Recht. Vor dem Gesetz ist jeder gleich. In der Moral anerkennen wir uns wechselseitig an als Wesen, die für ihr Handeln vernünftige Begründungen abgeben können, und im Politischen sind wir Bürgerinnen und Bürger der *res publica*. Ohne derartige Basisrelationen der Gleichheit ist gesellschaftliche Selbstbestimmung und damit Freiheit – und das ist eine wesentliche Dimension der Gerechtigkeit – nicht möglich. Unsere Gesellschaft läuft aber Gefahr, nicht einfach nur *faktisch* Gesellschaftsmitglieder abzuhängen, das tut sie längst, sondern auch den *Anspruch* auf soziale Inklusion aller aufzugeben. Damit zerstört sie das Autonomieprojekt als Ganzes.

Es gibt nun einen Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit als Verteilungsgerechtigkeit und Gerechtigkeit als Gleichheit. Wenn die gesellschaftliche Umverteilung von Einkommen und Arbeit in der gerade aktuellen Weise voranschreitet, dann werden diese Gleichheitsrelationen untergraben. Die Rechtsgleichheit wird dadurch untergraben, dass sich die Besitzenden bessere Möglichkeiten zur Durchsetzung von Ansprüchen leisten können und dass dabei Zeiten vergehen, die sich Ärmere nicht leisten können. Die Gleichheit aller als moralische Personen wird durch Diskurse zu der so genannten Eigenverantwortung untergraben: Verliererinnen und Verlierer des ökonomischen Systems erscheinen als nicht wahrnehmungsfähig hinsichtlich ihrer Verantwortung für sich selbst; die Gleichheit aller als Bürgerinnen und Bürger wird untergraben, indem erstens der Staat immer weniger handlungsfähig wird, zweitens die faktische Ausgrenzung eines Teils der Bürger aus der Gesellschaft die Entfremdung zum Gemeinwesen vergrößert, und drittens die politische Klasse zynisch gegenüber ihrer in Gestalt von Wahlprogrammen verkündeten Ideologie wird und sich so von der Gesellschaft als Ganzes zunehmend entfremdet.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es parlamentarische Mehrheiten für die Rente ab 67, für die Pendlerpauschale, für die Mehrwertsteuererhöhung, um nur drei Beispiele zu nennen, gab. Den 65 Prozent Zustimmung im Bundestag standen jedoch, wenn man den Meinungsumfragen Glauben schenken darf, 65 Prozent Ablehnungen dieser Maßnahmen – Reformen kann man diese sozialen Leistungskürzungen wohl kaum nennen – in der Bevölkerung gegenüber. Auch das führt zur wachsenden Parteien- und somit auch Politikverdrossenheit, die sich übrigens auch negativ auf die Oppositionsparteien auswirkt, weil sie einfach dem Parteiensystem zugeschlagen werden. Und Politikverdrossenheit kann wiederum in Demokratieverdrossenheit umschlagen.

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Shareholder-Kapitalismus ist gering. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land messen der so-

»Noch herrscht der neoliberale Zeitgeist. Streiks gegen Arbeitsplatzabbau, Demonstrationen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV sowie die Wahlerfolge der Linken zeigen, dass dies nicht so bleiben muss. Bürgerinnen und Bürger beginnen, sich zu wehren. Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel beizutragen.«
Ebenda, Abschn. IV:
Für einen Richtungswechsel.

zialen Gerechtigkeit eine wachsende Bedeutung zu, zumal die Unsicherheiten um einen Arbeitsplatz, um Existenz sichernde Einkommen, um sichere Renten im Alter, die Ängste vor einem sozialen Absturz in Hartz IV auch die Gefahren in sich bergen, dass autoritäre Lösungen an Attraktivität gewinnen könnten.

Schon aus diesem Grund ist eine Kritik von links am real existierenden und spekulierenden Kapitalismus nicht nur eine abstrakte Einsicht. Sie ist notwendig, um die Ängste vieler Menschen und die Ursachen hierfür ernst zu nehmen. Sie ist erst recht notwendig, weil die herrschenden neoliberalen Parteien von ihrer Politik immer behaupten, zu ihr gäbe es keine Alternative. Doch es gibt Alternativen von links. Dazu später mehr.

Kapitalismuskritik: Umweltzerstörung und neue Kriege

Es ist nicht nur die soziale Frage, die die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen, zwingend stellt. Ich behaupte, dass der Kapitalismus auch nicht in der Lage ist, die ökologische Frage zu lösen. Im Gegenteil, er trägt zur Verschärfung der ökologischen Krise bei, und ich fürchte, dass der völkerrechtswidrige Krieg gegen den Irak, der auch ein Krieg ums Öl ist, nur ein Vorspiel auf kommende globale Auseinandersetzungen im Kampf um die knapper werdenden natürlichen Ressourcen, vor allem um die fossilen Energieträger, ist.

Die Industrialisierung, die vor etwa 200 Jahren begann, basierte ganz wesentlich auf den neuen Energieträgern Öl, Gas und Kohle. Die industrielle Revolution war somit auch eine fossile Revolution. Um die externen Folgekosten machte man sich die meiste Zeit über keine großen Gedanken: weder über die Folgen für das Klima durch den vermehrten Ausstoß von Kohlendioxid, noch über die Endlichkeit dieser Ressourcen.

Selbst die vorhandenen Angaben über die realen Vorkommen sind mit Vorsicht zu genießen. Sie sind häufig übertrieben, um das ökonomische Interesse an alternativen Energieressourcen zu bremsen.

In einigen Ländern ist der Punkt, an dem die Nachfrage nach Öl dessen Fördermenge übersteigt, bereits überschritten; in den USA etwa seit den 70er Jahren. Weltweit soll der Punkt unterschiedlichen Schätzungen zufolge entweder schon überschritten sein oder in mehreren Jahrzehnten erreicht werden.

Das Problem wird dadurch verschärft, dass der Energiehunger wachstumsstarker Länder wie China und Indien den Kampf um die Erdölressourcen verschärft. Dieser Kampf könnte auf friedliche, marktwirtschaftliche Weise ausgetragen werden, indem die Knappheit der Ressource über den Preis angezeigt wird. Das geschieht auch.

Aber damit geben sich die Ton angehenden Industriestaaten, vor allem die USA und die NATO-Staaten, nicht zufrieden. Es ist beileibe kein Zufall, dass die NATO-Doktrin gleich nach dem Scheitern des Staatssozialismus auf die »Sicherung der Ölquellen« erweitert wurde.

Lässt sich eine Ressource nicht auf dem herkömmlichen, marktwirtschaftlichen Weg aneignen, dann erfolgt gegebenenfalls die gewaltsame Aneignung. Wie gesagt, der Irakkrieg war und ist auch ein Krieg ums Öl. Auch der ebenso völkerrechtswidrige Krieg gegen

Afghanistan hatte den willkommenen Nebeneffekt, dass die USA ihre Militärbasen nördlich von Afghanistan, im kaukasischen Gürtel der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, anlegen konnten. Auch diese Länder verfügen über größere Erdöl- und Erdgasvorkommen.

Das Erdöl ist aber nicht nur eine Energieressource, sondern auch ein unentbehrlicher Rohstoff. Das sollen die folgenden Beispiele andeuten:

Erstens: Die Herstellung eines Autos erfordert etwa 20 Barrel oder umgerechnet 3000 Liter Öl. Das entspricht etwa 10 Prozent der Energie, die es während seiner Lebensdauer verbraucht.

Zweitens: Die Herstellung von einem 32-Mega-Bite-Chip benötigt 1,6 kg Öl und 32 Liter Wasser.

Drittens: Die Herstellung eines Rechners erfordert das Zehnfache seines Gewichts an Öl. Aufgrund der hohen Reinheit und Sauberkeit, die zur Herstellung eines Mikrochips notwendig sind, benötigt man für die Herstellung von neun bis zehn Rechnern die gleiche Menge an Öl wie für ein Auto.

Marx nannte die Produktion einmal den »Stoffwechsel mit der Natur«. Bei der Beurteilung einer Produktionsweise ist einmal das »innere«, durch gesellschaftliche Verhältnisse vermittelte, Moment der Produktionsweise zu betrachten, ganz sicher aber auch das äußere, eben jener Stoffwechsel.

Er markiert ein absehbares Ende einer Produktionsweise, der hingegen ein »Weiter so« eingeschrieben scheint. Ein anderer Aspekt, der anzeigt, dass der Stoffwechsel gestört ist, sind die Belastungen der natürlichen Umwelt. Und auch kann ein Ende kommen, ein natürliches Ende zumindest für die Menschheit, und sei es in Gestalt einer kollabierenden Umwelt.

Es existiert also ein Widerspruch zwischen dem »Akkumulationstrieb« des Kapitalismus auf der einen Seite und dem Ende des Wachstums auf der anderen Seite. Es muss sich daher in unserer Produktionsweise etwas ändern.

Eine Antwort des kapitalistischen Systems ist ein »Augen zu und durch!« und ein Hinausschieben einer Politik des »Weg vom Öl« mit all seinen Konsequenzen. Denn ein Ersatz des »schwarzen Goldes« durch regenerative Energien hätte tief greifende Auswirkungen auf Produktion, Konsumtion, auch unsere Lebensweise und Kultur.

So lange die politischen Eliten einer Wachstumsideologie ihr Ohr leihen, bleiben sie auch anfällig für diese strategische Antwort. Und das ist der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg. Anders ausgedrückt: Wenn sich unsere Ökonomien von fossilen Energieträgern emanzipierten, wäre das ein nicht zu unterschätzender Beitrag auch für eine dann mögliche Friedenspolitik.

Ich bezweifle jedoch, dass die Herrschenden dazu überhaupt willens und fähig sind. Die einzige Antwort der herrschenden Politik und auch vieler, nicht aller, Ökologie- und Umweltverbände lautet: »Effizienzrevolution«. Also den sparsameren, nachhaltigeren Umgang mit den fossilen Energieträgern und ein Umstieg auf erneuerbare Energien. Nur: Die Steigerung der Effizienz müsste global erfolgen. Wenn das eine Land sparsamer mit den knappen Ressourcen umgeht, heißt das noch lange nicht, dass alle anderen Länder diesem Beispiel folgen.

»Wir setzen der neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines alternativen Entwicklungsweges entgegen. Diese werden wir mit den Erfahrungen und Konflikten in den Betrieben und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme verstehen wir vor allem als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck von Krisenprozessen und Widersprüchen, die die kapitalistische Ökonomie hervorbringt. In der öffentlichen Debatte hebt DIE LINKE den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive hervor. Dringlich sind Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, breit angelegte Bildungsarbeit, Bildung von Netzwerken und die Beteiligung an wissenschaftlichen Diskussionen.«
Ebenda, Abschn. IV:
Für einen Richtungswechsel.

Da die Grünen den Kapitalismus nicht überwinden wollen, sind sie im Kern keine ökologische Partei.

Für die Linke und für linke Alternativen bedeutet dies, nicht nur Antworten auf die soziale Frage zu suchen und zu finden, sondern die soziale Frage mit der ökologischen Frage zu verbinden. Erst dann wird ein Schuh draus, nämlich eine gesellschaftliche Alternative nach mehr sozialer Gerechtigkeit und größtmöglicher demokratischer Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an dem »Was« und dem »Wie« der künftigen Produktion und Konsumtion, und es entsteht die Vision eines »postfossilen« Zeitalters, das einen Bruch mit dem 200 Jahre alten industriellen Wachstumsmodell bedeutete.

Gibt es Alternativen?

Aus den bitteren Erfahrungen des gescheiterten Staatssozialismus in der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten, einschließlich der DDR, lautete eine wichtige Erkenntnis der aus der SED hervorgegangenen PDS, der heutigen Linkspartei, dass eine soziale Umwälzung, eine Revolution nicht von einer zumeist selbst ernannten Avantgarde zu Stande kommt, die sich obendrein auch noch wähnt, im alleinigen Besitz der Wahrheit zu sein.

Eine Überwindung dieser kapitalistischen Verhältnisse kann und muss in einer Demokratie enden und auf demokratischem Weg erfolgen, mit dem Risiko, auf demokratischem Weg auch wieder abgewählt zu werden. Dann waren die Vorschläge der Sozialistinnen und Sozialisten eben nicht gut genug. Die Überwindung setzt zweitens einen über viele Jahre währenden Prozess der Aneignung von Wissen und Erfahrungen aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen voraus. Genau an diesen Prozessen beteiligen sich die Linkspartei, PDS und die WASG, die sich im Sommer zu einer gemeinsamen linken Partei vereinigen wollen, und zwar zusammen mit sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und anderen Initiativen, um von ihnen zu lernen und um ihre Forderungen aufzugreifen und im Bundestag oder den Landesparlamenten zur Sprache zu bringen.

Bei Friedrich Engels fand ich in »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« in Bezug auf Revolutionen einen interessanten Hinweis aus der bürgerlichen Revolution. Engels wies auf die Tatsache hin, dass die Umwälzung in Frankreich Ende des 18. Jahrhundert durch einen politischen Umsturz erfolgte, während in England der große Knall ausblieb, sich aber die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso revolutionär über die Entwicklung der modernen Industrie und die Veränderung der Produktions- und somit auch der Gesellschaftsstrukturen durchsetzten. Trotz der Königinnen und Könige.

In beiden Fällen verliefen die revolutionären Prozesse erfolgreich, weil die Verhältnisse dazu herangereift waren.

Heute über die Alternativen jenseits des real existierenden Kapitalismus mit seinen entbändigten Märkten zu reden, mutet als völlig abwegig an, weil es uns nicht einmal gelingt, den Sozialstaatskompromiss, der noch unter Helmut Kohl weitgehend galt, gegen das Vordringen des Neoliberalismus zu verteidigen.

Mit der einzigen Ausnahme der Linksfraktion haben die übrigen Parteien die neoliberalen Postulate von mehr Deregulierung, Privatisie-

rung und Liberalisierung adaptiert, die Union und die FDP am radikalsten, die Grünen in dem Bemühen, zum herrschenden Zeitgeist aufzuschließen, die SPD zumindest mit einer mittleren Variante. Das trübt die Aussichten auf Alternativen und auf einen Bruch mit diesem herrschenden Zeitgeist.

Aber es gibt auch hoffnungsvolle Zeichen. Die Proteste gegen Hartz IV und gegen die völkerrechtswidrigen Kriege sind Belege dafür, dass es einen nennenswerten Widerstand gegen die herrschende Politik gibt. Einen Neoliberalismus in Reinkultur, wie er unter einer schwarz-gelben Regierung konzipiert war, scheiterte an den Wählerinnen und Wählern, denen ein Steuerkonzept eines Professors aus Heidelberg mehr Ängste einjagte. Die 8,7 Prozent oder über vier Millionen Wählerinnen und Wähler, die für die Linke votierten, haben eine große Koalition erzwungen und somit das kleinere Übel gegenüber »Schwarz-Gelb«.

Dennoch, der Weg für Veränderungen ist ungleich schwerer als noch in den Zeiten des so genannten sozialdemokratischen Zeitalters der Nachkriegsära. Das hängt sowohl mit der Globalisierung als auch mit der Vorherrschaft des Neoliberalismus zusammen.

Ich will dafür ein Beispiel nennen. Die Energieversorgung wurde privatisiert. Wäre sie im staatlichen Eigentum verblieben, hätte der Staat mehr Einnahmen, die nun privat angeeignet werden. Noch wichtiger wäre, dass wir im Bundestag Druck machen könnten auf eine stärkere Förderung von erneuerbaren Energien. Dazu hätte man auch staatliche Investitionen bereitstellen können. Man hätte auch Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen können, beispielsweise in der Weise, dass Rentner mit einer minimalen Grundrente oder Hartz-IV-Bezieher Sondertarife erhalten.

Stattdessen muss erst die Auseinandersetzung um die Gestaltungsmöglichkeit geführt werden. Also eine Auseinandersetzung, dass die Energieversorgung wieder vergesellschaftet wird, was sie ja über Jahrzehnte war.

Ein großer Teil dessen, was dereguliert, privatisiert oder liberalisiert wurde, müsste wieder zurückgenommen werden, um sich wieder ein Stück weit Gestaltungsmacht der Gesellschaft zu erobern. So haben wir beispielsweise beantragt, das frühere Verbot von spekulativen Hedge-Fonds wieder wirksam werden zu lassen, die erst unter der rot-grünen Bundesregierung zugelassen wurden. Wir beantragten übrigens eine namentliche Abstimmung über unseren Antrag. Franz Müntefering stimmte gegen unseren Antrag. So viel Schrecken dürften ihm die Heuschrecken dann ja wohl doch nicht eingeflößt haben.

Öffentliche Güter wie die Energie, die Wasserversorgung und -entsorgung, der öffentliche Nah- und Fernverkehr, ein Teil der Wohnungen, die medizinische Versorgung, ein beträchtlicher Teil der Kultureinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Bildung sind entweder vor einer Privatisierung zu bewahren oder wieder zu vergesellschaften. Es handelt sich, wenn Sie so wollen, um eine Wiederaaneignung öffentlicher Güter oder Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge, die für alle Bürgerinnen und Bürger chancengleich zugänglich sein und bereitgestellt werden müssen

Privatisierung findet nicht nur bei vormals öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen statt. Zunehmend werden auch die Risiken

»Wir wollen eine Welt schaffen, in der die Würde jeder und jedes Einzelnen wirklich unantastbar ist, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden vereint sind, in der die Menschen im Gleichklang mit der Natur leben. Dazu wirken wir für ein breites Reformbündnis. Gemeinsam streiten wir dafür, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist.«
Ebenda, Abschn. IV:
Für einen Richtungswechsel.

des Lebens bei der Gesundheit, beim Alter, bei der Pflege privatisiert. Bei der Gesundheit durch Zuzahlungen, die Praxisgebühr und die Zusatzversicherung bei Zahnersatz und Krankenhausaufenthalt. Bei den Renten über die Riester-Rente und dadurch, dass landauf, landab gesagt wird, die Renten seien nicht mehr so sicher, also versichert euch zusätzlich privat usw.

Aus der Sicht der Neoliberalen ist die Unsicherheit bei den Menschen eine hervorragend funktionierende Politik. Sie führt nämlich zur Entsolidarisierung oder lässt Solidarität gar nicht erst aufkommen. Dieser weiteren Privatisierung der Lebensrisiken können Linke nicht zustimmen, sondern müssen für den Erhalt und den Ausbau sozialistischer Sozialversicherungssysteme kämpfen.

Ebenso müssen wir im Bereich der erfolgten Deregulierungen der Finanzmärkte wieder re-regulieren, die rein spekulativen Hedge-Fonds wieder verbieten, das Ausschlachten von Unternehmen durch Private-Equity-Fonds durch steuerliche Sanktionen verhindern, Veräußerungsgewinne der Kapitalgesellschaften wieder besteuern.

All diese Forderungen haben mit einer Transformation dieser Gesellschaft erst einmal nichts zu tun. Damit erreichen wir bestenfalls ein Niveau an Regulierung und die Wiedereinbettung der Marktwirtschaft in die Gesellschaft wie in den siebziger oder achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Es handelt sich eigentlich um sozialdemokratische, nicht um sozialistische Politik, die die Linke einfordern muss, weil sich die SPD entsozialdemokratisiert hat. Aber diese Schritte sind notwendig, um überhaupt wieder politische und gesellschaftliche Gestaltungsmacht gegenüber den Kräften des Marktes zurück zu gewinnen. Denn erst unter den dann gegebenen Bedingungen lassen sich weitere Formen der Vergesellschaftung, der aktiven Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den wirtschaftlichen Prozessen und ihrer Entwicklungsrichtung vorantreiben, die über das rein sozialdemokratische Projekt hinausweisen.

Nur so erreicht man wieder ein Primat der Politik über die Wirtschaft und damit eine wesentlich stärkere Relevanz von Demokratie.

Genau diese Politik und diese Forderungen sind der Kritik der Neoliberalen, der Parteien, die sich dem Neoliberalismus verschrieben haben, und des Mainstreams der Medien ausgesetzt. Sie werfen uns eine im Grunde genommen konservative Politik vor, weil wir zurück in keynesianische Zeiten wollten. Ja, das wollen wir auch, weil sie für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen, für die bewusste Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen eine Voraussetzung ist. Nicht konservativ, aber sozial sind die Neoliberalen, die ihre Politik als besonders modern anpreisen, in Wirklichkeit nur die Apologeten eines ungezügelter Marktes sind und dabei schon fast religiöse Züge annehmen. Ich jedenfalls erkenne keinen Fortschritt daran, wenn unter der Dominanz des Marktes und seiner Gesetze der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft zerstört wird.

Ein weiteres Problem, das sich für die Linke stellt, ist die partielle Aufgabe oder Übertragung vormals nationaler Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen wie die Welthandelsorganisation WTO oder, näher liegend, die Institutionen der EU. Ich hatte bereits anfangs darauf hingewiesen, dass Deutschland keine nationale Währungs- und Zinspolitik mehr betreiben kann. Das gilt darüber

hinaus auch für klassische Konjunkturprogramme zur Belebung des Binnenmarktes und Stärkung der Kaufkraft im Falle von konjunkturellen Krisen. Eine bewusste Inkaufnahme einer staatlichen Neuverschuldung zur Belebung der Wirtschaft, etwa durch das Auflegen eines Investitionsprogramms, ist nur in einem sehr begrenzten Rahmen möglich.

Ich will das an dieser Stelle nicht vertiefen, aber die Notwendigkeit unterstreichen, dass viele politische Veränderungen nur im Rahmen der EU erreicht werden können.

Die Auseinandersetzungen um die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die es Dienstleisterinnen und Dienstleistern erlauben sollte, innerhalb der EU zu den Bedingungen ihrer Herkunftsländer zu arbeiten, konnte weitgehend dank der Proteste der Gewerkschaften verhindert werden. Das ist ein Hinweis für die Notwendigkeit, in der EU zu gemeinsamen möglichst hohen sozialen Mindeststandards und ökologischen Standards zu kommen, die nicht unterlaufen werden dürfen.

Das gilt auch für die Harmonisierung der Unternehmenssteuern, um Kapitalflucht zu verhindern. Hier müssen wir also den nationalstaatlichen Handlungsrahmen mit einer Strategie der Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften in der EU, außerparlamentarisch wie parlamentarisch, erweitern, weil wir allein auf nationalstaatlicher Ebene scheitern würden. Daher messe ich dem Kampf für eine neue Verfassung, für ein sozial gestaltetes Europa, das sich im Übrigen auch von einer Militarisierung der Außenpolitik verabschieden sollte, eine zentrale Bedeutung zu.

Lassen Sie mich, da es hier ja um die gesellschaftlichen Perspektiven jenseits des Kapitalismus geht, auf ein Reizthema der Linken kommen: Wie halten wir es mit den Märkten? Ich glaube nicht, dass sich Märkte abschaffen lassen. Und wir sollten es auch nicht tun, da Märkte sich als äußerst effizient erwiesen haben.

Überall da, wo Geld als Steuerungsmedium ausfällt, bedarf es anderer Steuerungsmedien oder direkter Koordination. Eine marktfreie Gesellschaft stünde dann vor der Alternative, die Bedeutung des Staates in der Ökonomie massiv aufzuwerten oder alle möglichen ökonomischen Prozesse im Rahmen der freien Kooperation stattfinden zu lassen. Da freie Kooperationen ausschließlich durch die Moral der Kooperierenden stabilisierbar sind, besteht hier die Gefahr der moralischen Entlastung durch staatlich-bürokratische Handlungskoordination. Man muss ja nicht den Teufel an die Wand malen, um zu sehen, dass hier Gefahren lauern, die man bestimmt nicht mit einer Idee der Marktaufhebung beabsichtigt: nämlich die Kolonisierung der Lebenswelt statt durch Marktimperative nun durch bürokratische Imperative.

Eine solche Wirtschaft endet wie im Staatssozialismus als unproduktive Mangelwirtschaft. Sie begünstigt auch einen großen Mangel an Freiheiten und Demokratie, weil Mechanismen zum Interessenausgleich entbehrlich erscheinen.

Eine andere Frage ist, wie viel Markt wir brauchen, wie viel staatlich gesteuerte Ökonomie, wie viel wir auch freier Kooperation zutrauen. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass der gegenwärtige Zustand des Kapitalismus, der sich dadurch auszeichnet, dass Märkte sowohl institutionell als auch territorial völlig entgrenzt sind, über-

wunden werden muss. Ein Zustand muss hergestellt werden können, in dem die Gesellschaften selbstbestimmt ihre Ökonomie wieder steuern könnten. Dann wäre es auch möglich, sowohl soziale Ziele wie Gerechtigkeit als auch ökologische Ziele ins ökonomische System einzuspeisen. Notwendig dafür ist eine Rahmenplanung zur Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele

Eine Gesellschaft benötigt meiner Auffassung nach alle notwendigen Machtmittel, um ökonomische Prozesse so steuern zu können, dass Kapitaleffektivität und Produktivität, also dasjenige, was als richtig angesehen wird, konvergieren. Das wird aber nur gehen, wenn Preise gesellschaftlich kontrolliert werden können. Ebenso könnte über eine Rahmensteuerung die gesellschaftliche Verteilung von Gütern nach Gerechtigkeitsgesichtspunkten geregelt werden. Schließlich ist die gerechte Verteilung der Arbeit Gegenstand einer gesellschaftlichen Rahmenplanung.

Anders ausgedrückt: Außerhalb der Schlüsselbereiche und öffentlichen Daseinsvorsorge ist eine faire, chancengleiche Marktwirtschaft wichtig, weil sie zu große private wirtschaftliche Macht verhindert, Effektivität und Produktivität fördert, Qualität steigert und Preise senkt.

Ich möchte ein zweites brisantes und umstrittenes Problem in der Linken aufgreifen, die berühmte Eigentumsfrage. Orthodoxe Marxistinnen und Marxisten gingen und gehen davon aus, mit der Entzweiung der Eigentümerinnen und Eigentümer wären alle Fragen im Kern beantwortet, damit wäre die Machtfrage gelöst. Das Problem ist jedoch wesentlich komplizierter. Nehmen wir nur die riesigen US-Pensionsfonds. Anteilseigner sind die Beschäftigten in amerikanischen Unternehmen, die privat für ihre Alterssicherung aufkommen müssen. Sie sind selbst an möglichst hohen Renditen interessiert.

Die Verwalter dieser Fonds, die Finanzmakler und Analysten, spekulieren mit einem Teil dieser Rentenfonds, beteiligen sich auch an Hedge-Fonds, die auf der Jagd nach immer höheren Renditen im Zweifel sogar die Unternehmen ausschlachten, zerstückeln und Beschäftigte entlassen. Aus kurzfristigen Renditeinteressen werden also im Zweifelsfall die Existenzen von Unternehmen aufs Spiel gesetzt.

Das Problem ist dabei nicht die Eigentumsfrage, sondern die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle und Teilhabe der Anteilseigner an den Rentenfonds, die sich gewiefter Fondsmanager bedienen und die Fonds für spekulative Transaktionen missbrauchen. Es geht also nicht einfach um Macht und Eigentum, sondern um die Inhalte von Macht und Eigentum.

In unserem Grundgesetz ist das Eigentum an das Gemeinwohl gebunden. Daran ließe sich anknüpfen. Eigentümerinnen- und Eigentümerinteressen müssten verpflichtet werden, sich an sozialen und ökologischen Standards zu orientieren. Dabei sollten die abhängig Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen ein gewichtiges Wörtchen mitreden – mehr als es die heutige Mitbestimmung ermöglicht.

Trotzdem: Staatliches, kommunales und genossenschaftliches Eigentum bleiben in Schlüsselbereichen und in der öffentlichen Da-

seinsvorsorge wichtig, auch um sozial und ökologisch regulieren zu können und – wie gesagt – ein Primat der Politik und damit der Demokratie zu sichern.

Nun bleibt die Frage, ob ich hier einen Sozialismus skizziert habe. Innerhalb des so genannten »Analytischen Marxismus« nannten sich einige »Marktsozialisten«. So etwas in der Art diskutierte man auch dort. Dann gibt es die Wirtschaftsdemokratietheoretiker. Auch hier sehe ich Berührungspunkte. Aber ich würde vorschlagen, etwas weniger vollmundig einfach nur von einer Marktwirtschaft zu sprechen, die ihr Prädikat »sozial« wirklich einmal verdient hätte. Aber was hat das dann mit Sozialismus zu tun?

Der Kapitalismus kam nicht zu Stande, weil die Leute *beschlossen* hatten, dass sie Kapitalismus machten. Man kann entgegen früheren Hoffnungen nicht einfach etwas anderes beschließen, zumindest wird es dadurch noch nicht

Ich hoffe, dass es unseren Gesellschaften gelingt, im Rahmen sozialer Lernprozesse sich so zu verändern, dass die emanzipativen Erregenschaften der bürgerlichen Ära bewahrt und ihre desaströsen Momente überwunden werden können. Das entspricht wohl ungefähr dem, was Marx sich unter einer sozialistischen Gesellschaft vorgestellt hat.

Hoffnung heißt aber nicht, dass es im Hier und Jetzt nichts zu tun gibt. Letztlich geschieht nur das, was die Menschen zulassen, dass es geschieht. Überall dort, wo wir Macht und Einfluss haben, etwas zu verändern, müssen wir auch den Mut haben, das zu tun. Wir müssen aber auch genügend Vorsicht walten lassen, damit die Richtung der Veränderung entweder stimmt oder zumindest schnell korrigierbar ist.

Unsere zukünftige Alternative jenseits dieser bestehenden Gesellschaftsordnung ist – um abschließend noch einmal Friedrich Engels zu zitieren – »nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittels des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken«.

Ich hoffe nur, dass uns angesichts der Zuspitzungen der sozialen, ökologischen und kriegerischen Herausforderungen noch genügend Zeit bleiben wird.

HEIKO LANGNER

Zur antilinken Kritik des Finanzkapitalismus am Beispiel der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«

Die regionalen Finanzkrisen der neunziger Jahre haben ihres gehäuf- ten Auftretens wegen rasch zu einer wachsenden Kritik des global entfesselten, marktradikalen Kapitalismus geführt. Globalisierungskritische Bewegungen wie »Attac« sind seither einer breiten Allgemeinheit bekannt geworden.

Die neoliberalen Befürworter eines ungehemmten Konkurrenzkapitalismus sind »naturgemäß« – das heißt: ideologiemotiviert – bestrebt, soziale Forderungen nach politischer Regulierung der besonders volatilen Finanzmärkte oder sogar ins Grundsätzliche gehende Systemkritik als nationalen Protektionismus und Sozialchauvinismus fortschrittsfeindlicher Linker zu desavouieren.

In der Tat wird Globalisierungskritik aber *praktisch* delegitimiert, wenn sie mit nationalistischen Gruppen Positionen teilt, die strukturell oder implizit antisemitisch sind. Rassistische Verschwörungstheorien, in denen von der weltweiten Macht des jüdischen Finanzkapitals fantasiert wird, liefern zu ihrem vorgeblichen Antikapitalismus auch gleich die entsprechenden Sündenböcke mit, die es stereotyp zu bekämpfen gilt. Allerdings werden heutzutage derartige Interpretationsmuster oftmals in abgeschwächter Form vorgetragen, um sie angesichts der nationalsozialistischen Hypothek erst wieder gesellschaftlich »salonfähig« zu machen. Eine dieser äußerst umstrittenen Theorien ist die so genannte »Natürliche Wirtschaftsordnung« des Deutsch-Argentiniers Silvio Gesell (1862-1930).

Das Ziel dieses Aufsatzes besteht darin, zu klären, ob und inwieweit Gesells Theorie Anschlussfähigkeit zu antilinken Diskursen besitzt und welche Anforderungen an linke Programmatik und linke Politik hieraus erwachsen können.

Ökonomische Grundlagen der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«

Die synonym auch als »Freiwirtschaftstheorie« bezeichnete »Natürliche Wirtschaftsordnung« (NWO) von Silvio Gesell steht von vornherein in Antithese zu marxistischer Kapitalismusanalyse. Im Unterschied zu Marx, für den das konstitutive Wesensmerkmal des Kapitalismus in der formspezifischen Beschaffenheit der materiellen Produktionsbedingungen der ökonomischen Basis besteht, steckt für Gesell der eigentliche kapitalistische *Nervus rerum* in der monetären Zirkulationssphäre. Gesell beruft sich damit ausdrücklich auf das Theorieerbe des französischen Sozialisten Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865).¹

Heiko Langner – Jg. 1971; Politikwissenschaftler; wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Dr. Hakki Keskin, Fraktion DIE LINKE.; zuletzt in UTOPIE kreativ: Kapitalistische Moderne – moderner Kapitalismus? Zur Grundsatzdebatte in der Linkspartei.PDS, Heft 187 (Mai 2006).

1 Vgl. Silvio Gesell: Gesammelte Werke, Bd. 11, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (NWO), 4. Aufl. (1920), Verlag für Sozialökonomie Lütjenburg 2004, S. 4 ff.

Wie dieser geißelt Gesell »arbeitslose« Einkommen wie die Bodenrente der Großgrundeigentümer und vor allem die Zins- und Zinseszinsinkünfte der Rentiers, die infolge ihrer Umverteilungswirkung für die soziale Polarisierung verantwortlich gemacht werden. Dies erklärt eine gewisse potenzielle Attraktivität der Freiwirtschaftslehre für vergangene wie aktuelle kapitalismuskritische Diskurse. Der Teufel steckt aber wie meistens im Detail – oder anders formuliert: Die Wahl der (falschen) Mittel kann den Zweck entheiligen. Und dies ist bei Gesell der Fall.

Neben der Umwandlung der Bodenrente in eine »Mütterrente« (worauf ich noch zurückkommen werde) bildet Gesells eigentliche Kernforderung die Einführung eines »Verschleiß- oder Schwundgeldes« (Freigeld), dessen Hortung eine regelmäßige Entwertung (Negativzins) von jährlich etwa 5 bis 6 Prozent nach sich zieht. Dies bedeutet nichts anderes, als dass dem Geld diejenigen Eigenschaften künstlich angeheftet werden sollen, die alle anderen Waren als Gebrauchswerte besitzen. Im Grunde soll in der NWO das Geld wieder naturalisiert werden. Hierfür sind die Durchhaltekosten zu erhöhen, um das überschüssige Geldkapital von den Bankkonten in den Prozess materieller Realgüterproduktion zu pumpen. Dieser kontinuierliche Geldumlauf soll fortan jegliche zyklischen Wirtschaftskrisen ausschalten. Kapitalismustypische Probleme wie Deflation, Inflation oder Massenarbeitslosigkeit wären somit ein für allemal beseitigt, die »siamesischen Zwillinge« Marktwirtschaft und Kapitalismus endgültig voneinander getrennt.

Indem Gesell und seine alten wie neuen Interpreten aber stets nur an den Geldfunktionen herumlaborieren (speziell die Wertaufbewahrungseigenschaft hat es ihnen angetan), ignorieren sie jedwede formspezifische Geldanalyse unter den Bedingungen einer kapitalistischen Produktion samt der zugrunde liegenden sozialen Dimension. Der Frontalangriff der Gesellianer richtet sich ausschließlich gegen das Zinsen tragende Geldkapital ($G - G'$), ohne dass jemals eine überzeugende Antwort erfolgt, wie dessen Zinszuwächse eigentlich zustande kommen.

Gesell bezieht hierzu zwar eine klare Position, wonach der »Geldzins vom Vorhandensein eines von Arbeitsmitteln entblößten Proletariats vollkommen unabhängig (ist)«.² Dies stellt allerdings eine ziemlich abenteuerliche Vorstellung dar, bei der die gesamte historische Arbeitsteilung rückwirkend zu einem reinen Geldanhängsel erklärt wird.³ Bekanntlich bilden Zinsen eine in Geld dokumentierte Forderung, die vielmehr umgekehrt durch *mehrwerthaltige*(!) Warengüterproduktion zu erwirtschaften ist.⁴ Ergo wird dem kapitalistischen Unternehmer erst durch die Aneignung des von den unmittelbaren Produzenten (Lohnabhängigen) geschaffenen Mehrwerts ermöglicht, diese monetäre Forderung überhaupt zu erfüllen. Eine totale Entkopplung von Finanz- und Produktionssphäre kann demnach nicht stattfinden, da der Zinsen beinhaltende Schuldendienst an Kreditinstitute aus den real produzierten Überschüssen finanziert werden muss.⁵ Und dies gilt selbst angesichts des Umstands, dass seit dem Ende des Weltwährungssystems von Bretton Woods im Zuge der anhaltenden staatlichen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik die Disproportionalität zwischen der Finanzsphäre und der materiellen Basisproduktion drastisch zugenommen hat. Dennoch handelt es sich aus den

2 Vgl. Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung ... a. a. O., S. 336.

3 Vgl. ebenda, S. 217.

4 Vgl. Elmar Altvater: Eine andere Welt mit welchem Geld? Über neoliberale Kritik der Globalisierungskritik, unbelehrte Ignoranz und Gesells Lehre von Freigeld und Freiland, Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/altvater/Aktuelles.html>, download 15. 10. 2006, S. 32.

5 Vgl. Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Globalisierung der Unsicherheit, Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2002, S. 173.

beschriebenen Gründen »nur« um relative Verselbständigungstendenzen des monetären Sektors.

Die einer Zinswirtschaft zugrunde liegende antagonistische Produktionsweise, also der auf der privatkapitalistischen Aneignung des Mehrwerts beruhende Gegensatz von Kapital und Arbeit, interessiert die Freiwirtschaftsanhänger hingegen nicht, werden hierbei doch ausschließlich arbeitsbezogene bzw. produktive Einkommen erzielt.

Diese Differenzierung zwischen schaffendem (produktivem) und raffendem (unproduktivem) Kapital wird von Gesell auch sozialstrukturell nachvollzogen. Folgerichtig bilden in der NWO nicht etwa kapitalistische Unternehmer vs. Lohnabhängige das eigentliche soziale Gegensatzpaar, sondern Kapitalisten *und* Lohnabhängige stehen als »Volk« dem Zinsen und Grundrente kassierenden Rentier gegenüber.

Es überrascht nicht, dass ein solches Ideologem leicht Zugang in den wirtschaftsprogrammatischen Teil des NSDAP-Programms von 1920 finden konnte, welches unter Punkt 11 die »Brechung der Zinsknechtschaft« forderte.⁶ Denn angesichts der damaligen (durch das mittelalterliche kanonische Zinsverbot historisch begünstigten) breiten Repräsentanz von Juden im Bankgewerbe kam Gesells Wirtschaftskonzept den Nationalsozialisten nur allzu gelegen, um ihrem rassistischen Antisemitismus eine zusätzliche ökonomische Begründung mitzuliefern. Auch wenn Gesells Theorie für die praktische NS-Wirtschaftspolitik ohne nennenswerten Belang blieb, stand die NSDAP mit ihrem so genannten »Rolandbund« freiwirtschaftlich orientierten Mitgliedern ausdrücklich offen.⁷

Soziale Grundlagen der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«

Die von Gesell mit der Einführung von »Freiland« und »Freigeld« befürwortete Renaturalisierung der Wirtschaft macht keineswegs vor der Gesellschaft halt. Im Gegenteil: der »Meister« aller Freiwirte hält das Darwinsche Prinzip der »natürlichen Auslese« auch in der Gesellschaft für richtig und unverzichtbar. Seine Vorstellung von »Auslese« behält allerdings einen primär ökonomischen Anstrich: »Die Auslese durch den freien, von keinerlei Vorrecht mehr gefälschten Wettbewerb wird in der Natürlichen Wirtschaftsordnung vollständig von der persönlichen Arbeitsleistung geleitet, wird also zu einem Sichauswirken der Eigenschaften des einzelnen Menschen.«⁸

Die heutigen Befürworter eines ungehemmten Neoliberalismus könnten dieses Bild eines »Arbeitskraftunternehmers« wohl nicht besser illustrieren: »Durch immer bessere, höhere Leistungen sucht sich der Mensch im Wettbewerb zu behaupten. Von diesen Leistungen hängt es allein ab, ob und wann er eine Familie gründen, wie er die Kinderpflege üben, die Fortpflanzung seiner Eigenschaften sichern kann.«⁹

Bei diesem »survival of the fittest« sollen sich also möglichst nur noch die Erfolgreichen reproduzieren.

Gesells Vorstellung von einer solchermaßen wettbewerbsbestimmten sozialen Auslese wird durch ein passendes Frauenbild ergänzt: »Die so wiederhergestellte natürliche Auslese wird in der Natürlichen Wirtschaftsordnung noch dadurch besonders unterstützt, daß auch die Vorrechte bei den Geschlechtern aufgehoben sind, indem als Entgelt für die aus der Kinderpflege entstehende Mehrbelastung die Grundrente unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt wird.«¹⁰

6 Vgl. <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html>.

7 Vgl. Elmar Altvater: Eine andere Welt mit welchem Geld?, a. a. O., S. 30.

8 Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung ... Vorwort zur 3. Aufl., a. a. O., S. 20.

9 Ebenda.

10 Ebenda, S. 21.

Ist Gesell also nur ein verkannter Vorkämpfer für die weibliche Emanzipation? Wohl kaum, sollen mit der umgewandelten Grundrente die Frauen doch vor allem auf ihre Rolle als Mütter festgelegt werden, deren Hauptaufgabe in der »Hochzucht« des Menschengeschlechts besteht. Gnädigerweise dürfen sie sich hierfür wenigstens noch die tüchtigsten Männer selbst aussuchen: »So wird in der Natürlichen Wirtschaftsordnung der Frau das freie Wahlrecht verbürgt, und zwar nicht das inhaltlere politische Wahlrecht, sondern das große Zuchtwahlrecht, dieses wichtigste Sieb bei der Auslesetätigkeit der Natur.«¹¹

11 Ebenda.

Auf den Punkt gebracht, beruhen die sozialen Grundlagen der Natürlichen Wirtschaftsordnung auf einem ökonomischen, matriarchalisch maskierten Sozialdarwinismus.

Obschon diese Heroisierung der Frau als Mutter sowie die Blut- und Boden-Politik eigentlich gut zur NS-Ideologie passten, war Gesells soziales Konstrukt für die Nationalsozialisten dennoch unannehmbar. Sein extremer Individualismus kollidierte frontal mit der nationalsozialistischen Massenideologie und insbesondere mit deren Grundsatz strikter Rassentrennung. Im Widerspruch zur späteren nationalsozialistischen Praxis erklärte Gesell die Rassenpolitik zur ureigensten Angelegenheit eines jeden einzelnen Menschen.¹² »Rassenmischung« ist in diesem Konzept möglich bzw. sogar ausdrücklich erwünscht.

12 Ebenda, S. 64.

In Vorkenntnis seiner ökonomischen Konzeption ist dies sogar leicht nachvollziehbar, denn Gesell überträgt seinen konkurrenzdeternierten Sozialdarwinismus nur ideologisch konsequent auf die internationale Ebene. Das internationale Freihandelsprinzip wird hierbei einfach zur leitmotivischen »Sozialpolitik« in globaler Dimension erhoben. Und dies verträgt sich sogar hervorragend mit seiner Forderung nach einem internationalen »Völkerfrieden«.¹³ Bekanntlich geht es um eine globale, freie Marktwirtschaft am besten unter stabilen politischen und kapitalfreundlichen Bedingungen.

13 Ebenda, S. 55 ff.

Freilich ist Gesell damit weder ein »Marx der Anarchisten«, geschweige denn gar ein »Akrat«, der jedwede Form von äußerer Herrschaft ablehnt.¹⁴ Ein libertärer Marxismus sähe anders aus: Er würde die zugrunde liegende antagonistische Produktionsweise nicht vorsätzlich negieren, sondern als soziales Ziel die direkte Verfügungsgewalt der unmittelbaren Produzenten über die Organisation des Produktionsprozesses sowie die Selbstaneignungsweise hinsichtlich der Produktionsergebnisse beinhalten. Hinzu kommt, dass Gesells »Kosmopolitismus« doch implizit ein rassistisches Element enthält. Eine gesellschaftspolitische Umsetzung seines individuellen Rasseverständnisses würde zur allmählichen Entstehung einer globalen, neuen »Herrenrasse« führen, die allerdings (im Unterschied zu der von den NS-Ideologen propagierten) multiethnisch zusammengesetzt wäre.

14 Vgl. Günter Bartsch: Silvio Gesell, die Physio-kraten und die Anarchisten, in: Klaus Schmitt: Silvio Gesell – »Marx« der Anarchisten?, Karin Kramer Verlag Berlin 1989, Internet: <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/schmitt/textl.htm>, S. 9 ff.

Im Grunde propagiert Gesell damit nichts anderes als eine spezifische, marktradikale Elitenideologie, die »Rasse« als eine primär ökonomische Kategorie definiert.

Ein Zwischenfazit

Gesells Konstrukt einer Natürlichen Wirtschaftsordnung enthält – wie dargelegt – zentrale Ideologeme, die beträchtliche Anschlussfähigkeit zu gängigen rassistischen und antisemitischen Stereotypen besitzen.

Trotz der strukturellen Rechtslastigkeit von Gesells Theorie und ihrer realen historischen Vorbelastung ist hieraus nicht zwangsläufig zu schlussfolgern, dass alle heutigen Freiwirtschaftsanhänger ausnahmslos bewusste Rassisten und Antisemiten sein müssen. Bis-weißen erfolgt sogar eine ausdrückliche Distanzierung von den beschriebenen völkisch-biologistischen Überlegungen. Dem liegt aber häufig die irrtümliche Annahme und durchsichtige Motivation zugrunde, Gesells Lehre könnte, wenn auf ihren sozialdarwinistischen Beigeschmack verzichtet würde, in funktionaler Hinsicht eine gegenwartsbezogene antikapitalistische Theoriealternative zum Marxismus bieten. Dies ist allerdings mitnichten möglich. Hierfür wäre gerade jene Formanalyse des Geldes inklusive dessen Bezug zu mehrwerthaltiger Warenproduktion notwendig, von der alte wie neue Freiwirte bis dato nichts wissen wollen. Der theoretische Versuch, Marktwirtschaft und Kapitalismus auseinander zu dividieren, ist demnach gezwungenermaßen auf eine Umdefinierung dessen angewiesen, was Kapitalismus eigentlich ausmacht, nämlich eine gesellschaftliche Produktionsweise mit gleichzeitiger privater Aneignungsergebnisse. Nur wenn letztere ignoriert wird, lässt sich einerseits das Zinsnehmen verteufeln, privatkapitalistische Mehrwertaneignung jedoch rechtfertigen, so dass das Kapitalverhältnis als soziale Beziehung nicht mehr prinzipiell in Frage gestellt zu werden braucht.

Mit der historischen Realität hat Gesells Theoriekonstruktion ohnehin nichts gemein, haben sich doch Marktwirtschaft *und* Kapitalismus gleichzeitig im Rahmen des »Disembeddings« herausgebildet.

Darüber hinaus sind auch die versprochenen, volkswirtschaftlichen Positiveffekte eines Negativzinses stark anzuzweifeln. Ein beschleunigter Geldumlauf besäße in der Praxis wohl eine ähnliche Wirkung wie eine quantitative Ausweitung der Geldmenge. Gesells Geldumlaufsicherung wäre damit nichts anderes als eine künstliche Inflation, wengleich kalkuliert und nicht uferlos. Dies könnte womöglich zwar zu steigenden Kapitalinvestitionen im materiellen Produktionssektor beitragen, entscheidend ist jedoch, welchen primären Investitionszwecken das zugeführte Kapital dient. Im Fall von Rationalisierungsinvestitionen führt dies nachweislich zu einer forcierten Freisetzung von menschlicher Arbeitskraft, lediglich bei Erweiterungsinvestitionen wäre ein Beschäftigungsanstieg zu erwarten. Hierdurch wird deutlich, dass selbst »nur« die soziale Regulierung einer kapitalistischen Marktökonomie ein deutlich komplexeres Steuerungsinstrumentarium als einen Negativzins erfordert. Dies dürfte auch der tiefere Grund sein, weshalb sich John Maynard Keynes trotz seiner positiven Bezugnahme auf Gesell (worauf die NWO-Anhänger gern extensiv hinweisen) bei der Konzipierung seiner antizyklischen Wirtschaftspolitik gegen die Einführung einer solchen »Liquiditätsprämie« entschied.

Summa summarum ist Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung weder ein alternativer, antimarxistischer Sozialismus, noch ein vermeintlicher »Dritter Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern einfach nur ein zinsloser Kapitalismus mit einer völlig ungehemmten Marktwirtschaft als Mittel zur sozialbiologischen Auslese.

Und das »liebe Geld«? Das Geld bleibt unter kapitalistischen Bedingungen, was es schon immer war – verselbständigter Tauschwert in

einer gleichzeitig mit konkreten Gebrauchswerten behafteten Marktökonomie.

Herausforderungen und Konsequenzen für linke Kapitalismuskritik

Von einigen Anfangserfolgen abgesehen ist die freiwirtschaftliche Bewegung zum Leidwesen ihrer Anhänger stets nur ein gesellschaftliches Randphänomen geblieben. Gesells Befürwortung einer auf extremem Individualismus beruhenden Wettbewerbsordnung stand trotz grundsätzlicher weltanschaulicher Nähe in eindeutigen Widerspruch zur Kollektivideologie des rechten Mehrheitsflügels der NSDAP, der sämtliche innergesellschaftlichen Konflikte mithilfe seiner »Volksgemeinschaftskonzeption« einplanieren wollte – in der somit für einen Konflikt zwischen arbeitsamem Volk und alimentierten Rentiers schlichtweg kein Platz war. Ihre völkisch-sozialdarwinistische Einfärbung und konkurrenzkapitalistischen Grundtheoreme waren dagegen für marxistisch orientierte Sozialisten gänzlich unannehmbar.

Über siebzig Jahre nach dem Tod ihres einstigen Theoriebegründers haben sich für die Freiwirtschaftsbewegung die Erfolgsaussichten dennoch aufgehellt. Die nahezu weltweite, kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus (von dem die Gesellianer ökonomietheoretisch übrigens nur die Ablehnung von Positivzinsen unterscheidet) ist mit der Verabsolutierung eines egoistischen Individualismus verbunden, ganz ähnlich wie ihn auch Freiwirte propagieren.

Zum anderen ist mit dem Zusammenbruch der stalinistisch deformierten, europäischen Realsozialismen eine weitgehende Delegitimierung des gesamten Marxismus eingetreten.

Infolgedessen könnte Gesells Lehre heute gleich mehreren politischen Strömungen weltanschauliche Anknüpfungspunkte bieten:

erstens Wirtschaftsliberalen, die den autoritären Charakter des gegenwärtigen neoliberalen Projekts als Blockade ihrer individual-egoistischen Selbstentfaltung ablehnen;

zweitens desillusionierten Sozialisten, die angesichts des gegenwärtigen, finanzgetriebenen neoliberalen »Casinokapitalismus« versucht sein könnten, in der Freiwirtschaftslehre eine praxistaugliche Kapitalismusalternative zu suchen, sowie

drittens sozialrevolutionär gewendeten (»strasserisierten«) Neofaschisten, die rechte, völkische Ideologie mit prämodernem Antikapitalismus verbinden wollen.

Heutige Wahlparteien, die sich explizit auf Gesells Theorieerbe beziehen, sind entsprechend ideologisch breit aufgestellt. Programmatisch sind diese erkennbar an ihren (nur scheinbar widersprüchlichen) Forderungen nach obligatorischen Reformen im Geldwesen (Einführung der Umlaufsicherung) und Reindustrialisierung der Wirtschaft (mit Wiedereinstieg in die Kernenergie) bei gleichzeitiger sozialökologischer Produktionsweise. Charakteristisch sind ebenfalls Forderungen nach friedensförderlichen, gigantischen Investitionen in die globale Verkehrsinfrastruktur, die schon aus Gründen der Anschubfinanzierung scheitern müssten, selbst wenn diese langfristig rentabel wären.

Dieser weltanschauliche »Warenhauskatalog« mag einer der Gründe sein, weshalb das Stimmenergebnis solcher Parteien bei Wahlen mit

der Anzahl ihrer Mitglieder tendenziell deckungsgleich ist, was meistens ein zuverlässiges Indiz für einen sektenhaften Charakter darstellt.

Für die Verbreitung von Gesells Theorien scheinen hingegen die Versuche eines gezielten Eindringens in andere Parteien (»Entrismus«) oder die Übernahme freiwirtschaftlicher Theorieelemente durch andere Parteien deutlich mehr Erfolg zu versprechen.

Beispielsweise existiert schon seit der Parteigründung in den Grünen eine so genannte »liberalsoziale« Strömung, die bislang für die innerparteiliche Machttektonik der Gesamtpartei zwar nicht sonderlich bedeutend war, die jedoch den freiwirtschaftlichen Grundgedanken einer »Gesundung« unseres Geldwesens konsequent vertritt.¹⁵ Die vollzogene kopernikanische Wendung der Grünen von einer radikalökologischen, systemkonfrontativen Antiparteipartei zu einer neoliberalen, marktwirtschaftlichen Elitepartei von Bestverdienenen mit nur noch gemäßigt sozialökologischer Note ist also seit ihren frühen Anfängen programmatisch mit angelegt gewesen.

Obzwar ideologisch völlig konträren Zwecken dienend, wäre es auch der sich sozialrevolutionär gerierenden NPD prinzipiell möglich, sich der »Natürlichen Wirtschaftsordnung« zu bedienen, um einige passende Theoriestücke zu entwenden und in ihre biologistische Volksgemeinschaftsideologie zu integrieren.

Und die Linke?

Die nach wie vor in zahlreichen Splitterparteien organisierten dogmatischen Linken pflegen unverrückbar ihr fest gefügtes Marxismusverständnis und sind dadurch für freiwirtschaftliche Ideen nur wenig empfänglich.

Die demokratische Linke hat hingegen damit begonnen, sich als neue gesamtdeutsche, offene Linke zu verorten. Hierbei hat die in Ostdeutschland politisch schwergewichtige Linkspartei.PDS in den zurückliegenden sechzehn Jahren nach der Wiedervereinigung die demokratische Wandlung von einer ehemaligen kommunistischen Staatspartei zu einer Partei des Demokratischen Sozialismus glaubwürdig vollzogen. Ihre für 2007 geplante Fusion mit der mehrheitlich traditionsozialdemokratischen WASG wird dennoch zu spürbarer weltanschaulicher Heterogenität in der neuen Linkspartei führen. Insbesondere der ideologische Pluralismus des WASG-Fusionsteils könnte sich als geeignetes Einfallstor für freiwirtschaftliche Indoktrinationsversuche erweisen.

In Berlin, wo es zu einem konkurrierenden Wahantritt beider Fusionspartner kam, versuchten NWO-Anhänger offensiv die Wahlkämpfer beider Parteien gezielt in Diskussionen zu verwickeln mit der Begründung, man würde doch eigentlich für identische Positionen streiten. Dies ist, wie gezeigt, mitnichten der Fall.

Die Freiwirtschaftliche Theorie hat sich zur Gänze als auch hinsichtlich einzelner Theoriefragmente für Programmatik und Politik von demokratischen Linken disqualifiziert, da ihr (ohnehin nur unechter) Antikapitalismus strukturell in einen sozialdarwinistischen Ökonomismus eingebettet ist, aus dem sie auch nicht herausgelöst werden kann. Insofern ist es für die gesellschaftliche und politische Revitalisierung einer demokratischen, antineoliberalen Linken unerlässlich, dass die Distanz zu einer im Kern antiemanzipatorischen Ungleichheitsideologie nicht verloren geht.

15 Vgl. <http://www.alternativen.homepage.t-online.de>.

KLAUS PETER KISKER

Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung

Interview mit Stefan Kalmring und Andreas Nowak

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Der Neoliberalismus wird als die Lösung eklatanter sozialer und ökonomischer Probleme ausgegeben, mit denen die entwickelten kapitalistischen Ökonomien seit etwa dreißig Jahren zu kämpfen haben. Wie erklärst Du Dir die vielfältigen – seit dem Strukturbruch 1974/75 zu beobachtenden – Phänomene wie die säkular steigende Arbeitslosigkeit, die geringen Kapazitätsauslastungen, die niedrigen Wachstumsraten, die Fusionswellen und die rigide Verdrängungskonkurrenz?

KLAUS PETER KISKER: Die in allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern zu registrierende Tendenz der längerfristig, d. h. über die konjunkturellen Schwankungen hinweg, fallenden Profitrate hat zwar zu immer stärkeren Klagen der Industrie geführt, war aber so lange unproblematisch, wie hohe Akkumulationsraten dazu führten, dass die Profitmassen trotz fallender Profitraten stiegen. Die Akkumulationsrate wird selbst längerfristig von der fallenden Profitrate bestimmt. Das bedeutet, die Akkumulationsrate, die notwendig wäre, um eine steigende Profitmasse zu garantieren, konnte längerfristig nicht aufrechterhalten werden. Die Situation, in der das neue, zusätzlich gebildete Realkapital, gesamtgesellschaftlich und tendenziell gesehen, nicht mehr ausreichte, um den Fall der Profitrate zu kompensieren, ist Mitte der siebziger Jahre eingetreten. Die Folge ist: Seitdem sinken bei deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen tendenziell im längerfristigen Trend nicht nur die Profitraten, sondern es sinkt auch die gesamtgesellschaftliche Profitmasse. Mit dieser als *Strukturelle Überakkumulation* zu bezeichnenden längerfristigen Entwicklung, in der durch zusätzliche *Realkapitalakkumulation* die gesamtgesellschaftliche Profitmasse nicht mehr gesteigert werden kann, sind die kapitalistischen Systeme in eine neue Entwicklungsphase eingetreten.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Worin liegt der Unterschied zwischen der zyklischen und der Strukturellen Überakkumulation?

KLAUS PETER KISKER: In jedem der rund 25 Konjunkturzyklen, die die kapitalistischen Wirtschaften seit der Durchsetzung dieses Systems durchlaufen haben, sind im Aufschwung auf Grund des kapitalimmanent logischen, durch die Konkurrenzbedingungen erzwungenen Investitionsverhaltens Überkapazitäten entstanden, die im Abschwung durch Kapitalentwertung und -vernichtung beseitigt

Klaus Peter Kisker – Jg. 1932; Prof. Dr.; Volkswirt, zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Marx'schen Theorie, der Krisen- und Konjunkturtheorie und zu Fragen von Konzentration und Zentralisation des Kapitals; lehrt am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der FU-Berlin, Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«.

worden sind. Damit sind immer wieder die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung geschaffen worden. *Strukturelle Überakkumulation* war und ist dagegen eine längerfristig sich anbahnende, absehbare Entwicklung, die im Unterschied zur zyklischen Überakkumulation nicht auf falschen Signalen seitens des Marktes beruht und vor allem nicht durch einen kurzfristigen Abschwung beseitigt wird. Anhaltende Überkapazitäten und sinkende Profitmasse fordern strategisches Handeln seitens der Kapitale. So ist zu erklären,

- dass die Realinvestitionsquote deutlich zurückgegangen ist,
- dass die Unternehmer versuchen, ihre Investitionen auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zu beschränken,
- dass sie auf Kosten der Realinvestitionen riesige Geldkapitale bilden und eher andere Firmen aufkaufen, als die Gewinne zum Ausbau bestehender Unternehmen zu verwenden, wobei sie in der Regel nicht an den Produktionskapazitäten, sondern lediglich an den Marktanteilen der aufgekauften Unternehmen interessiert sind. Deren Mitarbeiter und Maschinen stellen eine lästige Dreingabe dar.

Mit diesen kapitalimmanent logischen, betriebswirtschaftlich rationalen Maßnahmen können die Einzelkapitale kurzfristig ihren Gewinn stabilisieren, längerfristig verschärfen sie damit jedoch die Strukturelle Überakkumulation. Die zyklendurchschnittliche Einschränkung der Realkapitalakkumulation, die Reduzierung der Erweiterungsinvestitionen und die neuen, Produktionskapazitäten vernichtenden Zentralisierungsstrategien bremsen zwar kurzfristig den Fall der Profitrate, bewirken aber gleichzeitig eine weitere zyklendurchschnittliche Senkung der Akkumulationsrate, sodass die Überakkumulation nicht gebremst, sondern verstärkt wird.

Die Einschränkung der Realkapitalakkumulation – deutlich abzulesen an der gesunkenen Investitionsquote – bei Zunahme des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen bedeutet, dass das zyklendurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität über dem Wachstum des Sozialproduktes liegt. Eine solche Konstellation muss zu einer überzyklischen Entlassung von Arbeitskräften führen.

Längerfristig abnehmende Beschäftigung heißt abnehmende Nachfrage nach Konsumgütern und damit Kontraktion der Konsummittelproduktion. Damit fällt nicht nur Nachfrage nach Investitionsgütern, sondern zusätzlich effektive Nachfrage nach Konsumgütern aus, zumal mit zunehmender langanhaltender Massenarbeitslosigkeit die herkömmlichen sozialstaatlichen Transfersysteme an ihre Grenzen stoßen und damit ihre abfedernde Funktion verlieren. Wird dieser akkumulationsbedingte Ausfall an effektiver Nachfrage nicht durch staatliche Aktivität oder zunehmende Nachfrage aus dem Ausland (Exportüberschuss) kompensiert, führt dies zu weiterer Reduzierung der Investitionsgüternachfrage. Es entwickelt sich ein *Circulus vitiosus* mit zunehmender Arbeitsplatzvernichtung.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Der schwarze Freitag ist uns allen ein Begriff. Er steht für die langandauernde Depressionsphase der Weltwirtschaft in den dreißiger Jahren. Die katastrophalen politischen Folgen sind allseits bekannt. Worin liegen für Dich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Depressionsphasen?

Stefan Kalmring – Jg. 1972; Dipl. Volkswirt, Dipl. Soziologe; Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Lehrbeauftragter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und am Lateinamerika-institut der FU Berlin. Jüngste Buchveröffentlichung: Olaf Gerlach, Stefan Kalmring, Daniel Kumitz, Andreas Nowak: Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie, Frankfurt/Main 2005.

KLAUS PETER KISKER: Bereits ab Mitte der siebziger Jahre war eine Entwicklung zu beobachten, die viele Gemeinsamkeiten mit der in den zwanziger Jahren hatte. Nach der Krise 1920/21 – in Deutschland nach 1923 – erholte sich der Kapitalismus in den hochindustrialisierten Ländern nur unvollkommen. Die Industrieproduktion stieg im Verhältnis zur Vorkriegszeit nur noch schwach an, die Kapazitätsauslastung der Industrie blieb mit knapp 80 % unbefriedigend. Das hervorstechende Merkmal war die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit, die im Unterschied zu früheren Konjunkturaufschwüngen auf hohem Niveau verharrte. In Deutschland betrug die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder nach Angaben des Instituts für Konjunkturforschung 1924 = 8,9 %, 1925 noch 8,3 %, 1926 sogar 18,8 %, 1927 = 8,8 % und im Höhepunkt der Konjunktur – im August 1927 – noch über 5 %. In Großbritannien fiel die Arbeitslosenquote niemals unter 10 %, in den skandinavischen Ländern verharrte sie bei rund 18 %. Nur in den USA erreichte sie mit 4 % in etwa den Vorkriegsstand.

In der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 stieg die Arbeitslosigkeit – nach amtlichen Statistiken, die die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit der Landarbeiter nicht erfassten – bis 1933 in Deutschland auf 44,7 %, in den USA auf 31 %, in England auf 23,2 % (vollarbeitslose Industriearbeiter). Diese Krise war aber nicht nur die längste und schwerste in der Geschichte des Kapitalismus, sondern zugleich auch die erste, die nicht von einem kräftigen Aufschwung abgelöst wurde. Sie ging in eine längere Depressionsphase über. In dem so genannten Aufschwung nach 1933 verharrte die Arbeitslosigkeit in Großbritannien bei 17 % und in Schweden sowie in den USA bei 20 %. Die durchschnittlichen Wachstumsraten des Sozialproduktes blieben mit durchschnittlich 0,8 % p. A. weit hinter der Vorkriegsentwicklung zurück. Der relativ schwache Boom nach der Krise 1920/21 und insbesondere die unzureichende Erholung nach der Weltwirtschaftskrise wurden damals als bedrohliche Symptome einer überzyklischen, strukturellen Krise, als Beginn einer »säkularen Stagnation«¹ gedeutet. Im Unterschied zu heute wurde diese Entwicklung allerdings dann relativ schnell durch die Kriegsvorbereitungen abgebrochen.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die Neokonservativen behaupten seit Jahren eine Alternativlosigkeit ihrer marktradikalen Politik der Deregulierung. Sie begründen dies u. a. mit einem angeblichen Scheitern keynesianischer Wirtschaftspolitik. Eine solche Argumentation scheint uns problematisch, da sie auffällig ungeschichtlich verfährt, war doch der (Post-)Keynesianismus selber eine Reaktion auf die tiefen Verwerfungen und Instabilitäten eines freien, sich selbst überlassenen Marktes, wie ihn die Neoliberalen sich ersehnen. Sind die Lehren dieser Krise der dreißiger Jahre vergessen?

KLAUS PETER KISKER: Abgesehen davon, dass mit der Wirtschaftspolitik seit Ende der siebziger Jahre alle Erfahrungen aus den zwanziger Jahren ignoriert werden, und abgesehen davon, dass die mangelnden analytischen Fähigkeiten der Neokonservativen dafür sorgen, dass die besonderen Bedingungen der einmaligen Prosperitäts-

Andreas Nowak – Jg. 1969; Dipl. Soziologe; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerikainstitut der FU Berlin; Redakteur der Zeitschrift ZAG; Veröffentlichung u. a.: Olaf Gerlach, Stefan Kaltring, Andreas Nowak: Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Zur Aktualität der Kritik der politischen Ökonomie, Hamburg 2003.

1 Alvin H. Hansen: Business Cycles and National Income, New York 1951.

konstellation der Nachkriegszeit nicht erkannt werden, wird hier ein Scheitern behauptet, das nie stattfinden konnte. Zwar gab es in den USA – in der kurzen Kennedy-Ära unter dem Einfluss seines Beraters Galbraiths – und in Großbritannien sowie in der Bundesrepublik Deutschland nach 1965 Ansätze einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, eine konsequente, auf Keynes' Analyse aufbauende Wirtschaftspolitik hat es jedoch zu keinem Zeitpunkt in keinem Land gegeben. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital wäre jeder Versuch in dieser Richtung am Widerstand des Kapitals gescheitert. Das zeigten bereits die Diskussionen um die Konzepte von Keynes seit den dreißiger Jahren und vor allem die Debatten um Deregulierung seit den siebziger Jahren.

Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind für das Kapital keine erstrebenswerten Ziele, denn Vollbeschäftigung heißt für die Unternehmen: Lohnsteigerungen, da bei Vollbeschäftigung sowohl die Verhandlungsmacht des einzelnen Arbeitnehmers als auch insbesondere die Kampfkraft der Gewerkschaften wesentlich stärker ist als bei hoher Arbeitslosigkeit. Fehlende industrielle Reservearmee bedeutet zudem für die Unternehmen, dass sie weniger flexibel auf die für kapitalistische Systeme typischen Wechsel der Nachfrage reagieren können. Kalecki hat bereits in den vierziger Jahren den Widerstand der Unternehmer gegenüber aktiver Beschäftigungspolitik auf drei Ebenen systematisch analysiert, er schreibt: »Die ›Führer der Wirtschaft‹ widersetzen sich einer Vollbeschäftigung, die der Staat durch seine Ausgaben erzeugt. Die Gründe lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. das Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich,
2. das Unbehagen am Verwendungszweck der Staatsausgaben (öffentliche Investitionen und Subventionierung des privaten Konsums),
3. das Unbehagen an den sozialen und politischen Veränderungen, die eintreten, wenn Vollbeschäftigung zum Dauerzustand wird.«²

2 Michael Kalecki:
Politische Aspekte der
Vollbeschäftigung, in:
ders.: Krise und Prospe-
rität im Kapitalismus,
Marburg 1987, S. 235 f.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Nehmen wir noch mal das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Wenn heute von keynesianischer Wirtschaftspolitik gesprochen wird, stellen sich die meisten eine Globalsteuerung im Stil Karl Schillers vor. Helmut Schmidts berühmter Ausspruch, dass die Pferde zwar an die Tränke geführt, aber nicht saufen würden, versinnbildlicht für viele das Scheitern der damals praktizierten Form der Globalsteuerung, suggeriert aber auch, dass die sozialdemokratische Politik der sechziger und siebziger Jahre mit den Vorstellungen von Keynes gleichzusetzen sei. Wie gerechtfertigt ist es, die Vorstellungen Keynes' mit der damaligen Wirtschaftspolitik in eins zu setzen?

KLAUS PETER KISKER: Die Sozialdemokraten haben es nie gewagt, gegen die Interessen des Kapitals eine konsistente keynesianische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Karl Schiller hat Ende der sechziger Jahre unter dem Eindruck der ersten Krise in der Bundesrepublik eine »aufgeklärte soziale Marktwirtschaft« propagiert, bei der er den neoliberalen »Freiburger Imperativ« mit der »Keynesschen Bot-

schaft« zu verbinden vorgab. Mit dem von ihm maßgeblich initiierten Stabilitätsgesetz von 1967 tat er so, als ob nun ein Stück keynesianischer Politik betrieben werden solle. In Wahrheit ist dieses Gesetz bis heute niemals angewendet worden, es war reines Window-dressing. Schiller hat, wie viele andere, Keynes' Konzepte wie einen Steinbruch genutzt, einige leicht zu verwertende Brocken wurden herausgenommen, die schwereren wurden umgangen. Das Scheitern dieser halbherzigen, inkonsistenten Politik war vorprogrammiert. Mit dem im September 1982 verabschiedeten Haushaltssicherungsgesetz, das eine erhebliche Kürzung der Sozialleistungen mit sich brachte, leitete Helmut Schmidt kurz vor seinem Sturz die offene Wende zu einer neoliberalen Politik ein.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Du hast vorhin bereits gesagt, dass Unterbeschäftigung beziehungsweise eine umfangreiche industrielle Reservearmee eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals bedeutet. Die geschwächte Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten erleichtert eine Sanierung der Profitraten über einen Abbau von Arbeitnehmerrechten, eine Senkung der Löhne, Privatisierungen etc. Bedeutet die von Dir mit dem Zitat von Kalecki zum Ausdruck gebrachte Auffassung nicht, dass die Unternehmer wissen, welche Politik zu Vollbeschäftigung führt, und deshalb aus strategischen Gründen anders handeln? Uns erscheinen die meisten Politiker und Unternehmer eher in ihrem eigenen neoliberalen Diskurs gefangen zu sein. Sie glauben, was sie vorschlagen. Und zeitigt eine Deregulierungsmaßnahme nicht die gewünschten Ergebnisse, so argumentieren sie, dass die Maßnahme eben nicht weit genug ging und deshalb durch weitere flankiert werden müsse.

KLAUS PETER KISKER: Im Kapitalismus zwingt die Konkurrenz die Kapitalbesitzer oder ihre Beauftragten zu maßloser Profitmaximierung. Das ist keine Frage der Moral oder des Gefangenseins in einem Diskurs, sondern des Überlebens des Kapitals. Sie handeln betriebswirtschaftlich logisch, wenn sie angesichts von Überkapazitäten ihre Investitionen einschränken, Arbeitskräfte entlassen und Maßnahmen ergreifen beziehungsweise fordern, die die Lohnkosten senken.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die neoliberale Politik ist auch für das Kapital ein zweischneidiges Schwert. Zwar findet einerseits eine gewichtige Rekommodifizierung der Ware Arbeitskraft statt, das heißt Arbeitskosten und Zumutbarkeitsgrenzen werden erheblich gesenkt, die anfallenden Kosten des Sozialstaats werden gemindert, und es erschließen sich über Privatisierungen, Freihandelsbestrebungen etc. neue Verwertungsmöglichkeiten. Aber andererseits bedeuten die restriktive staatliche Haushalts- und Geldpolitik wie auch Lohnsenkungen, dass Probleme bei der Binnennachfrage entstehen. Könnte hieraus mittelfristig folgen, dass größere Kapitalfraktionen sich wieder von der neoliberalen Wirtschaftspolitik abwenden?

KLAUS PETER KISKER: Das Kapital beziehungsweise seine Vertreter haben niemals wirkliche Alternativen zu der neoliberalen Wirt-

schaftspolitik geduldet. Sie sind davon überzeugt, dass das, was gut für ein Unternehmen ist, auch gut für die Gesellschaft ist. Dass sich die Schere zwischen einzelwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Effizienz immer weiter öffnet, wird ignoriert.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die Phase struktureller Überakkumulation prägt jetzt schon über ein Vierteljahrhundert das ökonomische und mittelbar das politische Geschehen. Mitte der neunziger Jahre sah es mit dem New Economy Boom eine kurze Zeit so aus, als wäre dem Kapitalismus ein Weg aus der *säkularen Stagnation* gelungen. Warum gelingt es dem Kapital und der es unterstützenden Politik nicht, eine neue Prosperitätskonstellation zu erzeugen?

KLAUS PETER KISKER: Der Aufschwung in den neunziger Jahren wurde ganz wesentlich durch die Börsen vorangetrieben. Riesige Summen anlagensuchendes Kapital haben zu einer Spekulationsblase geführt, die fälschlich als Prosperitätsphase angesehen wurde. Die weltweiten Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe sind dadurch nicht abgebaut, sondern verschärft worden.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Gemäß der Theorie der Langen Wellen führt die Einführung von neuen Basistechnologien zu einer langanhaltenden Aufschwungphase. In der öffentlichen Diskussion werden die Computer, Nano- und Biotechnologien als solche Basistechnologien gehandelt. Was hältst Du von einer solchen optimistischen Auffassung?

KLAUS PETER KISKER: Die so genannten Langen Wellen waren und sind immer ein »Prinzip Hoffnung«. Es gibt keine in sich schlüssige Theorie der Langen Wellen, die endogen eine wirtschaftliche Erholung begründen kann. Auch statistische Untersuchungen haben die Langen Wellen als Illusionen entlarvt. Die Durchsetzung der Computertechnologie in den letzten fünfzig Jahren zeigt, dass damit keine Aufschwungphase verbunden war. Das ist von der Nano- oder Biotechnologie ebenfalls nicht zu erwarten.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die Forderung nach wirtschaftspolitischen Alternativen zum Marktradikalismus setzt voraus, dass der Staat auch in Zeiten der Globalisierung eine Handlungsmacht besitzt. Es geht also um die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit von Alternativen. Gerade diese wird nicht nur von Neoliberalen bestritten. Welche Position nimmst Du ein?

KLAUS PETER KISKER: Die Behauptung, dass der Staat auf Grund der Globalisierung der Kapitale nicht mehr in der Lage ist, durch seine Geld- und Fiskalpolitik soziale, bildungspolitische und ökologische Ziele durchzusetzen und dementsprechend auch nicht mehr der Adressat gesellschaftlicher Forderungen sein könnte, ist genau der Mythos, den das Kapital zu etablieren versucht. Richtig ist zwar, dass die EU-Nationalstaaten mit dem Maastricht-Vertrag wesentliche Mittel der Geld- und Fiskalpolitik aus der Hand gegeben haben und durch den Verzicht auf ein effizientes internationales Währungs-

system wie auf Kapitalverkehrskontrollen die zumeist spekulativen internationalen Finanztransaktionen nicht mehr beeinflussen können. Richtig ist aber auch, dass die notwendigen Reformen heute weitgehend nur durch gemeinsames Vorgehen der EU-Mitglieder durchzusetzen sind.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Das Gejammer der Unternehmer über die hohen Lohnkosten kontrastiert merkwürdig mit der Rolle Deutschlands als Exportweltmeister beziehungsweise den hohen Direktinvestitionen nach Deutschland. Widerlegt nicht dieser Tatbestand die Forderung nach weiterer Deregulierung und Senkung der Lohnkosten?

KLAUS PETER KISKER: Deutschland ist ein Hochlohnland, aber nicht die Höhe der Löhne, sondern die Lohnstückkosten sind entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Nur 1992/93 stiegen die Löhne schneller als die Produktivität, das klassische Muster jedes konjunkturellen Abschwunges. Von dieser kurzen Zeit abgesehen, sind die Lohnstückkosten gefallen. Im EZB-Monatsbericht Mai 2005 warnen die Banker Deutschland vor einer weiteren Lohnsenkungspolitik, da diese bisher schon erhebliche Probleme für die anderen Länder der EU verursacht habe!

Nach Berechnungen der EZB sind die gesamten Arbeitskosten in der Bundesrepublik von 1999 bis 2003 in jedem Jahr um 1 % geringer gestiegen als im Durchschnitt der EU. Weiter heißt es dort: Da die Produktivität hier stärker als in allen anderen EU-Ländern gestiegen ist, sind die für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Lohnstückkosten um 1,1 % hinter denen der anderen Länder zurückgeblieben. Da z. B. Spanien um 1,1% in der Gegenrichtung vom Durchschnitt abwich, ergibt sich eine jährliche Verbesserung der deutschen gegenüber der spanischen Wettbewerbsposition um 2,2 %, für die vier Jahre von um fast 9 %. Die Behauptung, dass die Löhne einschließlich der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik zu hoch seien und deshalb Deutschland international nicht wettbewerbsfähig sei, ist absurd.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die IG Metall hat 2006 ein recht passables Abschlussergebnis bei den Tarifverhandlungen erzielt. Der Gewerkschaftsexperte Josef Esser hat die Ursachen dafür zum Teil darin gesehen, dass selbst die Arbeitgeber mittlerweile an das Drohpotenzial von Betriebsverlagerungen in Niedriglohnländer nicht mehr glauben würden und gegen die Gewerkschaften einsetzen könnten. Verpufft das Schreckgespenst der Globalisierung zuletzt bei Licht besehen?

KLAUS PETER KISKER: In der Tat ist es den Gewerkschaften gelungen, das Drohpotenzial, das immer weit höher war als die tatsächlichen Verlagerungen, durch fundierte Analysen zu entschärfen. Tatsache ist: Die Zahl der bei deutschen Konzernen im Ausland Beschäftigten hat zugenommen. Hierbei handelt es sich in den meisten Fällen jedoch nicht um neue Arbeitsplätze, die zu Lasten des Inlandes entstanden sind, sondern überwiegend um Akquisitionen

bereits bestehender Betriebe mit den dort Beschäftigten. Der Teil der Investitionen, die ins Ausland fließen, stagniert seit 1990 bei 5 % und dient wesentlich der Erschließung beziehungsweise Erweiterung ausländischer Märkte sowie der Exportförderung. 2002/03 weist Deutschland hinter Irland den höchsten positiven Saldo der Direktinvestitionen aus. Produktionsverlagerungen sind fast ausschließlich bei händischer Produktion ohne Rationalisierungspotenzial zu registrieren.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Welche wirtschafts- und sozialpolitische Strategie sollte die gewerkschaftliche und politische Linke kurz- und mittelfristig einschlagen?

KLAUS PETER KISKER: Um wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, sind zwei Maßnahmen vordringlich:

1. eine Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs und
2. eine Neuordnung der Staatsfinanzen.

Es ist notwendig, die spekulative Geldkapitalakkumulation auf den internationalen Finanzmärkten zu Gunsten der inländischen – das heißt zunehmend europäischen – Realinvestitionen zu unterbinden. Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, die Verschiebung des Mehrwertes, der im Inland von den abhängig Beschäftigten nicht zuletzt auf Grund bestimmter, von der Gesellschaft geschaffener Voraussetzungen erwirtschaftet worden ist, zu kontrollieren. Die Wiedereinführung einer effizienten, die internationale Mobilität des Finanzkapitals einschränkenden Kapitalverkehrskontrolle in Verbindung mit einer Neukonstruktion des internationalen Währungssystems würde nicht nur die Gefahr einer weltweiten Finanzkrise mindern, sondern dem Staat Handlungsspielraum zurückgeben, um – bei entsprechendem Druck seitens der abhängig Beschäftigten – Politik im Interesse der Gesellschaft gestalten zu können. Die deutsche Industrie hat ca. eine Billion Euro als Geldmittel auf den internationalen Kapitalmärkten angelegt. Das sind zum großen Teil Gewinne, die hier in Deutschland auf Basis der hier geschaffenen, gesellschaftlichen Produktionsvoraussetzungen geschaffen worden sind, die hier aber nicht in reale Anlagen gesteckt wurden, sondern ins Ausland verschoben wurden. Zur Erinnerung: Die USA, die BRD, Kanada und die Schweiz haben als erste Staaten 1970 Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben. Großbritannien folgte 1979, Spanien erst 1992. Kapitalverkehrskontrollen sind eine unabdingbare Voraussetzung zur Wiedererlangung wirtschaftspolitischer Steuerungsmöglichkeit.

Beschäftigungs- und umweltorientierte Strukturprogramme sind nur über Defizit-Spending zu finanzieren. Ein berechtigter Einwand gegen die wachsende Staatsverschuldung ist, dass die daraus resultierenden Zinszahlungen einen wesentlichen Teil des Steueraufkommens absorbieren und damit die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt wird. Dieses Argument richtet sich jedoch nicht gegen die Staatsverschuldung als solche, sondern gegen ihre Form. Keynes hat immer wieder gefordert, Staatsschulden zinslos durch die Zentralbanken zu finanzieren. Anstatt die Geldmenge jedes Jahr planmäßig dadurch auszuweiten, dass die Zentralbank den Geschäfts-

banken zusätzliches Geld zur Verfügung stellt, könnte sie es dem Staat geben, von dem es dann im Zuge der Staatsausgaben in den Wirtschaftskreislauf fließt. Eine solche Defizitfinanzierung würde zwar eine Änderung des Vertrages von Maastricht voraussetzen, entspräche aber gesellschaftlicher Vernunft.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Eine erfolgreiche politische Strategie ist in eine langfristige Perspektive eingebunden. Das kann für uns nur ein demokratischer Sozialismus sein. Welche Bedeutung kommt einer sozialistischen Transformationsperspektive zu? Und wie könnte dies nach dem Scheitern des realexistierenden Sozialismus aussehen?

KLAUS PETER KISKER: Die grundlegende Umorientierung der europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik erfordert eine Analyse der Entwicklung, der gegenwärtigen Lage und der Zukunftstrends, denn ohne eine umfassende Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise – und stattdessen einer Beschränkung auf Symptome oder auf nebensächliche Faktoren – werden die wesentlichen Probleme bewusst oder unbewusst verschleiert. Das Überleben der Menschheit erfordert Strukturen zu entwickeln, in denen die Menschen die Produktion sowie ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschen und in gesellschaftlicher Verantwortung entscheiden, was wo in welchen Mengen unter welchen Bedingungen produziert wird.

Das heißt: Die gegenwärtige Steuerung der kapitalistischen Wirtschaften durch den privaten Profit muss schrittweise eingeschränkt und schließlich überwunden werden. An die Stelle der betriebswirtschaftlichen Logik muß eine gesellschaftliche Profitorientierung treten. Ohne die ideologische Selbstbefangenheit zu überwinden und bewusst die Grenzen systemimmanenter Kritik zu sprengen, sind wirksame Strategien dazu nicht zu entwickeln. Eine sozialistische Transformationsperspektive läßt sich meines Erachtens nur auf der Basis eines Bewusstseins der Bevölkerung von der absoluten Notwendigkeit grundlegender Veränderungen durchzusetzen.

DIETMAR DATHE

Niedriglohnsektor

Eine Auswertung aktueller Studien

Laut der herrschenden und von der Politik gern aufgegriffenen ökonomischen Lehre ist der Niedriglohnsektor ein entscheidendes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gerade für Geringqualifizierte: Der Rationalisierungsdruck habe die Nachfrage nach Geringqualifizierten beziehungsweise einfachen Tätigkeiten – insbesondere im verarbeitenden Gewerbe – dauerhaft gesenkt. Für Tätigkeiten, die weniger diesem Rationalisierungszwang ausgesetzt sind, wie haushalts- beziehungsweise personennahe Dienstleistungen, seien dagegen die Lohnkosten zu hoch, um eine entsprechende Arbeitsnachfrage zu erzeugen. Daraus resultieren zumindest drei Fragestellungen:

- Was sind eigentlich Niedriglöhne?
- Wie ist es um den Umfang des Niedriglohnsektors in West- und Ostdeutschland bestellt?
- Wer arbeitet zu Niedriglöhnen?

Dietmar Dathe – Jg. 1953, Dr. oec. Wirtschaftswissenschaftler, Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: Kontinuität und Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen, Heft 88 (Februar 1998).

Abgrenzung und Interpretation von Niedriglöhnen

Empirische Aussagen zum Umfang der Niedriglohnbeschäftigung sind abhängig von der verwendeten Definition und von der genutzten beziehungsweise nutzbaren Datenquelle. Letzteres betrifft die dort erfassten Einkommensbestandteile, die Angaben über die tarifliche und tatsächlich geleistete Arbeitszeit sowie die erfassten Beschäftigtengruppen.

In einer neuen Studie des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (IAB) lautet die *statistische Definition* des Niedriglohnes, dass alle Bruttomonatseinkommen, deren Höhe weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttomonatseinkommens (Median) einer Volkswirtschaft beträgt, als Niedriglöhne zu charakterisieren seien. Das heißt, es handelt sich somit nicht um eine *absolute*, sondern um eine *relativ* definierte Niedriglohnschwelle. Die Niedriglohnschwellen werden getrennt für Ost- und Westdeutschland sowie für Gesamtdeutschland ausgewiesen.

Das Bruttomonatseinkommen ist das effektiv gezahlte Brutto-Entgelt, also einschließlich Sonderzahlungen wie z. B. 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Überstundenzuschläge. Die entsprechenden Werte sind deshalb nicht direkt mit Tariflöhnen vergleichbar.

Die Umrechnung in Stundenlöhne kann nur näherungsweise erfolgen, indem eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden zugrunde gelegt wird. Die Analyse beschränkt sich aus Datengründen auf *Vollzeitbeschäftigte*, ohne Auszubildende.

In den Studien des (vormaligen) *Instituts für Arbeit und Technik* (IAT) wurde auf Basis des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) auch die Niedriglohnproblematik (die statistische Definition ist die gleiche wie in der IAB-Studie), *aber* unter Einschluss von Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung (Minijobs), untersucht. Einkommensbasis bilden auch hier die effektiv gezahlten Brutto-Entgelte, der Ausweis pro Stunde erfolgt auf Basis der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit. Arbeitsverhältnisse mit weniger als 35 Wochenstunden wurden als Teilzeitarbeit eingestuft. Ein Minijob (keine Nebenbeschäftigung) ist ein Beschäftigungsverhältnis mit monatlichem Verdienst bis zu 400 Euro, unabhängig von der Wochenarbeitszeit.

In der Literatur werden zum Teil Niedriglöhne mit *Armutslohnen* gleichgesetzt. Armut ist aber nur im Haushalts- bzw. Familienkontext definierbar. (Beispiel: Dass eine Ehefrau eine Niedriglohnbeschäftigung ausübt, sagt für sich genommen noch nichts über ihre »Armut« aus, wenn man an das für Westdeutschland immer noch typische Modell der Zuverdienerehe denkt.)

Aber natürlich ist das Armutsrisiko bzw. die Armutsbetroffenheit bei Niedriglohnbeschäftigten höher als bei Erwerbstätigen, in deren Haushalt keine Niedriglohnbeschäftigte leben: Haushalte mit Niedriglohnbeschäftigten waren zu 20,4 v. H. von Armut betroffen, gegenüber Haushalten von Erwerbstätigen ohne Niedriglohnbeschäftigte (2,9 v. H.) (Goebel et al.: 2005).

Ergebnisse im Einzelnen

1. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Tabelle 1:

Niedriglohnschwelle auf Basis des Brutto-Monatsentgelts und des Brutto-Stundenentgelts 2004 für West-, Ost- und Gesamtdeutschland (in Euro) sowie die absolute Zahl von Niedriglohn-Beschäftigten (in 1000) und die Niedriglohnquoten (sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte)

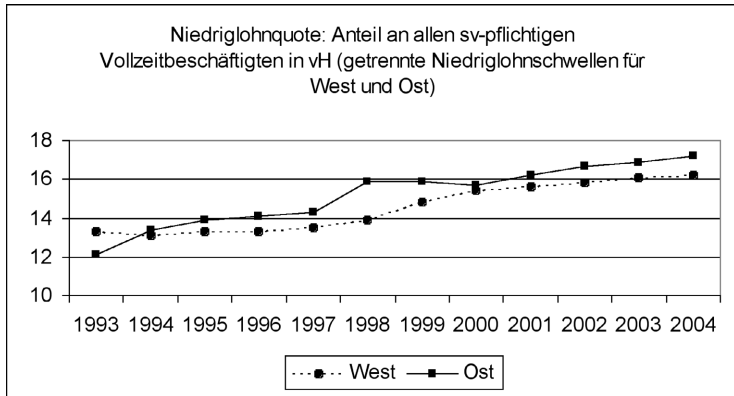
	West- deutschland	Ost- deutschland	Gesamt- deutschland
Brutto-Monatsentgelt	1 798	1 296	1 722
Brutto-Stundenentgelt	10,22	7,36	9,78
Niedriglohnbeschäftigte	2 589	553	3 599
Niedriglohnquote	16,2	17,2	18,4

»In Westdeutschland schwankte die Niedriglohnquote bis zu Beginn der 90er Jahre nur geringfügig um 14 %, um dann bis 1994 auf 13,1 % zurückzugehen. Seit 1997, als die Quote bei 13,5 % lag, ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, vor allem zwischen 1998 und 2000. Bemerkenswert ist, dass die absolute Zahl der Geringverdiener seit 2001 zurückging; die Quote stieg dennoch weiter an, weil der Nenner – also die Zahl aller Vollzeitbeschäftigten – noch stärker rückläufig war.

Für Ostdeutschland liegen seit 1993 aussagefähige Daten vor. Sie zeigen eine deutliche Expansion der Niedriglohnbeschäftigung an, wohlgermerkt auf Basis des ostdeutschen Medians, also nicht beeinflusst durch die höheren westdeutschen Löhne. Die ostdeutschen

Thomas Rhein, Melanie Stam: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige, IAB Forschungsbericht Nr.12, Download: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2006/fb1206.pdf>

Quoten liegen seit 1994 über den westdeutschen, was darauf schließen lässt, dass die Lohndifferenzierung innerhalb der neuen Bundesländer mittlerweile höher ist als im Westen – zumindest im unteren Bereich der Lohnverteilung. Im Übrigen ist auch im Osten die absolute Zahl der Geringverdiener rückläufig, weil auch hier die Zahl aller Vollzeitbeschäftigten zurückging – zwischen 1998 und 2003 um über 640 000!« (Rhein, S. 10 ff.)



Hinsichtlich der Berufsgruppen (in der Studie nur für Westdeutschland ausgewiesen) zeigt sich eine deutliche Konzentration in bestimmten Dienstleistungsberufen an. Darunter sind Friseure als absolute »Spitzenreiter« vertreten, sowie Berufe im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes und des Einzelhandels.

2. Institut für Arbeit und Technik

Die Untersuchungen des IAT sind eine wichtige Ergänzung zur erstgenannten Studie, als hier auch Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte in die Analyse einbezogen sind, wodurch natürlich auch die Niedriglohnschwellen geringer und die Niedriglohnquoten höher ausfallen als in der IAB-Studie (Tabelle 2). Durch Einbeziehung der genannten Beschäftigtengruppen steigt die Zahl der Niedriglohnbeziehenden auf rd. 6 Millionen Betroffene.

Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf: Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Download: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/09380.pdf>

Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf: Mindestens sechs Millionen Niedrig-lohnbeschäftigte in Deutschland. Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs?, IAT-Report Nr. 03, Download: <http://www.iatge.de/iat-report/2006/report2006-04.html>

Tabelle 2:
Niedriglohnschwelle auf Basis des Brutto-Stundenentgeltes 2004 für West-, Ost- und Gesamtdeutschland (in Euro) sowie die Niedriglohnquoten

	West-deutschland	Ost-deutschland	Gesamt-deutschland
Brutto-Stundenentgelt	9,83	7,15	9,78
Niedriglohnquote	20,5	22,5	20,8

Tabelle 3 macht einige auffallende Ergebnisse deutlich:

- Selbst unter Einbeziehung von Teilzeitbeschäftigten und Minijobber/innen sind jeder/jede zweite Niedriglohnbeschäftigte in Vollzeit tätig.
- Gemessen an der Niedriglohnquote arbeitet die überwiegende

Mehrheit der Minijobber/innen zu Niedriglöhnen, was auch dazu führt, dass bei einem Gesamtanteil von nur 6 v. H. auf sie mehr als ein Viertel aller Niedriglohnbeziehenden entfallen.

- Mehr als zwei Drittel der Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung und jeder Zehnte verfügt sogar über einen akademischen Abschluss.
- Fast 70 v. H. der Niedriglohnbeschäftigten sind weiblich bzw. fast 30 v. H. aller weiblichen Beschäftigten arbeiten zu Niedriglöhnen.

Tabelle 3:

Strukturmerkmale der Niedriglohnbeziehenden 2004
(Anteile in v. H., Gesamtdeutschland)

Variable	Kategorie	Anteil an allen Beschäftigten	Anteil an allen Niedriglohn-Beschäftigten	Niedriglohnquoten
Arbeitszeit	Vollzeit	72,1	51,5	14,6
	Teilzeit	21,6	22,2	21,1
	Minijob	6,3	26,3	85,8
Qualifikation	ohne	11,2	22,4	42,1
	mit Berufsausbildung	65,6	67,2	21,5
	FH/Uni	23,2	10,4	9,4
Geschlecht	Männer	50,7	30,4	12,6
	Frauen	49,3	69,6	29,6
		100	100	
Insgesamt				20,8

Nach den Merkmalen Wirtschaftszweig, Betriebsgröße, Berufe (nur Vollzeitbeschäftigte, Datenbasis IAB-Beschäftigtenpanel) ergibt sich für 2004 folgendes Bild (Deutschland insgesamt):

Hohe Niedriglohnanteile existieren in der Landwirtschaft, in den haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen sowie in den unternehmensnahen (z. B. Wachdienste) Dienstleistungen.

Hohe bzw. überdurchschnittliche Niedriglohnanteile sind für Betriebe mit unter 50 Beschäftigten kennzeichnend.

Mit über 70 v. H. liegen die Niedriglohnquoten bei Friseur/innen, Körperpfleger/innen, Florist/innen, Wäscher/innen und Reinigungskräften am höchsten.

Zwischenfazit

Das Lohngefüge in Deutschland ist schon seit Jahren durch einen Niedriglohnsektor gekennzeichnet und dieser Niedriglohnsektor nimmt deutlich an Umfang zu. Auch im EU-Vergleich liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt (siehe Zeeb 2006).

- Vorwiegend handelt es sich um Tätigkeiten im Dienstleistungssektor.
- Es sind in der überwiegenden Mehrheit gerade nicht die Geringqualifizierten, denen dieser Sektor eine Beschäftigungschance bietet.

Gegenüber der herrschenden ökonomischen Lehre lässt sich somit festhalten, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland an Umfang zunimmt, dies betrifft gerade Dienstleistungsberufe und Niedriglohnbeschäftigte sind zum geringsten Teil den Geringqualifizierten zuzuordnen. Vielmehr scheint es der Fall zu sein, dass Geringqualifizierte auch hier eher nicht zum Zuge kommen, sondern die Arbeitsmarktsituation dahingehend ausgenutzt wird, qualifizierte Beschäftigte entsprechend niedrig zu entlohnen.

Politische Ursachen für die Zunahme des Niedriglohnsektors
1. Verwerfungen in der Tariflandschaft

Tabelle 4:
Auswahl tariflicher Niedriglöhne in ausgewählten Tarifbereichen
(unterste Vergütungsgruppe: Stundenvergütung und Grundvergütung
pro Monat, jeweils aktuellster Stand)

Tarifliche Niedriglöhne Ost	Stundenvergütung	Grundvergütung
Erwerbsgartenbau Sachsen		
Angestellte	2,75	477
Friseurhandwerk Brandenburg		
Angestellte	3,05	515
Erwerbsgartenbau Thüringen		
Angestellte	3,26	567
Arbeiter	3,33	579
Erwerbsgartenbau Sachsen		
Arbeiter	4,09	708
Gebäudereiniger Sachsen		
Angestellte	4,12	713
Privates Transportgewerbe Sachsen		
Angestellte	4,32	749
Landwirtschaft Sachsen		
Angestellte	4,33	754
Floristik Sachsen-Anhalt	4,35	775
Floristik Sachsen	4,39	782
Tarifliche Niedriglöhne West		
Landwirtschaft Rheinland-Nassau		
Arbeiter	4,68	814
Erwerbsgartenbau Baden-Württemberg		
Angestellte	5,15	880
Bewachungsgewerbe Rheinland-Pfalz, Saarland		
Arbeiter	5,25	901
Privathaushalte Nordrhein-Westfalen	5,65	944
Floristik Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg ...	5,94	1 001

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

Die schwindende Tarifbindung der abhängig Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland, d. h. die schwindende Bedeutung tariflicher Mindeststandards hat die Entstehung und Ausweitung eines Niedriglohnsektors sicher begünstigt. (In den erwähnten IAT-Studien wird auf sinkende Tarifbindung der Beschäftigten in Westdeutschland von 76 v. H. 1998 und 68 v. H. 2004 verwiesen, in Ostdeutschland sank im gleichen Zeitraum die Tarifbindung von 63 auf 53 v. H.) Daneben existieren aber auch Niedriglöhne per Tarifvertrag (Tabelle 4). Das heißt, auch dort, wo ein tariflicher Mindestschutz noch existiert, schließt dies Niedriglöhne keineswegs aus, entweder auf dem Wege einer entsprechend vereinbarten Tariflohnhöhe oder auf dem Wege von Lohnöffnungsklauseln.

Diese Effekte konzentrieren sich insbesondere, wie schon erwähnt, auf Kleinunternehmen und bestimmte Bereiche der Dienstleistungsbranche, beides Merkmale, die aufgrund der Deindustrialisierung in Ostdeutschland ein relativ hohes Gewicht einnehmen. Das heißt, Ostdeutschland hat sich zu einer *strukturellen* Niedriglohnregion entwickelt (siehe Göriz et. al 2004).

2. Förderung von Minijobs

Mit der erneuten Änderung der Regelungen für Minijobs zum 1. April 2003 (zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt), wo u. a. die Geringfügigkeitsgrenze von 325 Euro auf 400 Euro angehoben und die Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf nicht mehr als 15 Stunden gestrichen wurde, stieg die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse sprunghaft an (Tabelle 5): Im Vergleich der Jahre 2003 und 2004 in Gesamtdeutschland um 9,8 v. H., in Ostdeutschland um 13,0 v. H.. Der Zuwachs war zum Teil auf Substitutionseffekte aus bisheriger Beschäftigung zurückzuführen (vgl. Schupp/Birkner 2004).

Tabelle 5:

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte – Minijobber/innen (Stand Juni des jeweiligen Jahres; 1000 und in v. H.)

	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	4 132	4 169	4 375	4 803	4 747
Frauenquote	70,5	70,2	68,8	67,3	67,2
Westdeutschland	3 588	3 600	3 760	4 108	4 096
Frauenquote	72,2	72,0	70,5	69,0	68,7
Ostdeutschland	544	569	615	695	651
Frauenquote	60,0	58,9	58,0	57,1	57,5

Quelle: ANBA (2006).

Inwieweit die Anhebung der Pauschalbeträge für geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse ab dem 1. Juli 2006 den rückläufigen Trend ab 2005 noch verstärkt, kann erst nach Vorliegen der endgültigen Daten beurteilt werden.

Die unter 1 und 2 aufgezeigten Tendenzen verweisen auf zwei bereits bestehende Niedriglohnbereiche: Einen am regulären Arbeits-

markt existierenden und einen sozialversicherungsrechtlich begünstigten Niedriglohnsektor, insbesondere für Schüler/innen, Studenten und Rentner/innen.

3. Niedriglohnsektor und Hartz IV

»Gleichzeitig sind durch die gesetzlichen Änderungen unter dem Namen Hartz IV in der Kombination von Alg II als Aufstockungsleistung, verschärften Zumutbarkeitsregelungen und Sanktionen sowie der Vermittlung in Stellen unterhalb »ortsüblicher« Löhne im deutschen Arbeitsmarkt zentrale Elemente zur weiteren Herausbildung eines Niedriglohnsektors vorhanden« (Zeeb 2006: 16).

Im Juni 2005 waren 388 000 Alg II-Bezieher sozialversicherungspflichtig und 395 000 ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt. Damit erhielten 1,5 v. H. der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 8,3 v. H. der Minijobber Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitslose. Während in Ostdeutschland 3,3 v. H. der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 19,9 v. H. der ausschließlich geringfügig entlohten Beschäftigten Leistungen aus der Grundsicherung erhalten, belaufen sich in Westdeutschland diese Anteilswerte nur auf 1,1 v. H. bzw. 6,7 v. H.

Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gleichen Geschlechts sind Frauen mit 1,6 v. H. etwas mehr auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen als Männer mit 1,4 v. H. Anders bei den Minijobs: Dort waren Frauen mit 52 v. H. stärker vertreten als Männer mit 48 v. H.

Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit SGB-II-Leistungen arbeiteten 27 v. H. in Teilzeit, darunter knapp 6 v. H. weniger als 18 Stunden. Damit waren von allen sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten 2,4 v. H. auf Leistungen aus dem SGB II angewiesen. Bei Vollzeitbeschäftigten betrug dieser Anteil »nur« 1,3 v. H. (vgl. Statistik der BA 2006 und Böcklerimpuls 10/2006).

Aktuellere Zahlen, in dieser (groben) Differenziertheit stehen z. Z. nicht zur Verfügung. Lt. Monatsbericht Dezember 2006 der BA für Arbeit nahm die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, die Arbeitslosengeld II beziehen, *deutlich zu*. »Nach den letzten Daten, die hierzu vorliegen, waren im Mai (2006) 550 000 oder 10 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Bezieher sozialversicherungspflichtig beschäftigt und damit im Regelfall nicht arbeitslos« (BA 2007: S. 5).

Diese Entwicklung, dass selbst reguläre Beschäftigungsverhältnisse ohne »aufstockende« Sozialleistungen nicht mehr auskommen, wird von der Politik in ihr Gegenteil verkehrt, nach dem Motto: »Eigentlich ist es ökonomisch irrational für mich, überhaupt noch arbeiten zu gehen« (Horst Köhler im Spiegel-Gespräch Nr. 1/30. Dezember 2006).

Zum Weiterlesen

- Ämtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA) (2006): Arbeitsmarkt 2005, Sondernummer Nürnberg, 24. August 2006,
Download: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/jahr>
- Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (2006): Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Download: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03980.pdf>
- Bundesagentur für Arbeit (BA) (2007): Monatsbericht Dezember und Jahr 2006, Download: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/star>
- Goebel, Jan/Krause, Peter/Schupp, Jürgen (2005): Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit, DIW-Wochenbericht Nr. 10, S. 175-184.
- Görzig, Bernd/Gornig, Martin/Werwatz/Axel (2004): Ostdeutschland: Strukturelle Niedriglohnregion?, DIW-Wochenbericht Nr.44, Download: <http://www.diw.de/JSP-Tools/Druckansicht.jsp?poId=29675&navid=29675&printContentUrl=>
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2006): Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs?, IAT-Report Nr. 03, Download: <http://www.iatge.de/iat-report/2006/report2006-04.html>
- Rhein, Thomas/Stamm, Melanie (2006): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige, IAB Forschungsbericht Nr. 12, Download: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2006/fb1206.pdf>
- Schupp, Jürgen/Birkner, Elisabeth (2004): Kleine Beschäftigungsverhältnisse: Kein Jobwunder, DIW-Wochenbericht Nr.34,
Download: <http://www.diw.de/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/04-34-1.html>
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2006): Grundsicherung für Arbeitsuchende: Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit,
Download: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/son>
- Zeeb, Matthias (2006): Niedriglohnsektor: Plädoyer für eine Gratwanderung, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland, Download: http://www.ekd.de/download/SL_060529_zeeb_mindestlohn_mit_bedacht_einfuehren.pdf

NEUERSCHEINUNGEN 2006**Osteuropakunde an der Leipziger Universität und in der DDR.**

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 8(1) und 8(2).
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und Gesellschaft für Kultursoziologie 2006. 707 S.
ISBN 3-89819-251-2 (Bd. 8(1)) und 3-89819-252-0 (Bd. 8(2))
Kostenbeitrag: 30 €, Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 20 €

Mit Beiträgen von Wolfgang Geier, Volker Hölzer, Ernstgert Kalbe, Eckhart Mehls/Horst Schützler/Sonja Striegnitz, Willi Beitz, Adelheid Latchinian, Sarkis Latchinian, Horst Richter, Eva Müller, Olaf Kirchner, Erhard Hexelschneider, Lutz-Dieter Behrendt, Bernd Koenitz, Dietmar Eндler, Uwe Büttner, Erwin Lewin/Dieter Nehring, Günter Rosenfeld

Die Chancen der Volksfront. Historische Alternativen zur Stalinisierung des Kommunismus.

Hrsg. Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig 2006. 161 S.
ISBN 3-89819-250-4. (= Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 23)
Kostenbeitrag: 9,50 €, Mitglieder 6,50 €
Mit Beiträgen von Jochen Černý, Ursula Langkau-Alex, Theodor Bergmann, Reiner Tosstorff, Heinz Köller, Erwin Lewin, Hans Coppi, Günter Benser

Klaus Schuhmann: »Ich benötige keinen Grabstein ...«

Brechts literarisches Schaffen im Kontext der Literatur des 20. Jahrhunderts.
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006. 351 S. ISBN 3-89819-248-2. Kostenbeitrag: 15 €, Mitglieder 10 €

Erkenntnistheorie in Leipzig. Ein Beitrag zur Universitäts- und Philosophiegeschichte.

Dieter Wittich zum 75. Geburtstag. Hrsg. Monika Runge.
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig 2006.
197 S. ISBN 3-89819-249-0. Kostenbeitrag: 11 €, Mitglieder 8 €
Mit Beiträgen von Monika Runge, Dieter Wittich, Helmut Seidel, Bernd Okun, Jan-Peter Domschke, Hans Poldrack, Hans-Christoph Rau, Martina Thom, Andreas Eichler und Lothar Kreiser

Bestellungen erbeten an: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstraße 10, 04107 Leipzig
Telefon: 0341- 9608531 / Fax: 0341- 2125877 / RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de
Weitere Information zu unseren Veröffentlichungen: www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen

FABIAN VIRCHOW

Von der »antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes«

Zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der »kleinen Leute«

Möchte man sich mit den politischen Standpunkten von Parteien zu aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen und Problemlagen vertraut machen, so sind Parteiprogramme nur von begrenztem Nutzen. Sie sind häufig sehr allgemein gehalten und werden nur in längeren Zeitabständen fortgeschrieben. Aus diesem Grund empfiehlt sich auch im Falle der inzwischen stark neonazistisch beeinflussten NPD ein Blick in öffentliche Stellungnahmen und in die Parteizeitung *Deutsche Stimme*. Dort erschien in der letzten Ausgabe des abgelaufenen Jahres ein für die NPD programmatischer Beitrag ihres langjährigen Funktionärs Jürgen Gansel mit dem Titel »Der Abschied der Linken von der sozialen Frage«¹. Darin vertritt der Abgeordnete des Sächsischen Landtages die These, dass die politische Linke – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, WASG und PDS/Linkspartei – die soziale Frage preisgegeben hätte, so dass es zukünftig einfacher werde, »die Position des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der Linken herauszubrechen und mit nationalen Inhalten« aufzuladen. Angesichts einer Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die zu einer weit in die Mittelschichten reichenden und nachhaltig wirkenden Verunsicherung sowie zur materiellen Schlechterstellung zahlreicher Menschen geführt hat, sieht er zahlreiche Ansatzpunkte, diese Entwicklungen als »soziale Frage des deutschen Volkes« zu thematisieren. Die von Gansel propagierten »Gegensatzpaare: Sozialstaat oder Einwanderungsstaat, solidarische Wir-Gemeinschaft oder materialistische Ich-Gesellschaft, staatszentrierter Nationalstaat oder marktzentrierte Weltzivilisation« markieren in Kombination mit dem von ihm verwendeten rassistischen Hetzvokabular (»Verhätschelung ausländischer Sozialschmarotzer«, »staatsalimantierte orientalische Großfamilien oder arrogante Wohlstandsneger«) die politisch-propagandistische Linie der Partei und großer Teile der derzeit politisch handlungsfähigen extremen Rechten in der Bundesrepublik.

In der Verwendung von gemeinhin positiv konnotiertem Vokabular, wie etwa »Sozialstaat« oder »Solidarität«, und deren Verknüpfung mit völkisch-nationalistischen Ideologemen als Erfolgsrezept sieht die NPD nach dem Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einen Faktor ihres Erfolges. Bereits vor der Wahl im September 2006 hatte Gansel im Parteiorgan in euphorischem Ton angemerkt, dass der »Nationalismus das Sektiererhafte und Bürgerschreckhafte früherer Zeiten weit hinter sich gelassen (hat, F. V.) und erfolgreich an die Alltagsrealität der Menschen andockt«.² In einigen

Fabian Virchow – Jg. 1960; Dr., Vertretung einer Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg (WS 2006/07), Forschungsschwerpunkte und Publikationstätigkeit zu den Themen: soziale/politische Bewegungen, Militärsoziologie, Rechtsextremismus, politische Kultur und politische Kommunikation; zuletzt erschienen: Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten (Wiesbaden: VS) sowie (als Herausgeber zusammen mit Tanja Thomas): Banal Militarism. Zur Veralltäglichen des Militärischen im Zivilen (Bielefeld: transcript).

1 Jürgen Gansel: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage. Der Nationa-

Regionen der früheren DDR hätten »Nationalisten mit völkisch aufgeladenen Sozialthemen bereits die Meinungsführerschaft errungen« und seien dabei, eine »nationale Dominanzkultur« zu errichten – getreu der Vorstellung Gramscis, dass »der politischen Machtgewinnung immer die Besetzung des vopolitischen Raumes vorauszugehen« habe. So sicher dem Autor ein gewisses Maß an Selbstüberschätzung attestiert werden darf, so unverkennbar weisen neuere sozialwissenschaftliche Studien aus, dass es erhebliche Zustimmung zu Aussagen gibt, die zum Repertoire extrem rechter Denkmuster gehören. Dies gilt etwa für das Statement, dass Deutschland eine einzige starke Partei braucht, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert (23,9 %) oder auch die Forderung nach Rücksendung von MigrantenInnen in ihre Heimatländer im Falle von Arbeitsplatzknappheit (37,7 %).³ Zusätzliche Bestätigung sieht die extreme Rechte in einer Studie über extrem rechte Einstellungspotenziale bei Gewerkschaftsmitgliedern.⁴

Massenanhang zu gewinnen, hat in den Vorstellungen der extremen Rechten zentrale Bedeutung. Dabei prognostiziert und hofft man auf eine Vertiefung der ökonomischen und sozialen Krise und der dadurch hervorgerufenen Verunsicherungen: »Nur eine radikale Verschärfung der Systemkrise bietet die Chance zur Überwindung eben dieses Systems, nur eine Zuspitzung der Systemkrise führt zu dem ersehnten Umschlagpunkt in eine neue, eine deutsche Ordnung, (...) nur die Not als Lehrmeisterin verdummteter Massen kann die Volksgemeinschaft als Mangel- und Solidargemeinschaft wieder auferstehen lassen.«⁵ Ein der Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbares – in seinen Dimensionen möglicherweise jedoch noch gravierenderes – Krisenszenario (einschließlich des damit verbundenen Leids für eine große Zahl von Menschen) wird als notwendiges Durchgangsszenario auf dem Weg zur Machtübernahme angesehen: »... klar ist, daß es nach dem Zusammenbruch politische Formationen geben wird, die die Wirtschaft auf neue Wertordnungen verpflichten werden, in denen soziale Verantwortung wieder etwas gilt.«⁶

Welchen »Werten« diese Ordnung verpflichtet sein soll, lässt sich jenseits wohlklingender Vokabeln wie »soziale Verantwortung« und »Solidargemeinschaft« bereits anhand der Autoren erahnen, die man sich als historische Bezugspunkte erkoren hat. Rekurriert eine von der NPD-Jugendorganisation und neonazistischen Netzwerken im Sommer 2006 publizierte Broschüre mit dem Titel »Antikapitalismus von ›rechts‹ auf die Ideenwelt Gregor Strassers, so bezieht sich Gansel auf Autoren der sog. »Konservativen Revolution«, deren »Antikapitalismus« er sich bereits in seiner 1999 gefertigten Magisterarbeit gewidmet hatte.⁷

Von diesen Wegbereitern und Stichwortgebern des deutschen Faschismus ist freilich in den an eine breitere Öffentlichkeit gerichteten Schriften kaum die Rede. Angesichts einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der (schrittweisen) Öffnung des Arbeitsmarktes im Kontext der EU-Osterweiterung stehen insbesondere arbeitsmarktpolitische Themen im Mittelpunkt der Agitation der extremen Rechten zur »sozialen Frage«. Bei Demonstrationen wurde »Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre«⁸ oder »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche – Kapitalismus und Globalisierung stoppen!« gefor-

lismus wird die Schutzmacht der kleinen Leute, in: Deutsche Stimme 12/2006, S. 19. Die folgenden Zitate sind diesem Text entnommen.

2 Jürgen Gansel: Der Marsch in die Mitte des Volkes. Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima, in: Deutsche Stimme 5/2006, S. 19. Die folgenden Zitate sind diesem Text entnommen.

3 Oliver Decker, Elmar Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2005 vom 17.10.2005, S. 8-17, (13).

4 Michael Fichter, Joachim Kreis, Günter Pollach, Bodo Zeuner, Richard Stöss (2004): Abschlussbericht zum Forschungsprojekt »Gewerkschaften und Rechtsextremismus«, Berlin (www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm).

5 Thoralf Trenkmann: Abdankung der wirtschaftlichen Vernunft, in: Deutsche Stimme 8/2003, S. 8.

6 Arne Schimmer: Nationaler Antikapitalismus, in: Deutsche Stimme 5/2005, S. 4.

7 Jürgen Gansel: Antikapitalismus in der »Konservativen Revolution« in Deutschland 1918-1932, Gießen 1999, unveröff. Ms.

8 Aus marxistischer Sicht wäre dem zu entgegnen, dass die »Arbeit der Millionen« erst den »Profit der Millionäre« schafft.

9 Vgl. Kapitalistische Ausbeutung bei Lidl?, in: Durchblick Nr. 4, Februar-April 2004, S. 12: »Das Kapital benötigt diese hohe Arbeitslosigkeit, denn die Folge von Arbeitslosigkeit ist unverantwortliche Lohn-drückerei.«

10 In den Flugblättern verband die NPD ihre Forderung nach einem Mindeststundenlohn von 8,80 Euro mit der Parole »Arbeit darf nicht arm machen!« und Hinweisen auf die hohe Zahl der bereits im Niedriglohnbereich arbeitenden Beschäftigten (7,7 Mio.). Im Unterschied zu Mindestlohn-Forderungen aus dem gewerkschaftlichen Spektrum und der PDS/Linkspartei findet jedoch die in diesem Kontext besonders signifikante Beschäftigungs- und Entlohnungssituation von Frauen und Lohnabhängigen mit Migrationshintergrund keine Erwähnung.

11 Vgl. NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Arbeit darf nicht arm machen! – Mindestlohn: hier und jetzt! (Faltblatt 2006) sowie den Beitrag »Mindestlohn für Ausländer!« – PDS entlarvt sich, in: Klartext Nr. 9, S. 2.

12 Vgl. Bruno Wetzels: Todesstoß für die deutsche Wirtschaft? SPD will neue »Neidsteuern« durchsetzen, in: National-Zeitung 40/2003 vom 26. 9. 2003, S. 6; Ders.: Niedrige Steuern oder höhere Löhne, in: National-Zeitung 28/2005 vom 8. 7. 2005, S. 5.

13 Radio Freiheit: Das Verelendungsprogramm der Etablierten stoppen! Den

dert. Im Wahlkampf in Sachsen trat die NPD 2004 mit der Parole »Grenzen dicht für Lohndrücker« auf; aus der Feststellung, dass eine hohe Arbeitslosigkeit den Druck auf die Löhne erhöht und die Durchsetzung von Lohnsenkungen erleichtert⁹, werden jedoch keine lohnpolitischen Forderungen abgeleitet: Die im Jahr 2006 von der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen gestarteten Aktivitäten zum Thema Mindestlohn¹⁰ sollen die Partei zwar als handlungsfähigen und problemlösungskompetenten politischen Akteur profilieren, dieser ist jedoch nur für »deutsche Arbeitnehmer« gedacht, soll mit der Einführung einer Arbeitspflicht einhergehen und davon abhängig gemacht werden, dass die Gewinnsituation der Unternehmen dies erlaubt (»Mindestlöhne setzen Mindestgewinne voraus«).¹¹

Während die extreme Rechte Überlegungen im politischen Feld, Wohlhabende stärker zu besteuern, eine entschiedene Absage erteilt¹² und sich mit populistischen Aussagen zur »politischen Klasse«, die sich selbst großzügig alimentiert, begnügt, folgt aus ihrer Thematisierung der sog. Agenda 2010 und der Hartz-IV-Beschlüsse als »Politik der Umverteilung von unten nach oben«, die für viele Menschen einen »vorprogrammierten sozialen Absturz«¹³ bedeute, keineswegs, dass diese Umverteilung sozial-, einkommens- und steuerpolitisch rückgängig zu machen sei. Vielmehr wird eine doppelte Feindmarkierung vorgenommen, mit der die Bedrohung des »deutschen Arbeiters«¹⁴ ursächlich erklärt werden soll. Beide, Migrationsbewegungen und Internationalisierung der Ökonomie, werden den zum Kanon extrem rechter Basisideologeme gehörenden Kategorien »Volk« und »Nation« gegenübergestellt.

Im Windschatten der seit Ende der 1990er Jahre aufkommenden Globalisierungskritik hat der Neofaschismus in der Bundesrepublik seine wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen unter dem Label der »Globalisierungsgegnerschaft« und »Kapitalismuskritik« zusammengeführt. Unter »Globalisierung«, schreibt der NPD-Aktivist Lutz Dessau, sei die »Aushöhlung staatlicher und kommunaler Herrschaftsgewalt«¹⁵ zu verstehen. In ihrem Aufruf zur 1. Mai-Demonstration in Berlin im Jahre 2003 verlautbarte die NPD: »Globalisierung heißt: Verlust von Arbeit, Heimat, Identität«, und im NPD-Partei-programm hieß es 1997: »Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Diese Globalisierung der Wirtschaft«, heißt es dort weiter, »beruht auf einem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch Schaffung von Monokulturen. (...) Die NPD lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft auch deswegen ab, weil die unmittelbar zur Massenarbeitslosigkeit geführt hat.«¹⁶

Die als negativ bezeichnete »Globalisierung« wird hier verortet in der Schwächung staatlicher Institutionen, als Ursache der Massenarbeitslosigkeit sowie verknüpft mit Prozessen ökonomischer und kultureller Internationalisierung. Vor diesem Hintergrund wird die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten kritisiert, da sie zu einer »24-Stunden-Gesellschaft nach amerikanischem Muster« führe, das »wirtschaftliche Gleichgewicht« zerstöre, so dass die Vielfalt kleiner Geschäfte verloren gehe und eine Dominanz weniger international operierender Multikonzerne zunehme sowie insbesondere »Gemein-

schaft und gemeinschaftliches Erleben (...) durch geschäftiges Treiben rund um die Uhr auseinanderdividiert« würden. Dies kulminiert in der Frage: »Sind wir wirklich nur noch Kunden und nicht mehr Deutsche?«.¹⁷

Als Ausdruck der Globalisierung werden auch die EU-Dienstleistungsrichtlinie, neue Phänomene wie das Cross-Border-Leasing sowie die jüngsten Verkäufe kommunalen Wohneigentums kritisiert.¹⁸ Dabei spricht die extreme Rechte statt von »Sozialkapital« wie der *Deutsche Mieterbund*¹⁹ lieber – insbesondere in Ostdeutschland anknüpfend an ein verbreitetes Grundverständnis der DDR-Zeit – von »Volkseigentum«. Dieser Begriff wird völkisch aufgeladen. So heißt es in einer neonazistischen Schulungsbroschüre, dass »Volkseigentum« jenes Eigentum ist, das »einst vom Volk erkämpft und/oder mit deren Steuern und Gebühren geschaffen und erhalten« wurde; die vom »Volk geschaffene Infrastruktur« sichere dessen Lebensgrundlagen (z. B. Krankenhäuser, Wasser- und Stromversorgung, Schulen und Universitäten, Schienennetze und Flughäfen) und seinen »Fortbestand«, d. h. den einer »Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen«.²⁰ Dass zahlreiche Kommunen sich hinsichtlich ihres Haushaltes in einer prekären Lage befinden, vermag auch die extreme Rechte nicht zu übersehen. Diese wird jedoch nicht auf zu geringe Steuereinnahmen für die Kommunen zurückgeführt, sondern es wird ausgabenseitig auf die »Unterstützung von kulturzersetzenden Einrichtungen und Projekten, (die – F. V.) Förderung von antideutschen Jugend-Treffs« sowie die »jährlichen, selbstgewollten Frondienste in Höhe von nahezu 200 Mrd. Euro, die Abschreibungsmöglichkeiten für Konzerne« oder den Katastrophenschutz verwiesen.«²¹

In der extrem rechten Weltdeutung und Lesart ökonomischer und sozialer Ereignisse und Entwicklungen steht der »Ausverkauf der deutschen Wirtschaft« als geradezu paradigmatisch dafür, dass Deutschland als Totalität, als Nation das Opfer der Globalisierung ist. Diese Setzung wird häufig verknüpft mit politischer Kritik am »internationalen Kapital« bzw. am »Kapitalismus«. Dabei wird unter Kapital meist das Finanzkapital bzw. »das internationale Bankkapital« verstanden, »das sich in den Händen weniger Mega-Konzerne und hyperreicher Multi-Milliardäre«²² befinde und von der Umverteilung der Einkommen weltweit am meisten profitiert. Diese Fokussierung auf das Finanzkapital korrespondiert mit einem Verständnis von Kapitalismus, welches diesen nicht nur explizit als »antideutsches« System mit fremdbestimmten wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen versteht, sondern auch als – im antisemitischen Sinne – »vagabundierendes transnationales Finanzkapital« bzw. »vagabundierendes Raubritterkapital« ablehnt. Als (Problem des) Kapitalismus wird dabei die Entwicklung einer Konstellation angesehen, in der sich Geldvermögen aufgrund Verzinsung oder Spekulation vervielfacht, ohne dass diesem ein realer Gegenwert an produzierten Gütern entspreche.²³ Diese Kapitalismuskritik bezieht sich allerdings lediglich auf die Zirkulationssphäre des Kapitals.

Einem materialistischen Verständnis von Kapitalismus wird – mit explizitem Verweis auf Max Weber und Werner Sombart – ein idealistisches Verständnis entgegengestellt, da für dessen Ursprung nicht sozio-ökonomische Entwicklungen ausschlaggebend gewesen seien,

Volkszorn auf die Straße tragen! (Flugblatt 2004); auch Jürgen Gansel: Hartz-IV-Unglück statt Lotterglück, in: *Deutsche Stimme* 6/2006, S. 6.

14 Hier gilt das Spenglersche Verständnis vom »Arbeiter« als das dem Ganzen dienende Glied der Gemeinschaft.

15 Lutz Dessau: »Sie verkaufen unserer Enkel ihre Häuschen«. Umfangreiche Hökerei auch im Bereich Wohnen – Klüngel aus BRD-Funktionären und US-»Geierfonds«, in: *Deutsche Stimme* 1/2006, S. 4.

16 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): *Parteiprogramm*, Stuttgart 1997.

17 Ladenschluß ist Muß, in: *Durchblick* Nr. 4, Februar-April 2005, S. 6.

18 Vgl. Lars Thomsen: Auf dem Speiseplan der Heuschrecken, in: *Deutsche Stimme* 10/2006, S. 9.

19 Vgl. das Interview mit dem DMB-Direktor Franz-Georg Rips in *Das Parlament* 51-52/2006, S. 3.

20 Vgl. die Ausführungen in der von Neonazis herausgegebenen Broschüre »Privatisierung« (Bansin 2006).

21 Lutz Dessau: a. a. O., S. 4.

22 Karl Richter: Auf dem Höllentrip. Großkapital gegen Nationalstaaten, in: *Nation & Europa* 2/2004, S. 20-24, (23).

23 Vgl. Lothar Ehrlichmann: Sind die Arbeitslosen das einzige Problem?, in: *Deutsche Stimme* 2/2005, S. 16.

24 Vgl. Jürgen Riehl (Hrsg.): *Funkenflug. Handbuch für Patrioten und Aktivisten*, Riesa: Deutsche Stimme Verlag 2006, S. 48 ff.

25 Vgl. kritisch z. B. Jeffrey Herf (1984): *Reactionary modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge, Cambridge University Press, S. 130-151.

26 Wolfgang Traxel: *Elend und Ende des Kapitalismus*, in: *Aula 12/1998-1/1999*, S. 15. Traxel zitiert hier den extremen Rechten Thor von Waldstein.

27 Vgl. Jürgen Schwab: *Deutschland – Land der Kapitalismuskritik*, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart 3/2005*, S. 15-17, (17).

28 Ulrich Nill (1991): *Die ›geniale Vereinfachung‹. Anti-Intellektualismus in Ideologie und Sprachgebrauch bei Joseph Goebbels*, Frankfurt/Main & Bern & New York & Paris: Lang, S. 313/314.

29 Rüdiger Burger: *Das souveräne Deutschland und die USA*, in: *Nation & Europa 6/1991*, S. 4-6, (4).

30 Reinhard Busch (1996): *Deutsche Firmen investieren im Ausland*, in: *Deutsche Stimme 9/1996*.

31 Junge Nationaldemokraten: *Gegen Globalisierung (Falblatt 2005)*. Mit Blick auf den Konsumentenboykott, zu dem im Dezember 2005 als Teil des Arbeitskampfes beim AEG-Werk in Nürnberg aufgerufen worden war, rückte der

sondern die Entwicklung von Mentalitäten und Verhaltensweisen.²⁴ Hinsichtlich letzterer wird u. a. auf die Veröffentlichungen von Werner Sombart verwiesen, der dem »jüdischen Geist« eine zentrale Bedeutung bei der Entwicklung des Kapitalismus zuschrieb.²⁵ Auf der Grundlage dieses strukturell antisemitischen Kapitalismusverständnisses möchte die extreme Rechte der selbst gestellten Aufgabe, »die Position des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszubrechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen«²⁶, gerecht werden.

Zu den in diesem Kontext entwickelten (wirtschafts)politischen Alternativ- oder Gegenentwürfen gehört insbesondere die Stärkung national-staatlicher Souveränität, etwa im Sinne des von Johann Gottlieb Fichte im Jahr 1800 postulierten Konzepts des »geschlossenen Handelsstaates«; da extrem rechte Weltanschauung ohne das Denken in Kategorien von Macht und Hierarchie nicht auskommt, wird die Zielsetzung »nationale Souveränität« in der Wirtschaftspolitik mit der Forderung nach Zugriff und Verfügung über Atomwaffen verbunden.²⁷ Zugleich findet eine enge Verknüpfung der Termini »souverän« und »Souveränität« mit den Begriffen »frei« und »Freiheit« statt, deren allgemein positive Konnotation sich die extreme Rechte zu Nutze zu machen versucht. Wie Nill am Beispiel des Sprachgebrauchs von Goebbels gezeigt hat, kann »Freiheit« »zu einer Artikulationsform des Antisemitismus werden«, denn »Befreiung« sei »vor allem durch den Kampf gegen »den Juden« zu erreichen.«²⁸ Auch in der extrem rechten Propaganda der Gegenwart findet sich eine entsprechende Verwendung des Terminus »Freiheit«, deren antisemitischer Gehalt etwa im Ruf nach einer »Freiheitsdoktrin für Europa« zum Ausdruck kommt, deren »neue Ordnung (...) auf dem Selbstbestimmungsrecht und der gewachsenen Identität seiner Völker beruhen werde«²⁹ und gegen den (schlichtweg behaupteten) Einfluss »der Juden« durchgesetzt werden müsse.

Die unter verschiedenen Oberbegriffen (»patriotische Wirtschaftspolitik«, »antikapitalistischer Politikansatz«, »deutscher Sozialismus«) zusammengefassten Einzelmaßnahmen sehen z. B. vor

- ein »gesetzliches Abwanderungsverbot für Unternehmen in Billiglohnländer«³⁰;
- Importbeschränkungen und Schutzzölle gegen »Billigkonkurrenz aus Sozialdumpingländern«³¹;
- strenge Reglementierung der Beteiligung ausländischer Unternehmen an deutschen Firmen;
- Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes (»Grenzen dicht für Lohndrücker!«)
- Arbeitslosengeld als Festentgelt für erwerbslose Deutsche;
- alle Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslosen in Arbeitsdienst eingliedern;
- den Großeinsatz des Arbeitsdienstes in »Mitteldeutschland«;
- die Abschaffung des »mühe- und arbeitslosen« Einkommens; bei Nichteinhaltung des Einzelnen sofortiger Zwangseinzug in den Arbeitsdienst³²;
- den Ausschluss von Migranten aus den sozialen Sicherungssystemen³³;
- Maßnahmen zur wirtschaftlichen Autarkie.

Als Gesellschaftsmodell wird eine Volksgemeinschaft angestrebt, deren völkisch definiertes Kollektiv ständisch organisiert wird.³⁴ Die Verwendung des Begriffs »Sozialismus« in diesem Kontext verweist in keiner Weise auf ein ökonomisches und emanzipativen Vorstellungen verbundenes Verständnis und Gestaltungsziel, sondern folgt der Gleichsetzung von Sozialismus und biologistisch und organozistisch verstandener Gemeinschaft: »Was bedeutet also *Sozialismus* wirklich? Es ist die Idee der Gemeinschaft! *Gemeinschaft* das kann heißen Familie, Sippe, Stamm, Betrieb und Stadt bis hin zu Volks-, Kultur- und Rassengemeinschaft. (...) Noch bedeutsamer für einen gesunden Sozialismus ist aber die Volksgemeinschaft. (...) Unser Volk (also unsere Gemeinschaft – unser Sozialismus) ist ein biologischer Organismus.«³⁵

Die Verbindung von »Sozialismus« und »Nation«³⁶ ist in diesem Kontext paradigmatisch, denn »nur ein gesunder Sozialismus auf nationaler Grundlage ist und bleibt die einzige Alternative zur bestehenden Politik. Denn soziales Handeln setzt nationales Denken voraus! Nur ein nationaler Sozialismus schafft Arbeit und soziale Gerechtigkeit!«³⁷ Welches Verständnis von »Arbeit« dabei impliziert wird, lässt sich am Beispiel einer neonazistischen Demonstration zum 1. Mai in Leipzig im Jahre 2004 zeigen, wo die Demonstrierenden ein Transparent mit sich führten, auf dem es hieß: »Arbeit macht frei – Freiheit für alle«. Dieses Motto erinnert zunächst an die schmiedeeisene Schmuckzeile über den Toren verschiedener Konzentrations- und Vernichtungslager des deutschen Faschismus (Auschwitz, Dachau, Flossenbrück und Sachsenhausen). Wolfgang Brückner hat den Weg der Parole »Arbeit macht frei« vom deutschnationalen Milieu des Kaiserreichs über pangermanisch-antisemitische Organisationen in der Weimarer Republik bis in die NS-Diktatur verfolgt und ihre Aufladung mit nationalistischem Pathos und Arbeitsethos analysiert.³⁸ Entsprechend huldigten zahlreiche völkische Bewegungen in Deutschland, wie z. B. die bereits früh nationalsozialistisch dominierte *Artam-Bewegung* einem Arbeitsbegriff, der Arbeit als Opfer für und Dienst an Nation und Volksgemeinschaft sah. Eine solche Nationalisierung der Arbeit wurde im Nationalsozialismus noch biologistisch unterfüttert: Wer aus rassischen Gründen nicht zum Arbeiten geboren sei, verdiente auch nicht zu leben. Der deutsche Faschismus, dessen Reichsarbeitsdienst die Tore seiner Lager mit der Parole »Arbeit adelt« schmückte, bezeichnete sich diesem Verständnis zufolge selbst als »Staat der Arbeit«.

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik nimmt in programmatischen Schriften auf ein solches bzw. ein preußisches Arbeitsverständnis positiv Bezug. Keck fordert die Stärkung eines »moralgetragenen Arbeitsethos«, der Schluss mache mit »Faulenzerei, Aussteigermentalität und (dem – F. V.) behagliche[n] Niederlassen in der sozialen Hängematte«.³⁹ Sander wünscht sich dementsprechend die Wiederentstehung eines Arbeiterstandes als ein »Bund mit einem beruflich motivierten Ethos«⁴⁰, der unter seinen Mitgliedern selbst für Fleiß und Disziplin sorgt. Die Idee eines selbstlosen Arbeitsethos', der als »Verbeugung vor der Arbeit« insbesondere in der DDR eingeübt worden sei, wird auch in der *National-Zeitung*, die der DVU nahe steht, propagiert.⁴¹

ehemalige NPD-Vordenker Jürgen Schwab diese Aktion nicht nur in die Nähe der antisemitischen Aufrufe des Juden-Boykotts, sondern betonte auch, dass ein solcher »Boykottaufwurf gegen ausländische Waren nur dann durchschlagend ist, (F. V.), wenn die Aktion vom deutschen Staat getragen würde« (Jürgen Schwab: Warum kein Schutzzoll?, in: *Nation & Europa* 2/2006, S. 16-22, (16), d. h. etwa in Gestalt eines Einfuhrverbotes organisiert würde.

32 Ähnlich: »Beseitigung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Keiner soll verdienen, ohne eine vorangegangene Leistung erbracht zu haben.« (Leverkusener Aufbruch: Sozialismus – Was ist das überhaupt?, in: *Durchblick* Nr. 1 [Mai 2004], S. 6-7, [6]).

33 Vgl. -ach: Krankenversicherung für Ausländer – Zerstörung des Solidarprinzips, in: *Deutsche Stimme* 3/1995, S. D. Dies läuft auf den Raub der in die Sozialversicherungssysteme eingezahlten Beiträge hinaus.

34 Reinhold Oberlercher: Entwurf einer neuen Volkswirtschaft, in: *Staatsbriefe* 2/1997, S. 6-13: »Dieser Kampf geht gegen die Diktatur des nomadisierenden Finanzkapitals, er geht für die Einordnung aller Klassen, auch der deutschen Kapitalistenklasse und der deutschen Arbeiterklasse, in die bürgerliche Gesellschaft und die Unterordnung der deutschen Gesellschaft unter den deutschen Staat, wodurch die deutsche Gesellschaft erst wieder bürgerlich und damit anständig wird. Denn anständig lebt nur, wer sich einem Stande angeschlossen und sich

selbst also in Stand gesetzt hat« (6); auch: Günther Schwemmer: »Versöhnung des Kapitals mit der Arbeit« – Der Ständestaat als »dritter Weg«, Teil 2, in: Deutsche Stimme 10/2006, S. 19.

35 Leverkusener Aufbruch: Sozialismus – Was ist das überhaupt?, in: Durchblick Nr. 1 (Mai 2004), S. 6-7, (6).

36 Vgl. in historischer Perspektive Christoph H. Werth: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen: Westdeutscher Verlag 1996.

37 »Nein zur Agenda 2010. Ein neues System bietet neue Möglichkeiten«, online-Dokument unter <http://www.netzspeicher24.de/agenda/index.php> (download 16. 8. 2004).

38 Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Wolfgang Brückner: »Arbeit macht frei«. Herkunft und Hintergrund der KZ-Devisen, Opladen: Leske+Budrich 1998.

39 Alfred Keck: Moralische Grundlagen der Sozialstaatserneuerung, in: Deutsche Stimme 11/2001.

40 Hans-Dietrich Sander: Thesen zur Bildung einer nichtsozialistischen Arbeiterbewegung, in: Staatsbriefe 7-8/1994, S. 30-32, (31).

41 Richard: Die Würde des Menschen, in: National-Zeitung 38/2004 vom 10. 9. 2004, S. 5.

42 Thorsten Thomsen: Roter Riese mit schwindender Basis, in: Aula 6/2003, S. 13-15, (14).

43 Thorsten Thomsen: a. a. O., S. 13-15, (14).

Zu den Gegnern einer solchen Zielsetzung werden die politische Linke und die DGB-Gewerkschaften gezählt, deren Entmachtung angestrebt wird. Dabei setzt die extreme Rechte auf eine verbreitete Kritik an den Bezügen und dem Auftreten von Vorstandsmitgliedern von DGB-Gewerkschaften⁴², macht die auf prozentuale Lohn- und Gehaltssteigerungen orientierte gewerkschaftliche Lohnpolitik dafür mitverantwortlich, dass heute ein Aufsichtsratsvorsitzender das Vielfundertfache eines Durchschnittsarbeitnehmers verdiene, und wirft den DGB-Gewerkschaften – hier in argumentativer Übereinstimmung mit den Unternehmerverbänden – das Eintreten für den Flächentarifvertrag vor, da sich dieser als »größter Arbeitsplatzvernichter«⁴³ erwiesen habe. Statt »Klassenkampf« seien Formen einvernehmlicher Konfliktregelung gefragt, um Standortnachteile zu vermeiden. Arbeitskampfmaßnahmen der DGB-Gewerkschaften werden einerseits als unwirksam denunziert (»lediglich kosmetische Auswirkungen«) bzw. andererseits als Mechanismus des »Abschwächens und Kanalisierens des gerechten Zorns der deutschen Arbeiter« angesehen, die von ihren Gewerkschaftsfunktionären »nur Worthülsen«⁴⁴ hören würden. Die in den Publikationen der extremen Rechten formulierte Gewerkschaftskritik greift zum Teil erkennbare Missstände auf, wendet diese jedoch gegen die Perspektive einer kampfstarken Organisation *aller* lohnabhängigen Beschäftigten und trägt zu deren politischer Entwaffnung bei, indem sie sie völkisch-nationalistischen Schließungsprinzipien unterwerfen möchte. Thomsen wünscht sich explizit eine »deutsche Margret Thatcher« herbei, die den Gewerkschaften das Rückgrat bricht, d. h. in der Lage ist, den »roten Riesen in die Knie zu zwingen«.⁴⁵

Lehnt die extreme Rechte die DGB-Gewerkschaften ab, so sucht sie nach politischen und organisatorischen Alternativen im Sinne einer »nichtsozialistischen Arbeiterbewegung«. Anders als der DGB würden andere Arbeitnehmervertretungen, wie etwa der *Christliche Gewerkschaftsbund* (CGB), die *Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger* (AUB) oder der *Deutsche Arbeitnehmer-Verband* (DAV) nicht auf Klassenkampf und Konfrontation setzen. Mit den Möglichkeiten der Schaffung einer nichtsozialistischen Gewerkschaftsbewegung hat sich das Blatt *Staatsbriefe* intensiver befasst. Es erinnert nicht nur an volksgemeinschaftliche Traditionsstränge in der deutschen Arbeiterbewegung sowie an das Konzept der »Arbeitsfront«, sondern propagiert die nichtsozialistische Arbeiterbewegung als »Arbeiterstand innerhalb einer wiederherzustellenden nationalen Volkswirtschaft«.⁴⁶ Insgesamt tritt die Zeitschrift für eine Zerstörung unabhängiger Gewerkschaften und die Rückkehr zu einem weit reichenden Korporatismus ein, der »die Arbeiter« in den »Volkkörper« integrieren soll.

Zum politischen Auftreten des Neofaschismus gehört einerseits mit der zunehmenden Zahl von Mandaten in kommunalen und Landesparlamenten die Entwicklung konkreter politischer Programme unterschiedlicher Reichweite sowie die Nutzung der finanziellen und technischen Ressourcen zum Ausbau der eigenen Strukturen und zur Stabilisierung des sympathisierenden Umfeldes (etwa durch die Eröffnung von »Bürgerbüros« in der Fläche, durch das Angebot von Sommer- und Kinderfesten sowie regelmäßige Publikationen

und inszenierte Skandale) sowie andererseits die »Politik der Straße«, mit der jene aktivistischen Teile des Milieus/der Szene, die sich als »kämpfende Avantgarde« für ein völkisches Deutschland verstehen, eingebunden werden. Insbesondere die derzeit in/um die NPD und neonazistische Netzwerke aktive extreme Rechte verfolgt ein politisches Konzept, das – wie bereits Faschismus und Nationalsozialismus – als »Weltanschauung der Tat« zu charakterisieren ist. In diesem Sinne müssen auch Demonstrationen, politische Praxis und öffentliches Auftreten *Praxeologie* dieser Akteure als eigenständiger Faktor in der Analyse und Bewertung berücksichtigt werden.

Die Durchführung von öffentlichen Aktionen und die Radikalisierung der Slogans dienen der Inszenierung als »systemoppositionelle Kraft« und sollen insbesondere unzufriedene junge Menschen ansprechen. Dies geschieht etwa mit den von der NPD alljährlich zum 1. Mai organisierten Demonstrationen, aber auch mit überregional koordinierten Kampagnen neonazistischer Netzwerke, etwa gegen die »Agenda 2010« (in den Jahren 2004 und 2005) oder in Form der sog. »Antikap-Kampagne« (2006 und 2007).⁴⁷ Der Versuch, mit einer Rekonstruktion eines vormodernen Antikapitalismus und der konsequenten Umsetzung eines völkischen Prinzips der *préférence national* von der »antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes«⁴⁸ zu profitieren, soll – nach dem Willen der NPD und der mit ihr kooperierenden DVU und Neonazis – 2009 zunächst in den Bundestag führen.

Dabei besteht das spezifische Profil dieser Strömung einerseits politisch-programmatisch in einer nationalistischen und rassistischen Unterfütterung einer Kritik an Globalisierung, Privatisierung und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme sowie andererseits praxeologisch in der Selbstinszenierung als system-oppositionelle Bewegung inner- wie außerhalb der Parlamente, die sachbezogene politische Initiativen mit einer radikalen Protest- und Widerstandsattitüde (vor allem in der Wortwahl sowie in der Aktionsform »Demonstration«) zu verknüpfen weiß. Damit versucht sie, im öffentlichen Raum mit ihrer Propaganda und ihren Aktionen als politische Alternative zu den Gewerkschaften und der parteipolitischen Linken wahrgenommen zu werden.

Was hier angesichts der zunehmenden Zahl von Menschen, die mit der Globalisierung den Verlust von Arbeitsplätzen und eine Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme verbinden und dadurch verunsichert sind⁴⁹, als radikale Geste inszeniert wird, kann bei näherem Hinsehen nicht verdecken, dass es der extremen Rechten nicht um eine Infragestellung oder gar Überwindung der Grundlagen bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaftsform geht; so wird etwa das Eigentum an Produktionsmitteln nicht in Frage gestellt. Vielmehr zielen die politischen und sozialen Interventionen von NPD und neonazistischen Netzwerken darauf ab, die verbreitete Unzufriedenheit über die Massenarbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen Sicherungssysteme sowie die Zukunftsunsicherheit großer Teile der Bevölkerung mit völkisch-nationalistischen Sichtweisen anzureichern. Mit einem verkürzten Kapitalismusverständnis und der Reduzierung der Idee des Sozialismus auf den Gedanken der (Volks)Gemeinschaft verbindet sich der Angriff auf die Gewerkschaften und die politische

44 NPD-KV-Forchheim: Gewerkschaften und Sozialdemokratie – Verräter am deutschen Arbeiter! (Flugblatt 2006).

45 Thorsten Thomsen: a. a. O., S. 13-15, (15).

46 Hans-Dietrich Sander: Thesen zur Bildung einer nichtsozialistischen Arbeiterbewegung, in: Staatsbriefe 7-8/1994, S. 30-32, (31). Weitere Beiträge in den Ausgaben 6/1994 und 7-8/1994.

47 »Antikap« meint »Antikapitalismus«. Die Selbstinszenierung als »Systemopposition« wird in den Berichten zu den Aktivitäten deutlich (vgl. online-Dokument unter <http://freier-widerstand.net/index.php?id=942> (download 30. 4. 2006; <http://www.freier-widerstand.net/index.php?id=1221> (download 18. 10. 2006).

48 Jürgen Gansel: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage. Der Nationalismus wird die Schutzmacht der kleinen Leute, in: Deutsche Stimme 12/2006, S. 19.

49 Vgl. Renate Kocher (2006): Mehr Zustimmung, aber weniger Zutrauen. Sympathiegewinne und Bedeutungsverluste der Gewerkschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 6. 2006, S. 5.

Linke. Einer internationalistischen Entgegnung auf die Zumutungen des Kapitalismus wird das Modell einer klassen-versöhnlichen, ständischen und nach nationalstaatlicher Autarkie strebenden völkischen Gemeinschaft gegenübergestellt, in der Arbeit idealisiert wird.

MAXI HAASE

Zwischen Fremdbestimmung und Autonomie

Zur Rolle Indigener in der Entwicklungszusammenarbeit

Das Spannungsfeld entwicklungspolitischer Aktivitäten in lokalen Kontexten ist durchzogen von zahlreichen Entwicklungsdefinitionen. Seit der Geburt des ökonomischen Entwicklungsdiskurses in den späten 40er Jahren waren diese stets bedingt durch die unterschiedlich motivierten, von kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Prämissen gezeichneten Entwicklungsparadigmen. Die vielgestaltige Erscheinungsform des definierten Objektes der Entwicklungsprojekte, sei es Armut, starkes Bevölkerungswachstum, Analphabetismus oder die ungleiche Behandlung von Frauen, brachte seit jeher formen- vielfältige, nicht selten widersprüchliche Praktiken seitens der Entwicklungsprojekte hervor. Die Gleichsetzung und Legitimierung dieses Mosaiks von Konzepten und Motivationen mit dem Entwicklungsbegriff sprengte das Bedeutungsfeld ›Entwicklung‹ zu einem »semantischen Chaos«¹ auf und reduzierte es zu einer vermeintlich allgemeingültigen Vokabel. Als »qualliges, amöben-gleiches Wort«² kann ›Entwicklung‹ so als Pseudo-Erklärung imaginerter Welten dienen, die das Definitionsmonopol für die Idealbedingungen menschlicher Existenz für sich in Anspruch nimmt. Diese Welten beschreiben meist Szenarien glücklicher, lang und gut lebender Menschen und bedienen sich derart lediglich des Wirkungsfeldes des weit verbreiteten Konsens über erstrebenswerte Lebensumstände, ohne dabei Inhalte, sehr wohl jedoch funktionelle Absichten zu tradieren.

Entwicklungsdefinitionen setzen einerseits evolutionistische Schwerpunkte, indem sie mehrere Gesellschaften aufgrund quantitativer Diskrepanzen qualitativ vergleichend in Kontrast setzen. Individualistisch geprägte Begriffsbestimmungen hingegen betonen das Handlungspotenzial einzelner Akteure, während der ökonomische Entwicklungsbegriff sich auf die Idee wirtschaftlichen Wachstums stützt.³ Ob als folgenreiche »Bündelung von (...) Handelskapazitäten«⁴ oder als »enormer Rückstand, der erst einmal aufgeholt werden muss«⁵, die distinkten Entwicklungsdefinitionen verzerren soziale Lebenswelten. Sie trennen gesellschaftsinternes Innovationspotenzial deutlich von externen Einflüssen, kontrastieren lokale mit globalen Relevanzsystemen und generieren derart eine Reihe soziokultureller Spannungsfelder, die für das Scheitern zahlreicher Entwicklungsprojekte verantwortlich sind.

Entwicklung als Wachstum?

Als Harry Truman 1949 in seiner Amtsantrittsrede die Hälfte der Erdbevölkerung als ökonomisch unterentwickelt bezeichnete, proklamierte er den Beginn einer Weltordnung, welche die globalen

Maxi Haase – Jg. 1979, seit 2005 Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ausgebildete Verlagskauffrau, derzeit Studium der Ethnologie an der Universität Heidelberg.

1 Wolfgang Sachs: Zur Archäologie der Entwicklungsidee I-VI: Mit einem Vorwort und einer Zusammenstellung von Karikaturen aus der Dritten Welt »Das kann doch nicht die Erde sein – da steht ja noch ein Baum«, Verlag für Interkulturelle Kommunikation Frankfurt am Main 1992, S. 1/4.

2 Ebenda, S. 1/4.

3 Gilbert Rist: The History of Development: From Western Origins to Global Faith, Zed Books London 1997, S. 9.

4 Manfred Mols: Erfolge

und Grenzen lateinamerikanischer Entwicklung – Ein partieller Vergleich mit Ost- und Südostasien in Manfred Mols & Rainer Öhlschläger (Hrsg.): In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert – Lateinamerikas Entwicklungserfahrungen und -perspektiven, Verlag Vervuert Frankfurt am Main 2000, S. 17.

5 Deklaration von Barbados II in Indianer in Lateinamerika – Neues Bewusstsein und Strategien der Befreiung; Dokumente der zweiten Tagung von Barbados, Peter Hammer Verlag Wuppertal/Gelnhausen 1977, S. 266.

6 Arturo Escobar: Encountering Development – The Making and Unmaking of the Third World, University Press Princeton 1995, S. 22 ff.

7 Homi Bhabha: The Location of Culture, Routledge London – New York 1994, S. 70.

8 Arturo Escobar, a. a. O., S. 34.

Macht- und Identifikationsgefüge neu ordnen sollte. Die ›Entdeckung‹ der Massenarmut in Asien, Afrika und Lateinamerika nach dem Zweiten Weltkrieg begründete die Forderung nach Entwicklungsprogrammen, die durch US-amerikanische Technologie, Wissenschaft und Kapital den minder bemittelten Gesellschaften der Erde zu wirtschaftlichem Aufschwung verhelfen sollten: Produktionswachstum mit einhergehender Übernahme der nordamerikanischen Erziehungs- und Kulturideale würde das Entwicklungskonzept Trumans aufgehen lassen und die Welt als Ganzes schließlich zu Frieden und Reichtum führen.⁶

Diese Kriegserklärung an die Armut nutzte den Begriff der Entwicklung erstmals als diskursives Prinzip zum Zweck der wirtschaftlichen Neugestaltung und kulturellen Normierung der Weltordnung. Wurde er im kolonialen Kontext noch auf Ressourcennutzung reduziert, beinhaltet er in Trumans Vision neben ökonomischem Wachstum einen tief greifenden Prozess gesellschaftlicher Transformation. Die zu Kolonialzeiten vorherrschende Mission der zivilisatorischen Erleuchtung der Kolonisierten erkannte den lokalen Gesellschaften *a priori* jegliches wirtschaftliches Potenzial ab. Das von Truman begründete Entwicklungsparadigma hingegen identifizierte die traditionellen Lebenswelten als negative Einflussfaktoren für das wirtschaftliche Wachstum. Wie schon im kolonialen Diskurs wurden traditionelle kulturelle Strukturen in evolutionistischer Manier einer niederen, infantilen Zustandsform zugeordnet, deren natürlich angelegtes Entwicklungspotenzial erst durch den Einsatz externer Kräfte zur vollen Entfaltung reifen kann: »The objective of colonial discourse is to construe the colonized as a population of degenerate types on the basis of racial origin, in order to justify conquest and to establish systems of administration and instruction«⁷.

Ein erstmals 1940 durchgeführter globaler statistischer Vergleich des Pro-Kopf-Einkommens teilte die Welt in Arm und Reich und globalisierte den Begriff der Armut, indem er ihn als universell gültigen Maßstab, sowohl zur qualitativen als auch quantitativen Bewertung gesellschaftlicher Lebensformen anlegte. Die Neuordnung der derart generierten *underdeveloped countries* avancierte bis Mitte der 50er Jahre zum hegemonialen Leitmotiv der politischen Machthaber. Die politisch-strategische Dimension des Entwicklungsparadigmas offenbarte sich in der Dreiteilung der Welt in die industrialisierte Erste, die kommunistische Zweite sowie die nicht-industrialisierte Dritte Welt. Die Überzeugung, dass Armut, bleibt sie denn unbekämpft, zwangsläufig im Kommunismus mündet, etablierte den Kalten Krieg als wesentliche Motivation westlicher Entwicklungsbestrebungen.⁸ Weiterhin prägten der Glaube an Wissenschaft und Technologie, der vermeintliche Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und defizitärer Wirtschaftslage sowie die Perspektive neuer Absatzmärkte die Entwicklungsstrategien, welche die öffentliche Arena zunehmend zeichneten. Die Gründung zahlreicher entwicklungsorientierter Organisationen, wie unter anderem der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds im Jahre 1944, institutionalisierte das Paradigma des wirtschaftlichen Wachstums. Die Etablierung der akademischen Disziplin der *development sciences* professionalisierte es zudem und kleidete es in ein vermeintlich wissenschaftlich-neutrales Gewand. Die Dritte Welt

sah sich mit einem massiven Ansturm externer Fachkräfte konfrontiert, welche durch Programme, internationale Beratermissionen sowie durch Konferenzen, Medien und Literatur ein scheinbar grenzenloses Entwicklungsgeschäft begründeten.

Doch erwies sich die Gleichsetzung von ökonomischem Wachstum mit sozialer Entwicklung als fiktives Konstrukt, sahen sich doch viele Nationen der Dritten Welt trotz hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten einer verschärften Armut- und Ernährungslage ausgesetzt. Der ökonomische Blick des wachstumsorientierten Entwicklungskonzeptes und die stereotype Reduzierung vielgestaltiger, komplexer Lebenswelten auf einen quantifizierbaren Nenner wurden angesichts des ausbleibenden Erfolges und der wachsenden anthropologischen Beteiligung an den Projekten auf alternative Entwicklungsstrategien verwiesen.

Die Dekonstruktion des Entwicklungsparadigmas

Obgleich sozialwissenschaftliche Beiträge in großer Zahl in die Pläne der von Truman konzipierten Auslandshilfe in den 40er Jahren einfließen, hatten sie nur eine geringe Auswirkung auf die vorherrschende Entwicklungstheorie. Ihr Wirken wurde durch die antikommunistischen und wachstumsorientierten Paradigmen der machthabenden Politik dirigiert und instrumentalisiert. So beschränkte sich das Tätigkeitsfeld der in den 50er Jahren bei der International Administration Cooperation (ICA) angestellten Ethnologen beispielsweise auf die Etablierung westlicher Technologien »by overcoming resistance to change grounded in traditional values, institutions, and practices«⁹ und reduzierte die Sozialwissenschaftler derart auf bloße Übermittler der Entwicklungsprogramme. Als Vertreter entweder des dominanten Entwicklungsparadigmas oder der indigenen Perspektive bewegten sie sich in einem kulturellen und identifikatorischen Spannungsfeld.

Erst das fortwährende Ausbleiben globalen wirtschaftlichen Wohlstands sowie der wachsende lokale Widerstand ließ das Interesse an der soziokulturellen Dimension von Entwicklung allmählich aufkeimen. Aufgrund einer Reform der US-amerikanischen Gesetzgebung wurden die Ressourcen der meist nun wieder ländlich orientierten Entwicklungsprogramme zunehmend im Hinblick auf die lokal formulierten Bedürfnisstrukturen verteilt sowie die örtliche Mitbestimmung und Beteiligung an den Gewinnen der Programme vorgesehen. Die 1961 als erste US-amerikanische Auslandshilfeorganisation gegründete *US Agency for International Development* (USAID) reagierte auf die Gesetzesnovelle zudem mit der Einführung sozialer Verträglichkeitsanalysen für sämtliche Projektvorhaben. Diese sahen eine der Projektdurchführung vorangehende Untersuchung vor, die über die Sozialstruktur der vom Projekt betroffenen lokalen Gesellschaften und die Auswirkungen der geplanten Eingriffe auf die indigenen Lebensumstände informieren sowie die Möglichkeit der spontanen Ausbreitung der Projektinnovationen auf benachbarte Regionen überprüfen sollte. Diese systematische Verknüpfung der Projektplanungen mit den lokalen Lebenswelten bedingte den verstärkten Einsatz ethnologischer Kompetenzen im Feld und generierte eine neue Bewusstseinsstufe in der Entwicklungsarbeit.¹⁰

9 Ebenda, S. 353.

10 Allen Hoben: *Anthropologists and Development, Annual Review of Anthropology* 11, 1982, S. 356 ff.

Während der Sozial- und Wirtschaftsausschuss der Vereinten Nationen im Jahre 1951 noch die Auflösung traditioneller Strukturen und somit die komplette Umstrukturierung der so genannten Dritten Welt zugunsten wirtschaftlichen Fortschritts forderte, markierte das Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1989 einen entscheidenden Schritt hin zum *partizipatorischen Entwicklungsparadigma*. Indem es die Bereitschaft verbalisierte, lokale soziale Differenzierungen, Erfahrungen und Wissensstände zu berücksichtigen und sozialwissenschaftliche Kompetenzen und Methoden hierzu in die Planung, Durchführung und Auswertung der Projekte einzubeziehen, definierte es das seit dem Zweiten Weltkrieg tradierte Entwicklungsparadigma der Entwicklungshilfe vollkommen neu und gebar das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit.¹¹

11 Internationale Arbeitskonferenz. Übereinkommen 169 in U. von Gleich (Hg.): *Indigene Völker in Lateinamerika: Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?*, Vervuert Verlag Frankfurt a. M. 1989, S. 328 f.

12 Hartmut Sangmeister: *Einflusschancen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika* in Manfred Mols & Rainer Öhlschläger (Hrsg.): *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert: Lateinamerikas Entwicklungserfahrungen und -perspektiven*, Verlag Vervuert Frankfurt am Main 2000, S. 94 f.

13 Anne Deruyttere: *Indigene Völker und nationale Entwicklung* in U. von Gleich (Hrsg.): *Indigene Völker in Lateinamerika: Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?*, a. a. O., S. 50.

Entwicklung als Zusammenarbeit

Die in den 70er Jahren vollzogene Wende im entwicklungspolitischen Denken formulierte das Paradigma des einseitigen Wissens- und Technologietransfers der Entwicklungshilfe zum Konzept der kooperativen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) um. Die Beteiligung lokaler Bevölkerungsgruppen an der Planung, Durchführung und Auswertung der Projekte offenbarte neue Bewusstseins- und sozialer Eigenverantwortung. Entwicklung wurde nicht mehr als natürlich gegebene, unilineare Fortschrittsbewegung verstanden, sondern im Kontext historischer und kultureller Bedingtheit eingebettet.¹² Das Einflusspotenzial externer Transformationsbestrebungen konnte demnach nur von marginaler Bedeutung sein. Vielmehr wurde die Möglichkeit des Erfolges und der Nachhaltigkeit der Entwicklungsprojekte in den Verantwortungsbereich einheimischer Akteure verlagert.

Kultur als »Aktivum (...) für die Entwicklung«¹³ in partizipativen Formen nutzbar zu machen, bedeutet die Potenzialisierung der erfolgreichen Implementierung von Entwicklungsprojekten. Der Beitrag des indigenen Wissens als erbrachte Eigenanstrengung sensibilisiert das Verantwortungsgefühl der einheimischen Projektteilnehmer gegenüber der Effektivität und Nachhaltigkeit der Unternehmung und ermöglicht eine Identifizierung mit dem Ausgang des Projekts. Ebenso versprechen eine genaue Ortskenntnis sowie der Zugriff auf lokale Materialien und Fertigkeiten eine effiziente Projektplanung.

Entwicklung mit Identität?

Angesichts der Revitalisierung des indigenen kulturellen Erbes und der wachsenden Anerkennung indigenen Wissens als Mittel zur Verringerung von Armut und Ungleichheit in lateinamerikanischen Gesellschaften, integrierte die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) 1994 erstmals indigene Belange in ihre Organisationspolitik und Projektstrategien. Wurden indigene Angelegenheiten bis dato nur im Rahmen der in Projektablaufen formal verankerten Umweltverträglichkeitsprüfungen integriert, um potenzielle negative Auswirkungen einzelner Projekte auf die indigenen Gemeinden zu verhindern bzw. durch Entschädigungen abzuschwächen, so strebte die Bank ab 1994 die systematische Implementierung indigener Angelegenheiten an. Von 1994 an definierten die Projekteinhalte der Bank die eingeborenen Bevölkerungsgruppen als explizite Zielgruppe und

bereiteten deren direkte Teilnahme an der Konzeption und Realisierung der Projekte in Form eines strategischen Rahmenwerkes vor. Kern dieser 2003 in der Bankpolitik institutionalisierten Strategie ist das Konzept des »Development with identity«. Diese neue Generation lokal integrierter Entwicklungsprojekte zielt in ihrem Schwerpunkt auf die größere Transparenz indigener Lebensformen ab. Indigene Konzeptionen von Armut und Wohlstand sowie deren kulturspezifisch formulierte Determinanten sollen hierzu konventionelle Definitionen und Perspektiven komplettieren. Die Stärkung indigener Kapazitäten zur Planung, Leitung, Überwachung und Auswertung von Entwicklungsprojekten soll zudem den patriarchalischen Charakter von Hilfeleistungen schwächen und durch die Erstarkung eines bewussten Handlungspotenzials die Nachhaltigkeit der Programme sichern. Hierzu ist im besonderen Maße ein verbesserter Zugang zu sozialen und finanziellen Serviceleistungen geplant. Neben der Öffnung des Bildungs- und Gesundheitswesens sollen die Rahmenbedingungen finanzieller Transaktionen traditionellen Wirtschaftsformen angepasst und ergänzend zu herkömmlichen Kreditverfahren angewandt werden. Bedingung zur effektvollen Verwirklichung dieses Leitfadens sind die Legalisierung und Institutionalisierung indigener Rechte sowie die Förderung derjenigen legalen Rahmenwerke, die das Recht der Indigenen auf Land und Ressourcen bereits anerkennen. Die kritische Prüfung der Programmrichtlinien der Bank ist daher ebenso instrumentaler Bestandteil der Realisierung des *Development-with-identity*-Konzeptes wie die Schaffung interkultureller Foren des Dialogs und der Konsens-Bildung, die Ausweitung technischer Kooperationsmöglichkeiten sowie die soziokulturell angemessene Berücksichtigung indigener Bedürfnisse und Wünsche im Projektprogramm.

Entwicklung und Macht

Entwicklungsprojekte pendeln stets zwischen den Interessen externer Organisationen und denen einheimischer Strukturen. Obgleich sich die externen Entwicklungskräfte einerseits mit der Möglichkeit ausgestattet sehen, lokalem Wissen durch dessen mediale Vermarktung internationale Geltung zu verschaffen, bewegen sie sich ebenso in dem Gefahrenfeld der Manipulation lokaler Wissens- und Wertesysteme.

So manifestiert sich eine Vielzahl von Programmen nicht etwa in der erfolgreichen Umsetzung der ursprünglich auf Armutsbekämpfung abzielenden Entwicklungspläne, sondern vielmehr in der breiten, oft von den Planern unbeabsichtigten Streuung von »side effects«¹⁴, die der Einflussnahme lokaler Machthaber dient. Die Spuren vieler Entwicklungsprojekte im Feld, der Ausbau der Infrastruktur und die damit einhergehende Vernetzung der Provinz mit städtischen Zentren sowie die Entstehung administrativer Einrichtungen, tragen oft instrumentellen Charakter für den regierungsgesteuerten Ausbau militärischer Präsenz zum Zweck der Aufstandsbekämpfung. Indem sie die Armutssituation zu einem technischen Problem degradiert und deren Instrumentalisierung zugunsten expandierender Staatsmächte ignoriert, läuft die Entwicklungsindustrie Gefahr, die lokalen Lebenswirklichkeiten zu depolitisieren.¹⁵

14 James Ferguson: *The Anti-politics Machine: »Development«, Depoliticization and Bureaucratic Power in Lesotho*, University Press Cambridge 1990, S. 404.

15 Ebenda, S. 407.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das seit 2004 von der EU und der mexikanischen Regierung geförderte Projekt »Soziale und nachhaltige Entwicklung in der Selva Lacandona« heftiger Kritik ausgesetzt. Unter Ausschluss der betroffenen Öffentlichkeit konzipiert, hat sich das Millionenvorhaben wie auch eine Vielzahl weiterer in der Region angesiedelter Projekte offiziell zum Ziel gesetzt, den natürlichen Ressourcendruck sowie jegliche Umweltzerstörung im *Corredor Biológico Mesoamericano* einzudämmen und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Unter vermeintlicher Berücksichtigung der Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen soll hierzu der Armut durch Zwangsumsiedlungen und Schaffung von Lohnarbeitsverhältnissen begegnet werden. Dass der Südosten Mexikos Schauplatz tiefgreifender Konflikte zwischen politisch und ökonomisch machthabenden Kräften einerseits und der lokalen Bevölkerung andererseits ist, die sich seit nunmehr über einem Jahrzehnt in blutigen Auseinandersetzungen zwischen der zapatistischen Widerstandsbewegung und paramilitärischen Gruppen entladen, findet, wie das ortsansässige Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas moniert, in der Projektkonzeption keine Beachtung: »Das große Problem ist, dass das Projekt zum Scheitern verurteilt ist, solange nicht die Lage, in der wir uns befinden, anerkannt wird: Wir leben in einem bewaffneten ungelösten Konflikt. Der Dschungel ist auch für die Militärs strategisch wichtig. Die Gelder (...) dienen dazu, einen Konflikt zuzuspitzen«¹⁶. Um vermeintlichen Umweltinteressen und dem politischen Charakter zahlreicher Projektkontexte entgegenwirken zu können, ist die Wahrnehmung indigener Stimmen demnach unumgänglich.

Lokale Stimmen

Während Indigene in den 70er Jahren von den Entwicklungsinstitutionen zum Zwecke der erfolgreichen Projektimplementierung in den Programmplanungen in noch meist passiver Form berücksichtigt wurden, entwickelte sich in den 80er Jahren verstärkt das Bewusstsein um das kreative Aktionspotenzial lokaler Wissenssysteme. Die Bevölkerungen der Dritten Welt wurden nicht mehr als bloße Sammelbecken von Traditionen bewertet, sondern in ihrer Vielfalt, Flexibilität und kulturspezifischen Logik wahrgenommen. In Konzentration auf alternative Konzepte wurde die bisher tradierte Entwicklungspolitik entschieden negiert und als Katalysator interner Spaltungen verurteilt. Verantwortlich für diese Entwicklung ist die Organisation und Mobilisierung indigener Bewegungen. Die Proteste gegen die Pauperisierung indigener Bevölkerungsteile, die Forderung nach anerkannten Land- und Autonomierechten im Rahmen eines multikulturellen Gesellschaftskonzeptes sowie das Drängen auf die Teilhabe an nationalen Entscheidungsprozessen begründete die Sphäre eines »neuen Realismus«¹⁷, deren soziale Akteure die Indigenen selbst waren.

Als Georg Wilhelm Friedrich Hegel in seinen »Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte« die Eingeborenen Südamerikas als mit »Trieblosigkeit (...) und kriechender Unterwürfigkeit« ausgestattete »unverständige Kinder« bezeichnete, »die von einem Tage zum anderen fortleben, fern von höhern Gedanken und Zwecken«¹⁸,

16 AutorInnenkollektiv (Hrsg.): ¿Qué pasa? Entwicklungszusammenarbeit, Biopiraterie und Aufstandsbekämpfung: Neue Formen der Ausbeutung im 21. Jahrhundert in Mexiko & Zentralamerika, Infoladen Bankrott Münster 2004, S. 14.

17 Theodor Rathgeber: Die heimliche Revolution Lateinamerikas: Indigene Identität im Wandel. Vom archaischen Schattendasein zum Sinnbild sozialer Gerechtigkeit, in: Pogrom, 220 (4), 2003, S. 17.

18 Johannes Hoffmeister (Hg.): G. W. F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte, Felix Meiner Verlag Hamburg 1994, S. 201 f.

kreierte er schon über ein Jahrhundert vor dem Trumanschen Entwicklungsparadigma ein Profil der Eingeborenen, das diese zu anonymen und homogenen Gruppen degradiert, deren traditionalistische Lebenswelten mit den angestrebten *höhern Zwecken*, im Entwicklungskontext denen des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts, nicht vereinbar sind. Mangelndes Rationalitätsverständnis sowie Innovationsfeindlichkeit seitens der Indigenen wurden für das Scheitern zahlreicher Projekte verantwortlich gemacht. Lokales Wissen wurde dabei dem wissenschaftlichen Wissen diametral entgegengesetzt: Während die Wissenschaften in reduktionistischer und wertfreier Manier universell gültiges Wissen generieren, seien lokale Wissenssysteme durch ihre Wertefülle, Ganzheitlichkeit und begrenzte lokale Gültigkeit geprägt und lediglich als Ergänzung wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse zu Rate zu ziehen.¹⁹ Doch nicht zuletzt das wachsende Interesse der Pharma- und Biotechnologieindustrie am billionenschweren Marktpotenzial traditioneller Landnutzungssysteme sensibilisierte die öffentliche Aufmerksamkeit für den Wert traditionellen ökologischen Wissens.

Lokales Wissen wurde in seiner Heterogenität und zweckgerichteten Anwendung zunehmend respektiert und seine Träger derart aus ihrer passiven Opferrolle herausgelöst. So wurde nicht mehr der vermeintliche innovationsfeindliche Traditionalismus, sondern vielmehr die kollektive »Einschätzung des Subsistenzrisikos«²⁰ für den Widerstand gegen die externen Entwicklungsversuche verantwortlich gemacht. Vergangene Interaktionen mit dem Markt belehrten die indigenen Gemeinden über die Gefahr der Abhängigkeit von externen Marktfaktoren und dem damit einhergehenden Verlust traditioneller Kenntnisse und Fähigkeiten zur Aufrechterhaltung einer intakten Sozial- und Wirtschaftsordnung. Doch trotz dieser begründeten Abkehr von äußeren Einwirkfaktoren auf die lokalen Relevanzsysteme scheint es fraglich, ob die Modelle autozentrischer Entwicklung in nachhaltig zufrieden stellende Lebensbedingungen der Gemeinschaften münden. Die Formation regionaler Blöcke zum Zweck der gänzlichen Abkopplung vom Weltmarktgeschehen und des Aufbaus einer auf eigenen Ressourcen und Bedürfnissen basierenden, selbst verwalteten und kontrollierten Wirtschaft mag die Entscheidungsgewalt in entwicklungspolitischen Fragen zwar in indigene Hände legen, doch setzt sie mit ihrer monologisch ausgerichteten Konzeption die lokalen Binnenmärkte einem erhöhten Ressourcendruck aus und droht daher ebenso wie die gefürchtete Marktabhängigkeit die soziale Ordnung der Gesellschaften zu schwächen.²¹

Es ist vielmehr die Existenz hybrider Entwicklungsmodelle, welche die alternativen lokalen Entwicklungskonzepte prägt. Der ständige Austausch mit dominanten Modellen sowie deren modifizierte Implementierung in die eigenen konkreten Lebensumstände negieren den Vorwurf der Modernitätsfeindlichkeit. Das im Nachkriegsentwicklungsparadigma fixierte Konzept der Zweiteilung von Tradition und Moderne löst sich in den Projektstrategien lokaler Handlungsakteure in alternative Entwicklungskonzepte, in »gemischte Systeme (...), die das Traditionelle mit den neuen Bedingungen der Marktwirtschaft kombinieren«²² auf. Die bisher wahrgenommene Stummheit lokaler Stimmen bezeugt daher nicht etwa deren Abwesenheit,

19 Uta Schultze: Lokales Wissen und Entwicklungszusammenarbeit in Sigrid Pasquale et al. (Hg.): Lokales Wissen für nachhaltige Entwicklung: Ein Praxisführer, Verlag für Entwicklungspolitik Saarbrücken 1998, S. 26 f.

20 Georg Grünberg: Entwicklung in Paraguay: Die Projekte ?Pa?-Tavyterá? und ?Guarani? in Indianer in Lateinamerika: Neues Bewusstsein und Strategien der Befreiung; Dokumente der zweiten Tagung von Barbados, Peter Hammer Verlag Wuppertal/Gelnhausen, S. 227.

21 Arturo Escobar, a. a. O., S. 99 f.

22 Valerio Grefa: Indigene Entwicklung und Nachhaltigkeit in U. von Gleich (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika: Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?, a. a. O., S. 40.

sondern verdeutlicht eher die Beschaffenheit des Diskursmonopols in entwicklungspolitischen Fragen.

Das Konzept der autonomen Entwicklung

Das indigene Konzept autonomer Entwicklung begreift Entwicklung als selbstbestimmten Prozess, in dessen Verlauf die lokalen Bevölkerungsgruppen »direkt an der Formulierung, Umsetzung und Evaluierung der regionalen und nationalen Entwicklungspläne und -programme«²³ beteiligt sind. Die durchführende Rolle der externen Entwicklungsinstitutionen soll dabei auf den Beraterstatus reduziert und somit das Risiko der Abhängigkeit von ihnen eingedämmt werden. Entwicklung wird als eigener, von endogenen Kräften gesteuerter historischer Prozess verstanden, der sich auf wirtschaftliche Unabhängigkeit und Eigennutz der lokalen Gemeinden stützt.

23 Ebenda, S. 35.

Als ein Bedingungsfaktor zur Verwirklichung des Modells gilt die Streuung von Strategien. So hält Grefa eine harmonische Koexistenz von Subsistenz und marktwirtschaftlicher Ausrichtung im Rahmen lokaler Organisationsformen nicht für grundsätzlich ausgeschlossen. Er betont sogar die dringende Notwendigkeit der Kombination diverser Konzepte, um unvorhergesehenen Ernteausfällen, Markturbulenzen und einseitigen Abhängigkeitsverhältnissen entgegenzuwirken. So bringe eine verstärkte Marktanbindung zum Beispiel den Zwang nach Rentabilität mit sich, was häufig eine Konzentration auf nicht nachhaltige Praktiken nach sich ziehe. Um sichtbar produktive Arbeitsweisen zur Einforderung des rechtlichen Besitzes und der Legalisierung der Ländereien vorweisen zu können, findet vielerorts eine Umstellung auf die Viehwirtschaft statt. Dies zieht extensive Waldrodungen und damit eine merkliche Reduzierung der für die Subsistenzwirtschaft notwendigen Ressourcen nach sich. Zur erfolgreichen Umsetzung dieser Mischwirtschaft müssen jedoch die traditionellen Besitzverhältnisse wie auch die intellektuellen Eigentumsrechte am lokalen Wissen gewahrt sein.

24 Ebenda, S. 37.

Als interne Bedingungsfaktoren für eine »harmonische Entwicklung«²⁴ fordert Grefa zudem eine bewusste Eigenverantwortung für den Verlauf und Ausgang der Projekte. Diese äußere sich in Bemühungen um Eigenkapitalisierung, Sparaktivitäten und der Ausarbeitung von Bewirtschaftungsplänen. Transparente Verwaltungsregeln und Kontrolle der eingesetzten Mittel sind dazu ebenso ange raten wie die fachliche Qualifikation der durchführenden Kräfte und die klare Entpolitisierung der Entwicklungsinitiativen. In Schenkungen und Zuwendungen dagegen sieht er die Gefahr der Korruption und Spaltung der Gemeinschaft und fürchtet die schleichende Unterminierung jeglicher Eigeninitiative.²⁵

25 Ebenda, S. 44 ff.

Das von Grefa geschilderte Paradigma der lokal dirigierten Entwicklung verwirklicht sich seit Mitte der 80er Jahre in der indianischen Region Purhépecha im mexikanischen Bundesstaat Michoacán. Grundlage der selbst initiierten Entwicklungsprojekte sind die Zusammenschlüsse dezentral organisierter Dorfgemeinschaften zu Regionalorganisationen, die sich der Konzeption, Organisation und Durchführung der Projekte widmen, von denen im Folgenden zwei näher vorgestellt werden sollen.

Die Aktivierung der lokalen Bevölkerung in der Ortschaft *Santa Fé* wurde Anfang der 90er Jahre zur beispielhaften Triebfeder inner-

halb der Dorfkoalitionen. Im Rahmen des kulturellen Projektes »Taller-Escuela Santa Fé«²⁶ beispielsweise beschafften einheimische Wirtschaftsstudenten lokalen Familien Rohstoffe für ihre Töpferarbeiten, welche später direkt an den Endabnehmer verkauft wurden. Verschuldung und Abhängigkeit von den Zwischenhändlern wurden derart umgangen, der traditionelle Produktionsprozess gefördert und die örtliche Töpferproduktion als wettbewerbsfähige Kraft in der Region etabliert. Dieses Projekt der Handwerksförderung wurde später mit einem kulturell motivierten Projekt, dem Ausbau des Gemeindesaals zur Kommunalbibliothek, zum »Centro Comunal Ueyameo«, vereint. Diese Zusammenlegung entwicklungspolitischer Initiativen ermöglichte die Bündelung organisatorischer Kräfte und die erstmalige offizielle Trägerschaft eines lokal konzipierten und getragenen Projektes durch die Dorfgemeinschaft selbst. Die breite Streuung der Kooperationspartner, darunter Erziehungsministerium, kirchliche Gruppen, Nichtregierungsorganisationen und Künstlerinitiativen, gepaart mit der totalen Rechenschaftspflicht aller Teilnehmer des Zentrums gegenüber den kommunalen Autoritäten, gewährte die nachhaltige Akzeptanz der Projektkooperation.

Ein weiteres autonomes Entwicklungsvorhaben realisierte sich in der Ortschaft *Nuevo San Juan Parangaricutiro*. Um die illegale Rodung kommunaler Wälder durch Holzunternehmer abzuwehren, gründete die Gemeinschaft ein eigenes kommerzielles, forstwirtschaftliches Unternehmen, welches sich der Ausbeutung und anschließenden Wiederaufforstung der Waldungen widmet. Jegliche Partner des breit gefächerten Kooperationsnetzwerkes sind den Weisungen der Dorfversammlung untergeordnet, die gemeinsam mit weiteren regionalen Autoritäten unter anderem über den Verwendungszweck der Gewinneinnahmen entscheidet. Auf diese Weise konnten die externen Holzunternehmen und Zwischenhändler aus der Region verdrängt werden. Der Aufbau einer eigenen Möbelfabrik schaffte zudem rund 900 Arbeitsplätze und eröffnete der Gemeinde die wettbewerbsfähige Teilnahme am nationalen und internationalen Markt.²⁷

Insgesamt erwies sich die kontinuierliche gleichberechtigte Partizipation der Dorfgemeinschaften an der Realisierung der Projekte als der Schlüssel zu deren Akzeptanz und Nachhaltigkeit, denn sie förderte nicht nur die Teilnahmereitschaft der Mitglieder, sondern etablierte die indigenen Kräfte durch die gezielte Förderung der Regionalidentität als neue regionale Machtfaktoren auf der politischen Bühne und ebnete derart den Weg zur Einleitung von Demokratisierungsprozessen im ländlichen Mexiko.

Die aufgezeigten alternativen Entwicklungsprojekte der einheimischen Bevölkerung Michoacáns sind das Ergebnis eines jahrzehntelangen währenden Emanzipationsprozesses der indigenen Gesellschaften in Lateinamerika. Wurden die indianischen Minderheiten seit Anfang des 20. Jahrhunderts noch Opfer der assimilatrischen *Indigenismo*-Politik, welche ihre ethnische Homogenisierung zum Zwecke der sozialen und kulturellen Integration in die mestizische Mehrheitsgesellschaft vorsah, so festigte sich seit den 70er Jahren das Bewusstsein um ihre Identität als historische Subjekte²⁸ mit sozial und politisch wirksamem Handlungspotenzial. Diese Entwick-

26 Gunther Dietz: Die indianische Dorfgemeinde als Entwicklungssubjekt – Selbstbestimmte Projekte der Purhépecha in Michoacán in Mexiko, in: U. von Gleich (Hg.): *Indigene Völker in Lateinamerika: Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?*, a. a. O., S. 276.

27 Ebenda, S. 277 ff.

28 Rodolfo Stavenhagen: *Indigene Völker: Neue Akteure in Lateinamerika*, in: U. von Gleich (Hrsg.), *Indigene Völker in Lateinamerika: Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?*, a. a. O., S. 15.

lung ist sicherlich als Antwort auf das einseitig dirigierte Entwicklungskonzept der Nachkriegszeit sowie dessen spätere Modifizierung hin zur vermeintlich partizipatorischen Diskurshierarchie zu verstehen.

So begründete die Definition von Entwicklungsobjekten durch die dominanten Institutionen des Entwicklungsdiskurses nicht nur die Stereotypisierung und Einebnung vielfältiger, lokal definierter Sozialstrukturen, sondern offenbarte zudem die zu problematisierende Eigennützigkeit zahlreicher Projektkonzeptionen. Sowohl westliche als auch staatliche und regionale Entwicklungsdiskurse sind durchzogen von pragmatischen Motivationsgefügen und Zielsetzungen, welche die bestehenden Machtstrukturen zu bestätigen versuchen und häufig in Ergebnissen münden, die der originalen Projektplanung und ihrer offiziell formulierten Zielsetzung zuwiderlaufen. Und selbst wenn das Konzept autonomer Entwicklung die Entscheidungskompetenz in die Hände lokal anerkannter Autoritäten legt und die legalen Leitlinien entwicklungspolitischer Organisationen die adäquate Anhörung und Berücksichtigung indigener Interessen und Bedürfnisse vorsehen, scheint die Perspektive gleichberechtigter Zusammenarbeit in Anbetracht fortbestehender Kommunikationsdefizite vorerst fraglich. Die Notwendigkeit, die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse wahrzunehmen, zu akzeptieren und zu kommunizieren, bildet die Grundvoraussetzung demokratischer Partizipation. Es ist erst der gleichberechtigte Austausch von Wissen, Kontakten und Ressourcen, und nicht etwa der trotzige Kampf isolierter oder sich isolierender Gruppen um die alleinige Entscheidungsgewalt, welcher der Vielsprachigkeit und den multiplen Ausprägungen von Entwicklungskonzepten gerecht wird und die Definition einer für beide Seiten annähernd kongruenten Zielstellung ermöglicht.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Vor Zeiten behaupteten unsere Großmütter gelegentlich, der Glaube versetze Berge. In sogenannten aufgeklärten Weltregionen scheint davon der Glaube an die Macht der Worte übriggeblieben zu sein: Dazu gehört zum Beispiel die weitverbreitete Überzeugung, es reiche aus, sich für ein Ding, eine Sache, einen Vorgang nur einen anderen Namen auszudenken, und schon sei daraus etwas anderes geworden. Nein, es folgt jetzt nicht, wie eigentlich zu erwarten, der »Festplatten«-Baustein *Linkspartei.PDS*. Im Rahmen der seit etlichen Monaten in den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern herrschenden redaktionsinternen Turbulenzen um Posten, Sendeplätze und Sendezeiten – Krippenspiele – entschloß sich jetzt das ZDF, die Talkshow »Berlin Mitte« in »Maybrit Illner« umzubennen. Was für ein Innovationsschub! Doch damit nicht genug: Die Sendung erhält auch eine neue Studiodekoration.

Die Moderatorin wird's überstehen. Wir vielleicht auch, aber wir müssen nicht. Dieser schöne Unterschied tröstet über manches hinweg.

Um beim Fernsehen zu bleiben: Zu den schmerzhaftesten Aufführungen im Berichtszeitraum könnte das Zusammentreffen des Weichspülers Reinhold Beckmann mit Jan Ullrich gekürt werden. Man wußte gar nicht, in welche Richtung man seine Antipathien sortieren sollte. Da war *ND*-Stimme Gustav-Adolf Schur in ganz anderer Verfassung gewesen, der – um Meinung zu Ullrich gebeten – den Lesern einreden wollte, Ullrich habe nur »die falschen Freunde« gehabt – Radfahrer unter sich ... *Deutschlandradio*-Intendant Ernst Elitz, vom Berliner *Tagesspiegel* gefragt, worüber er sich (in der vergangenen Woche) in den Medien am meisten geärgert habe: »Über Beckmanns vielgelobte Sendung mit Jan Ullrich. Ich fand es peinlich, wie der Moderator diesem ärmsten Würstchen den investigativen Journalisten vorspielte, ob-

wohl er wusste, dass nichts kommt. Da hätten unsere Schmuse-Talker ein paar bessere Gelegenheiten, Mannesmut vor Prominenten zu beweisen. Ullrich, der tumbe Tor, konnte gar nicht fassen, wie sein alter Kumpel Beckmann sich aus dem vertrauten ›Du‹ herauszuwinden versuchte. Er ahnte nicht, dass das Heranschleimen der Sportreporter nur so lange währt, wie sie sich selbst im Glanz des Siegers sonnen können.« Meine Sympathie für Elitzens barsche Beurteilung ist dergestalt, daß sie mich sogar milde stimmt, wenn er im gleichen Kurzinterview befindet, der neue und mit Trara eingeführte Hochglanzwerbeträger auf dem Zeitschriftenmarkt, *Vanity Fair*, bringe »eine schöne Eleganz in den trüben Alltag von Showbiz und Politik«. Man kann nicht alles haben, nicht mal alles an Meinung.

In letzter Zeit fanden nicht nur die erwähnten Krippenspiele statt, sondern wir wurden auch – wie es die Familienredakteurin einer Tageszeitung treffend ausdrückte – von einer »Krippewelle« überspült. Letztlich mochte ich das alles schon nicht mehr lesen, zumal ich einfach nicht dahinterkam (obwohl selber immer noch zeitweise nicht ganz ideologieunanfällig), warum hierzulande jede Debatte über eine Sachfrage immer zu einem Weltanschauungsdisput wird. Vielleicht ist das anderswo auch nicht anders, aber das macht die Angelegenheiten ja nicht erträglicher. Die »Krippewelle« also. Sie trug uns auch ein Zeitungsinterview zweier Journalisten mit der einstigen Familienministerin Schmidt zu, das die beiden mit einem Zitat aus dem Jahr 2002 eröffneten, und Renate Schmidt sollte raten, von wem es stamme. Renate Schmidt erriet es nicht: »Solange die Union in Deutschland etwas zu sagen hat, werden wir dafür sorgen, dass sich über deutsche Kinderbetten die deutschen Eltern und sonst niemand beugt.«

Deutscher Kinderbetten, deutsche Eltern – machen wir es kurz: Der Satz stammt von der deutschen Politikerin Angela Merkel. So können sogar Krippewellen Spaß machen. Irgendwie.

Weniger spaßig gestaltete sich die Debatte um die Tornado-Einsätze, auch so eine sprachpolitische Desinformationskampagne, denn es geht, natürlich, um Kriegsteilnahme. Ein Teil der deutschen Journalistik ist, wie es modern-german heißt, schon »gut aufgestellt«: Es mehren sich Beiträge (über Afghanistan und Libanon), in denen über »unseren Jungs« schwadroniert wird, über Feldlazarette oder über das harte Los der Matrosen (»fern von der Heimat«). Und so wie die rückwärtigen Dienste schon die Leichensäcke bereithalten, sind Ministerialbeamte vermutlich längst dabei, Trauermusterreden auszuarbeiten. Nicht zu vergessen die Militärgeistlichen. Und da auch Kriege nach Möglichkeit kostengünstig gestaltet werden sollen, könnten sich preisbewußte Bundeswehrleichensackspieße bei tschechischen Leichensackhändlern umsehen: *Wir bieten Ihnen hochwertige Leichensäcke an. Man kann die Leichensäcke in weiß, blau oder schwarz, mit flachen oder peripheren Reißverschlüssen bekommen. Der Plastiksack ist aus der dichten Folie und hat 4 Handgriffe für den Transport.*

VTG velkoobchod, Na Pomezí 5, 747 06 Opava, Tschechische Republik

Allerdings gab es diesbezüglich auch einige Lichtleinblicke: Im Parlament war die Front der Befürworter des Afghanistan-Kriegseinsatzes porös. Nein, geholfen hat es erst einmal nicht, aber das sieht vielleicht anders aus, wenn in Deutschland die ersten Leichensäcke aus dem Hindukusch ankommen.

Jan Hoff, Alexis Petrioli,
Ingo Stütze, Frieder Otto Wolf
(Hrsg.): Das Kapital neu lesen –
Beiträge zur radikalen Philosophie,
Westfälisches Dampfboot Münster
2006, 370 S. (29,00 €)

Wolfgang Fritz Haug:
Neue Vorlesungen zur Einführung
ins »Kapital«, Argument-Verlag
Hamburg 2006, 272 S. (17,50 €)

Die Titel ordnen sich ein in eine aktuelle Diskussion, diese wiederum in die lange Tradition, »Das Kapital« immer wieder neu zu lesen. »Neu lesen« fordert auf, gängige Interpretationen der im Werk gehandhabten Methode und entwickelten Theorien zugunsten neuer Sichten und Erkenntnisse aufzugeben. Weshalb das? Weil die bisherigen Lesarten keine befriedigenden Antworten mehr geben auf Fragen, Zweifel und Probleme, die durch neue Formen der Kapitalherrschaft, revolutionäre Krisen, Umbrüche oder den Zwang, Niederlagen zu bewältigen, aufgekommen sind.

Das »Neu lesen« setzte nach einer rund drei Jahrzehnte währenden unkritischen Aneignung des ersten Bandes damit ein, dass Kautskys massenwirksame Vermittlung der marxischen Prognose von fortschreitender Kapitalkonzentration einerseits und der Verelendung des Proletariats andererseits durch Bernstein mit dem Verweis auf den Fortbestand des Kleinbetriebs in Produktion, Handel, Handwerk und Landwirtschaft sowie eine zunehmenden Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft in Frage gestellt wurde. Die Ursprünge der gegenwärtigen Diskussionen reichen zurück bis in die 1960er und 70er Jahre, als die westeuropäische Linke, angeregt von der Althusser'schule in Frankreich sowie getragen vom Impuls der 68er Bewegung, gegen die dogmatische Lesart des Marxismus-Leninismus das Werk Wort für Wort nachbuchstabierte, um sich dessen Brauchbarkeit hinsichtlich ihrer Fragen nach den Bedingungen revolutionärer Eingriffe in die herrschenden Verhältnisse zu vergewissern.

Die seit Mitte der siebziger Jahre erscheinende MEGA₂ eröffnete die Möglichkeit, an-

statt nur die Resultate des marxischen Forschungsprozesses auszuwerten, diesen Prozess selbst nachzuvollziehen. Damit erschien das Werk wie neu geboren, eine neue Lektüre (die östlicherseits allerdings erst nach 1989/90 einsetzte) war unvermeidlich. Es kam zum Zusammenbruch des Staatssozialismus. Wie sollte es in einer solchen Weltenwende ausbleiben, dass die einen das theoretische und prognostische Potenzial von Marx verwarfen, die anderen es erneut suchten? Kurzum: »Das Kapital« »neu« zu lesen ist weder neu noch bedarf es der besonderen Aufforderung dazu, zumindest nicht, solange selbstdenkende Linke Bereitschaft und Willen haben, sich einzubringen in die emanzipatorischen Kämpfe.

»Da es keine »unschuldige« Lektüre gibt«, informieren Louis Althusser und Etienne Balibar darüber, welcher Lektüre sie sich zuvor »»schuldig«« gemacht haben (»Das Kapital lesen«, Bd. I, Reinbeck bei Hamburg 1972, S. 12). Ob mitgeteilt oder nicht, keine »Kapital«-Lektüre ist voraussetzungsfrei. Folglich unterscheiden sich die Lesarten nicht erst darin, *was* sie zu Tage fördern, sondern *wie* sie die Lektüre organisieren, mit welchen Vorsätzen sie welche Teile des Werkes aufschlagen. Unterschiedliche, ja gegenläufige Interpretationen sind unvermeidlich – was kein Nachteil ist, solange sie »eingreifendes Denken« (Brecht) in Gang bringen. Welche Themen auf der Tagesordnung stehen, ist der Haltung der Leser in der und zur kapitalistischen Praxis zu verdanken. Die »Kapital«-Lektüre zu Zeiten Kautskys und Bernsteins konzentrierte sich auf den letzten Abschnitt des ersten Bandes »Der Akkumulationsprozess des Kapitals«, die gegenwärtige auf den ersten Abschnitt, betitelt »Ware und Geld«. Das scheint angesichts neuer Züge und Praktiken des kapitalistischen Geld- und Währungssystems, der globalen Finanzmärkte und des internationalen Kredits nur logisch zu sein. Jedoch besteht die Gefahr, bei Engführung der Lektüre auf diese Problematik die Tatsache aus dem Blick zu verlieren, dass nicht die Finanzmärkte und gigantischen Spekulationen, sondern die kapitalistische Produktionsweise als Ganzes in das Leben und Geschick nunmehr aller Völker und Nationen eingreift, dass Kapitalismus ein Produktions- und Ausbeutungsprozess ist.

Der Sammelband enthält neben der Vorbemerkung von Frieder Otto Wolf und einem

Nachwort der Herausgeber dreizehn Beiträge von dreizehn Autoren und zwei Autorinnen. Titel und Anspruch, die »Kapital«-Lektüre in die Gestaltung einer »radikalen Philosophie« einzubringen, schließt an Marx' »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung« (1843) an, wonach die Theorie fähig sei, die Massen zu ergreifen, »sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen« (MEW, Bd. 1, S. 385). Zur »Wurzel« vorzudringen heißt, die herrschenden Verhältnisse durch Alternativen zu attackieren, um Veränderungen zu erzwingen. Die Lektüre soll »künftigen Emanzipationskämpfen (...) entscheidende intellektuelle Ressourcen« bereitstellen. Dazu gehören neben einem »erneuerten« Marxismus der Feminismus, die politische Ökologie und die postkoloniale Rassismus-Kritik (S. 8).

Die Beiträge sind vornehmlich in zwei Problemfeldern angesiedelt: Informationen über die »Kapital«-Lektüren der letzten Jahrzehnte quer über den Globus und Lesarten der Werttheorie und Wertformanalyse. Auf Band zwei des »Kapital« wird nicht eingegangen; der dritte Band ist nur präsent bei der Untersuchung des Verhältnisses von Produktionspreis und Wert (Ralf Krämer) sowie der Grundrente, gelesen als Element der »trinitarischen Formel« im 48. Kapitel (Leo Šešerko). Jan Hoff stellt als eine sozialistische Quelle der marxischen Ökonomie Thomas Hodgskins »Verteidigung der Arbeit« vor; Käthe Knittler und Martin Birkner untersuchen die Geschichte und mögliche Zukunft feministischer Auseinandersetzungen mit Marx' Kritik der politischen Ökonomie.

Haug's »Neue Vorlesungen« (NV) haben eine eigene Geschichte. Ihnen voran gingen die »Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«« (1. Aufl. 1974; 6. Aufl. mit dem Untertitel »Neufassung von 2005« Hamburg 2005), die durch die NV bereits äußerlich, durch die Fortsetzung der Numerierung der Vorlesungen, weitergeführt werden. Wie der erste Teil Haug's wissenschaftlichen und politischen Anspruch bei seinem Eintritt in die akademische Welt spiegelt – der durch den Wiederabdruck des Habilitationsvortrags von 1972 in den NV bekräftigt ist –, so nimmt der zweite Teil von dieser Welt Abschied: Die NV wurden gehalten im letzten Semester vor der Emeritierung.

Im Vorwort des ersten Teils weist Haug darauf hin, dass »der folgende Versuch, ins *Kapital* (...) einzuführen, (...) dessen Lektüre nicht ersetzen, sondern erleichtern soll. (...) Wer eine Kurzfassung der wichtigsten ökonomischen Lehren von Marx sucht, der lege dieses Buch weg. Es soll den Anfänger einführen – aber nicht in die fertigen Lehren, sondern in ihre Verfertigung« (1974, S. 5; 2005, S. 15). Man kann nicht sagen, dass die NV ohne den ersten Teil unverständlich sind, aber angesichts der wiederholten Bezugnahme auf diesen empfiehlt es sich, zuerst darauf zurückzugreifen.

Im Mittelpunkt der NV »steht die Rekonstruktion der theoretischen Produktionsweise von Marx«, die »gar nicht anders möglich ist, als en passant einen ganzen Satz philosophischer Grundfragen neu aufzurollen«: die »Fragen der Hermeneutik, eines nicht metaphysischen Gesetzesbegriffs, eines Objektivitätsbegriffs, der die Subjekte umfasst, wie eines Subjektbegriffs, der die Determinationen durch die Verhältnisse nicht einfach voraussetzt, sondern als tätig vermittelte Resultate durchsichtig macht. Nicht zuletzt wird es darum gehen, den durch die Lohnform kolonisierten Kontinent der Arbeit und das kapitalistische Drama derselben zu erkunden« (S. 12).

Schwerpunktmäßig geht es erstens um die Epistemologie des »Kapitals«, wie sie sich in der kategorialen Abfolge der Darstellung äußert, wobei unter Rückgriff auf den ersten Teil der Abschnitt »Ware und Geld« analysiert wird. Zwangsläufig stellt sich damit das Problem des Verhältnisses von Logischem und Historischem in der Darstellung, was den Verf. zu kritischen Stellungnahmen veranlasst gegen Poppers empiristische, gegen die strukturalistische (Althussersche) und hegelianisierende Interpretation (Hans-Georg Backhaus, Helmut Reichelt u. a.) sowie gegen die monetaristische Werttheorie (Michael Heinrich). »Für eine Epistemologie des Kapitals (...) bietet das Börsengeschehen einen Spiegel, der strukturelle Eigentümlichkeiten des Verwertungsprozesses vergrößert und immer wieder wie im Zeitraffer zeigt« (S. 181). Als Exempel dafür, wie sich die »getriebenen Treiber« verhalten, ist der Börsenkrach von 1987 vorgeführt. Zweitens sind untersucht Determinationen im Verhältnis von Praxis und ökonomischer Struktur, entwickelt am marxischen

Begriff der Personifikation von Kapitalist und Lohnarbeiter. Ein drittes Feld ist der krisenhafte Strukturprozess des Kapitalismus, der nach dem Muster des »regulierenden Resultats oder resultierenden Gesetzes« aus einem Ungleichgewicht reaktiv ins Entgegengesetzte fällt und von seinen beiden fundamentalen Widersprüchen – der permanenten Reduktion der Arbeit, von deren Verwertung er zehrt, sowie der gegen gesellschaftliche Zwecke selbstständigen Akkumulation – »zur Kapitalvernichtung und an seine historische Grenze getrieben wird.« Die Prämisse aller Untersuchungen ist, dass im »Kapital« nichts Fertiges vorzufinden ist, sondern ein Prozess, welcher sich täglich vor unseren Augen abspielt. Die Darstellungsweise sei deshalb »praxisanalytisch« oder »praxeologisch begründet« (S. 46).

Marx versucht seinen Lesern zu veranschaulichen, dass es sich bei der Untersuchung der Wertformen zwar um »Spitzfindigkeiten«, aber um solche handelt, die vergleichbar sind mit der »mikrologischen Anatomie« (MEW, Bd. 23, S. 12), d. h., sie haben grundlegende wissenschaftliche Bedeutung (und letztlich politische Konsequenzen). Inzwischen hat es sich herumgesprochen, dass das Verständnis dieser »Spitzfindigkeiten« über die Brauchbarkeit der gesamten Kritik der politischen Ökonomie entscheidet. Besteht der Sinn des ersten Abschnitts darin, mittels der (Arbeits-) Werttheorie die Mehrwert- und Akkumulationstheorie zu fundieren, oder kreist er in sich selbst, besitzt er einen Eigenwert unabhängig und beziehungslos zu allem Folgenden in dem Sinn, dass Wert in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft weder existieren noch verstanden werden kann ohne Geld, wie die Vertreter der monetären Werttheorie behaupten? Die Titel tragen die Kontroverse auf je ihre Weise aus – im Sammelband sind Heinrich und Haug mittels Stellvertreter präsent, in den NV kommt Heinrich vorrangig in Fußnoten vor. Ein Grund dafür mag sein, dass der Schlagabtausch zwischen beiden bereits erfolgte (»Das Argument«, Nr. 251, H. 3/2003; Nr. 254, H. 1/2004).

Nach der monetären Werttheorie ist die Wertformentwicklung die »theoretische Rekonstruktion der Geldform mit dem Ziel der Beantwortung der Frage ›Was ist Geld?‹«, ihr »Status (...) ist ein logisch-systematischer«, es

sind keine »Stufen der historischen Herausbildung des Geldes« formuliert (Christian Iber, S. 189). Analoge Positionen vertreten Dennis Kirchhoff und Alexander C. Reutlinger, für die der Streit längst und eindeutig zugunsten der monetären Werttheorie entschieden ist (S. 200): Im ersten Abschnitt handelt es sich um die »schrittweise Entfaltung einer komplexen logischen Struktur, die von Anfang an als präexistent unterstellt wird« (S. 206). Für Ingo Stütze ist »der Preisbildungsprozess (...) für Marx zentral. Er ist die Form, in der die Waren zum Geld in Beziehung gesetzt werden« (S. 267).

Gegen die Exmittierung der Geschichte aus der Theorie weist Frieder Otto Wolf in Anlehnung an Marx' Hinweis auf die »Grenzen der dialektischen Darstellung« (MEW, Bd. 42, S. 43, 53) darauf hin, dass die Herausbildung der Geldware Gold, die Entstehung des doppelt freien Lohnarbeiters sowie die kapitalistische Grundrente kein Ergebnis dialektischer Begriffsentwicklung, sondern des praktischen Handelns sind (S. 161). Die Spitze richtet sich gegen eine Interpretation der Darstellungsmethode, wie sie Dieter Riedel und Reichelt vertreten. Dass im »Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus« (HKWM, Bd. 5, 2001) das Stichwort »Grenzen der Dialektik« von Haug vorliegt, ist nicht bibliographiert.

Eine kritische Haltung zur monetaristischen Werttheorie entwickelt auch Ralf Krämer. Er beanstandet zwar nicht »die Betonung der Bedeutung des Geldes für eine Kritik der politischen Ökonomie«, macht jedoch geltend, »dass auf Grund der damit einhergehenden Ablehnung der Werttheorie als Arbeitswerttheorie diese Position nicht dazu im Stande ist und den Anspruch aufgibt, die quantitativen Verhältnisse in einer kapitalistischen Wirtschaft zu erklären bzw. zu erfassen« (S. 228.). Der Wert ist Regulator des ökonomischen Reproduktionsprozesses: »Denn *wenn Produktion und Austausch nicht quantitativ reguliert werden, werden sie überhaupt nicht reguliert*. Der Wert ist von daher *als funktionale, quantitativ bestimmte ökonomische Eigenschaft der Waren im Systemzusammenhang des kapitalistischen Reproduktionsprozesses* zu begreifen. Der quantitative Zusammenhang zwischen den durch die Quantität gesellschaftlich notwendiger Arbeit bestimmten Werten und den

Austauschverhältnissen ist dabei keineswegs bloß ›logisch‹ notwendig, sondern beruht auf empirischer Beobachtung« (S. 236).

Auch Alexander Gallas setzt sich – in den Worten der Herausgeber – »mit der in Mode gekommenen Wertkritik« auseinander (S. 35). Die »Zielscheibe« der hegelianisierenden Marx-Deutung, so Gallas, sind »insbesondere jene Konzeptionen von Kapitalismuskritik, die in erster Linie die Ausbeutung des Proletariats ins Zentrum der Betrachtung rücken. Denen wird unterstellt, sich lediglich mit kapitalismusimmanenten Verteilungskonflikten zu befassen und so das große Ganze aus den Augen zu verlieren. Sie selbst wollen den Wert zur Einsatzstelle von Kapitalismuskritik machen. Der Wert generiert als Entstehungsgrund kapitalistischer Gesellschaftlichkeit, der alle Subjekte gleichermaßen in seine operationale Logik einspannt und somit unterwirft. Insofern müsse das Zwangssystem auch von seinem Zentrum her ausgeschaltet werden« (S. 303). Die Wertkritiker dehnen den Naturalisierungseffekt des Warenfetischs auf das Ganze der Gesellschaft aus (S. 307), was darauf hinausgeht, dass man dem Bewusstsein der Menschen nur noch ein »Binnenbewusstsein innerhalb einer Fetisch-Konstitution« zuschreibt, wie dies bspw. bei Robert Kurz zu finden ist (»Krisis«, Nr. 13, 1993, S. 68). »Es zeigt sich, dass die monistische Problematik der Wertkritik eine monistische Konzeption des Subjekts nach sich zieht. Die es ausmachenden Dispositionen gehorchen einem einzigen Prinzip – dem Fetisch. Er lässt gesellschaftliche Verhältnisse für die Subjekte als unveränderbare Naturverhältnisse erscheinen. Entsprechend exekutieren die Akteure die vom kapitalistischen System an sie gestellten Anforderungen reibungslos; jede Auflehnung gegen sie muss ihnen sinnlos erscheinen« (S. 308). Die Konsequenz einer solchen »Kapital«-Lektüre ist die Negierung der »Existenz von Veränderungspotenzialen«. Die Kapitalismuskritik »sinkt zu einem elitären Hobby einer Handvoll Intellektueller herab, die meinen, sich über die große Mehrheit der Bevölkerung erheben zu können, indem sie diese als verblendet abkanzeln« (S. 319), was an die ›kritische Kritik‹ der Junghegelianer gemahnt als ein Beispiel, wie vom Geschichtsverlauf enttäuschte Intellektuelle auf ›Bewusstseins-

änderungen‹ setzen, um »bei der Apologie der bestehenden Verhältnisse« zu enden (S. 320).

Haug besteht gegen die Hegelianisierung von Marx darauf, dass dessen Ökonomiekritik einzig im Licht der Feuerbach-Thesen von 1845 »rational verstanden werden kann. Umgekehrt würde jede Philosophie der Praxis ohne Kritik der politischen Ökonomie ins Luftreich der Spekulationen abheben.« Es gelte, den marxischen Text »auf die praktischen und theoretischen Belange der Gegenwart hin« zu lesen. »Gefragt ist eine Interpretation ›nach vorn‹, keine rückwärtsgewandte Hermeneutik. Die Brauchbarkeit der marxischen Theorie hängt davon ab, dass sie sich auch an den nachmarxischen Problemen und im Lichte der seither entwickelten Denkmittel bewährt. Eine Kritik der politischen Ökonomie, die nichts zum transnationalen Hightech Kapitalismus, zu dessen Krisen und zu den praktisch-politischen Auseinandersetzungen in diesem zu sagen hätte, wäre eine Sache der Vergangenheit« (S. 12 f.).

Beide Publikationen erweisen, dass der im ›Mikrologischen‹ ansetzende Streit ›makrologische‹ Folgen hat: Wenn Marx im »Kapital« mit einer bloßen Begriffsdialektik operiert, steht der Praxisbezug der Theorie in Frage. Sollte sich der Sinn und Zweck der Wertformen in der Deduktion des Geldes erschöpfen, bleibt mit der Arbeitswert- die Mehrwert- und Akkumulationstheorie auf der Strecke. Was ist dann zu halten von Marx' Ankündigung, »der letzte Endzweck« des »Kapital« sei es, »das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen« (MEW, Bd. 23, S. 15)?

Wert und Bedeutung beider Publikationen bestehen darin, die Lektüre des »Kapital« fortzuführen und damit zur Fortführung der Lektüre anzuregen. Dass sie keine ›letzten Worte‹ und ›endgültigen Interpretationen‹ vermitteln, dürfte Haug sowie den (meisten der) Sammelbandautoren klar sein.

THOMAS MARXHAUSEN

Michael Schumann, Martin Kuhlmann, Frauke Sanders, Hans Joachim Sperling (Hrsg.): VW-Auto 5000: Ein neues Produktionskonzept. Die deutsche Antwort auf den Toyota-Weg? Eine Studie des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) Göttingen, VSA Hamburg 2006, 244 S. (16,80 €)

Für Gewerkschaften und VW-Konzern bietet das Projekt Auto 5000 eine neuartige Verknüpfung von arbeitspolitischen und betriebsorganisatorischen Innovationen. Die in dem Projekt realisierte Kombination von Innovationen kann als zukunftsweisend für die industrielle Produktion in Deutschland gelten. Diesen Schluss ziehen Forscher des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen unter Leitung des Industriesoziologen Michael Schumann. Selbstorganisierte Gruppenarbeit, die Beteiligung an Optimierungsaufgaben und die breitere Selbstverpflichtung der Beschäftigten führen zu Effektivitätsgewinnen. SOFI legt die Untersuchung nun in Buchform vor und sieht durch prozessorientierte Dezentralisierung eine nachhaltige und innovative Fabrikgestaltung und das 5000-Modell als Erfolg.

SOFI untersucht seit 2002 dieses Projekt. Trotz aller Kooperationsbereitschaft sehen die Wissenschaftler keineswegs eine unkritische Belegschaft. Die Beschäftigten befürworten die »Durchsetzung eigener Interessen nötigenfalls auch im Konflikt mit dem Unternehmen«. Dies zeigten auch Proteste im Rahmen der Tarifverhandlungen bei VW.

Keine besondere Rolle in der Bewertung der Auto-5000-Umsetzung spielen die Folgen für die Beschäftigten in der Autoindustrie. Die Arbeitszeit richtet sich nach den Produktionsbedürfnissen. Liegen viele Aufträge vor, wird die Wochenarbeitszeit erhöht und auf das Wochenende ausgeweitet. Auch die tariflichen Regelungen zur Produktionsqualität stellen einen besonderen Erfolg für die Unternehmensleitung dar. Treten Fehler im endmontierten

Kfz auf, die auf Maschinenprobleme zurückzuführen sind, sind die Arbeiter verpflichtet, diese nach Schichtende ohne Bezahlung zu beheben, was zur erheblichen Verlängerung der formal vorgesehenen 35-Stunden-Woche führt. Der rechtliche Anspruch auf Schulungen ist eingeschränkt. Einen Teil der wöchentlichen Qualifizierungszeit muss der Beschäftigte in der Freizeit ohne Bezahlung erbringen. Der Versuch, unternehmerische Risiken noch stärker auf die Beschäftigten zu verlagern, ist der VW-Führung gelungen.

Der gewerkschaftliche Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« wird durch das Auto-5000-Konzept in Frage gestellt. Arbeiter der eigens gegründeten Auto-5000-GmbH erhalten nicht die Tariflöhne und Zulagen wie die VW-Belegschaft im Stammwerk, sondern bis zu 40 Prozent weniger als die Alt-Kollegen. Die Abkehr von der 4-Tage-Woche und die vom Unternehmen in den letzten Monaten durch den neuen Tarifvertrag durchgesetzte Arbeitszeitverlängerung im Hauptwerk Wolfsburg zeigt, welche langfristige Wirkung der Auto-5000-Tarifvertrag hat, der von Anfang an ein Niveau unterhalb des Haustarifvertrages der anderen VW-Werke beinhaltet.

MARCUS SCHWARZBACH

**Körner, Dorothea:
Zwischen allen Stühlen.
Zur Geschichte des Kunstdienstes
der Evangelischen Kirche in Berlin
1961 – 1989. Mit einem Vorwort
von Manfred Richter und einem
Gespräch mit Heinz Hoffmann.
Herausgegeben vom Kunstdienst
der Evangelischen Kirche in
Verbindung mit dem Institut
für vergleichende Staat-Kirche-
Forschung, Hentrich & Hentrich
Berlin 2005, 240 S. (14,90 €)**

Nach Paul Tillich (1886 – 1965) kann ein von Braque gemalter Fisch mehr religiöse Substanz vermitteln als manche gut gemeinte so genannte christliche Kunst. Mit seinen theolo-

gischen Anregungen und entsprechendem Interesse gehört Tillich zu den geistigen Vätern der Kunstdienste der Evangelischen Kirche und ihrer regionalen Formationen. Von der Entstehung aus der Dresdner »Bürgerinitiative für Kunst aus dem evangelischen Raum« (1928) bis zur institutionellen Formierung ist nach Jahrzehnten eines erfolgreichen Dialogs und einer praktischen Kooperation zwischen Künstlerschaft und Kirche, Kunstwissenschaft und Theologie nunmehr das Ende dieser rühmenswerten Institution herbeigeführt worden. Auflösung nach erfolgreicher Evaluierung könnte es heißen, und das sogar mit der üblichen Phasenverschiebung zwischen kirchlichen und anderen betroffenen Institutionen.

Die Autorin beschreibt an einem Fallbeispiel die Geschichte von geglücktem Unterfangen und schmerzlichem Ende. Der Kunstdienst in Berlin, mit gewichtigen, zum Teil gesamtdeutschen kirchlichen Gremien im Hintergrund ist gewiss ein potentes Exempel für diese Einrichtungen auch in anderen Regionen.

Im Vordergrund des institutionalisierten Engagements für Künstlerinnen und Künstler stand laut Verfasserin zunächst die Garantie für die Qualität künstlerischer Arbeit in den evangelischen Kirchgemeinden, aber ebenso ein Nachholbedarf an Informationen über die Moderne. So resümiert Körner für die sechziger Jahre: »Der Kunstdienst war die einzige Galerie in der DDR, die dank des gesamtdeutschen Charakters der Evangelischen Kirche der Union auch nach dem Bau der Berliner Mauer gesamtdeutsch bzw. Ost-West-übergreifend agieren konnte.« »Selbst die Referenten zu Barlach und Fritz Kühn reisten aus der Bundesrepublik an. Spezialisten aus der DDR wurden lediglich für weit zurückliegende historische Themen herangezogen. Die Situation der bildenden Kunst in der DDR spielte in den Veranstaltungen des Kunstdienstes während der 60er Jahre keine Rolle, obwohl in der DDR bedeutende Denkmäler für die ehemaligen KZ entstanden, eine Historienmalerei sich mit Faschismus und den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg auseinandersetzte, den Vietnamkrieg thematisierte, jüngere Künstler in Berlin und Dresden ihre Unbehaustheit darstellten und Wolfgang Matheuer bereits auf die biblische Mythologie zurückgriff.«

Auch noch in den siebziger Jahren wurde die klassische Moderne in den Veranstaltungen des Kunstdienstes unermüdlich aufgearbeitet in Vorträgen, Foren und Ausstellungen mit bedeutendem Zulauf trotz durch die Staatsfunktionäre eingeschränkter Öffentlichkeit. Das Ziel dieser Mittlerinstitution zwar damals eben »nicht das Engagement für die wilden avantgardistischen Formen der siebziger Jahre«, auch nicht »die Durchsetzung unliebsamer DDR-Künstler«. In den achtziger Jahren hingegen nimmt sich der Kunstdienst verstärkt gesellschaftspolitischer Themen an: Ausstellungen zum Lebensgefühl in Ost-Berlin (1987) und in der DDR (1989), zum Antisemitismus (1988) und zu Lateinamerika (1989) zeugen davon. Außerdem widmete sich die Einrichtung neuen Kunstformen und gelangte so insgesamt auf die Höhe der Zeit und ihrer Herausforderungen. Auch diese enorme Leistung in historischer Dimension konnte vor der Ökonomisierung der Gesamtgesellschaft inklusive ihres kirchlichen Subsystems letzten Endes nicht bestehen: »Es ist daher zu bedauern, dass der Kunstdienst von Berlin Ende 2005 aus finanziellen Gründen abgewickelt wird. Seine große Bedeutung zwischen 1961 und 1989 in Ost-Berlin wird erst vor dem Hintergrund der DDR-Geschichte deutlich. Indem der Kunstdienst mehr als seinen kirchlichen Auftrag wahrnahm und im Sinne Paul Tillichs als Korrektiv und Impulsgeber in der säkularen Gesellschaft wirkte, als Schutzraum, Bildungs- und Kommunikations-Zentrum für Außenseiter und Randgruppen knüpfte er an die Gründungsintentionen von Dresden 1928 an. Weil er seine christlich-spirituellen Wurzeln nicht verleugnete, wurde er in einer atheistischen Gesellschaft für viele Menschen so wichtig.«

Diese trotz einiger Wiederholungen und Längen stets interessante, gleichwohl angenehm sachliche Auflistung historischer Vorgänge gewinnt ihr besonderes Kolorit durch die um Fairness bemühte Darstellung der handelnden Personen und ihrer Konflikte mit Behörden in Staat – und Kirche. Eine solche Querschnittsstudie zur institutionalisierten Kirchlichkeit weist auf viel reichere Ressourcen, zusätzliches Potenzial an Akteuren und komplexere politische Interventionen der Evangelischen Kirche in der DDR hin, als es

die pauschale Beschränkung auf das konsistoriale und episcopale Ensemble in vielen historischen Untersuchungen zu den bekannten vierzig Jahren nahe legt.

Nach dem Körnerschen Buch muss bei aller Enttäuschung doch auch ausgerufen werden: Beata Berolina! Es gibt diesen Nachruf auf eine bewundernswerte Leistung und Institution! Berlin erhält auch das Trostpflaster des Amtes einer Kulturbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland – wenig Personage in der Fläche, aber immerhin! In Rostock wurde in der Marienkirche im Oktober 2006 eine Ausstellung mit »jungen Bildern« der achtzigjährigen Malerin Mechthild Mannewitz aus den vergangenen 2 Jahren eröffnet. Nur von wenigen wurde bemerkt, dass es sich um die letzte Ausstellung des Kunstdienstes der Evangelischen-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und seiner Kuratorin Regine Passig handelte. Die Würdigung dieser Leistung steht noch in den Sternen.

JENS LANGER

Klaus Theweleit: *absolute(ly) Freud Songbook*, orange press Freiburg 2006, 222 S. (18 €)

Klaus Theweleit: *Friendly Fire. Deadline-Texte*, Stroemfeld/Roter Stern Frankfurt/M. 2006, 440 S. (19,80 €)

Das *absolute(ly) Sigmund Freud Songbook* von Klaus Theweleit versammelt drei Essays zu Geschichte und Gegenwart der Freudschen Theorie plus ca. fünfzig Songtexte. Songs, die Perversionen, Hysterie und Träume besingen und mit psychoanalytischen Begriffen spielen. Die Psychoanalyse wird verknüpft mit den Bereichen populärer Kultur, die von Übertretung und vom guten wilden Leben erzählen. Theweleit ist nicht nur an Musik, sondern auch am Film interessiert, dem »Königsweg ins Unbewusste« für die »Nicht-Couch-Bewohner« (S. 132).

Verbunden sind die Essays durch das Motiv der Verwandlung. *Are you experienced? Mar-*

mor beschreibt die Verwandlung des Nervenarztes Sigmund Freud in den Psychoanalytiker. Die Geburt der Psychoanalyse sieht Theweleit weniger mit einem einzelnen Text, etwa der *Traumdeutung* oder den Studien zur Hysterie verbunden, sondern mit der Entstehung der Analysepraxis im Behandlungszimmer. »Das Geheimnis: mit voller Absicht ein Kunstverfahren, ein *Spielverfahren* an die Stelle der unzureichenden medizinischen, exakten gesetzt zu haben; im Wissen, die medizinischen, exakten bringen nicht hervor, was sie behaupten. Erst die Kunst bringt in gewisser Weise »Heilung« (S. 58). Und Kunst bedeutet in diesem Zusammenhang: Die Couch des Analytikers wird zur Bühne, auf der sich der Patient neu erfinden darf – »die Psychoanalyse als die Kunst, den anderen in seinen eigenen Worten zu sich selbst kommen zu lassen« (S. 61). Die Verabschiedung der Schulmedizin, die Ersetzung des richtigen Medikaments durch das künstlerische Spiel hätten die Ärzte Freud bis heute nicht verziehen.

Die Couch ist nicht der einzige Ort, der den Menschen Verwandlungen ermöglicht. Kino und Musik helfen uns dabei, das alte Leben zu verstehen und das neue entstehen zu lassen. »Genau das tut die Psychoanalyse: mithilfe eines Zweiten, der Analytikerin, die Person neu entwerfen. Was Film und Pop Songs jede Sekunde tun (wo sie etwas taugen). PsA und Pop sind Spielformen des ständigen Anlaufs auf eine neues (wilderer) Leben« (S. 127), heißt es in *Freud und Pop Culture*. A propos wild: die Transformationen geschähen nicht durch die Stärkung der Ich-Instanz, sondern durch die Entknotung des Es. Hier ist Theweleit dem *Anti-Ödipus* von Deleuze und Guattari näher als dem programmatischen Satz Freuds »Wo Es war, soll Ich werden«. Nicht nur die Ich-Instanz soll transformiert werden. Im Behandlungszimmer des Psychoanalytikers geht es um den Umbau des Körpers, der Gefühle und der Affekte. Kurz: »Transformation ist etwas Materielles, keine Idee« (S. 184).

Im dritten Essay nimmt Theweleit die Diskussion um Hirnforschung und Psychoanalyse auf. *Direkt-Übertragungen, Live-Übertragungen, 3. Körper* beschreibt, ausgehend von der Bedeutung des Musikhörens im pränatalen Stadium, den Körper als Speicher. Die Hirnforschung bietet die Möglichkeit, das Unbe-

wusste in bestimmten Hirnregionen zu lokalisieren. Schön zu lesen, wie die Idee von der determinierenden Kraft der Hirnstrukturen in *absolute(ly) Freud* im Handumdrehen in ihr Gegenteil verkehrt wird. Klaus Theweleit insistiert auf der permanenten Veränderbarkeit des Menschen und konstatiert die soziale Konstruktion des menschlichen Gehirns (gestützt mit Zitaten des Hirnforschers Gerhard Roth wohlgemerkt).

In einem zweiten kürzlich erschienenen Band, *Friendly Fire*, finden sich Texte über Musik, Filme und Comics, die ihrem Bau nach antifaschistisch seien – »seit dem Bebop ist kein Jazzmusiker mehr Faschist geworden. Kennen Sie einen?« (S. 51). Texte u. a. über Bob Dylan, Carl Barks, Will Eisner, Andy Warhol, Jean-Luc Godard und das Art Ensemble of Chicago. Über dessen erstes Album heißt es: »Irgendwo muß es das Leben geben, das sich so lebt wie die Klänge von *People in Sorrow*« (S. 51).

Auch über die Filme für Menschen, die sich vielleicht vieles wünschen, bestimmt aber keine Veränderung, wird in *Friendly Fire* gesprochen. Die Leinwand fungiert dann eben nicht als möglicher Ort der Verwandlung. Bernd Eichingers Überwältigungsfilm *Der Untergang* kommentiert Theweleit so: »Die Freude am Beglotzen von Hitler/Bruno Ganz auf der Leinwand besteht in der mitgelieferten Bestätigung, als Zuschauer ein unwissendes, primitives Arschloch bleiben zu dürfen« (S. 391). Das ist einer der vielen Vorteile, den man hat, wenn man sich wie Theweleit bewusst vom akademischen Betrieb fernhält: Man kann denken und schreiben, ohne Rücksicht auf die Empfindlichkeiten des Kultur- und Wissenschaftsbetriebes nehmen zu müssen.

Mit seinen Texten bewegt sich Klaus Theweleit dort, wo es am schönsten ist, an den Rändern. Einem großen Teil der hiesigen Linken gilt Popkultur im schlimmsten Fall als Verblendung, im besten Fall als zu vernachlässigender Quatsch. Auch um den anderen Gegenstand des Freud-Buches ist es momentan nicht gut bestellt: Die Psychoanalyse geistert heute als Essentialismus oder als idealtypisches Beispiel für repressive Vernunft durch die kulturwissenschaftlichen Seminare. *Spiegel* und *Focus* wiederum haben Freuds Schriften im »Freud-Jahr 2006« als eine Art unwissenschaft-

liche Vorhut der aktuellen Hirnforschung wieder entdeckt und vereinnahmt. Kurzum: Politische wie auch akademische und populärwissenschaftliche Diskurse in ihrer momentanen Gestalt funktionieren nach wie vor über Historisierung, Kategorisierung und Grenzziehung; als hätte die Klassifikation von Gedanken als unpolitisch oder unwissenschaftlich irgend etwas mit Erkenntnis zu tun – wo es doch nur darum geht, Ordnung zu halten.

Vielleicht erscheinen gerade vor dem tristen Hintergrund der hiesigen wissenschaftlichen und politischen Debatten diese Texte so lebendig. Mit der zugleich schlüssigen wie unkonventionellen Verknüpfung von Psychoanalyse, Popkultur und Hirnforschung wird hier eine Theorie der Transformation entworfen, die ich jedem sehr ans Herz legen möchte, der mit Begriffen wie Unbewusstes und Körperspeicher hantiert und die Beschäftigung mit dem »psychischen Apparat« (Freud) nicht für bürgerlichen Spinnkram hält. Wenn ich Klaus Theweleits Bücher, von *Männerphantasien* über das *Buch der Könige* bis hin zu seinem Buch über *Deutschlandfilme* mit einem Satz beschreiben sollte, dann so: Wir haben es hier mit den Büchern eines Autors zu tun, dessen Denken ganz frei von Berührungsangst ist.

BENJAMIN MOLDENHAUER

HELMUT BOCK
What is to be done?
Russia's February Revolution
and Lenin's »April Thesis«

Looking back 90 years ago, at the period in Russia separating the February from the October Revolution, the author arrives at the conclusion that socialists today must ask themselves whether they should still maintain Lenin's strategy of revolution or rather develop a historically-critical view of it. He recalls an early critic, who, after the meeting where Lenin presented his »April Thesis,« warned that going the way proposed by Lenin would lead not only to the destruction of socialism, but also of bourgeois freedom.

GREGOR GYSI
The End of History?
On the Opportunities for a Modern Socialism

The author describes Fukuyama's idea of »the end of history« as an approach that not only ignores the fact that, for over 99 per cent in its history, humanity had lived in non-capitalist societies, but even ignores the modernization of capitalism itself. In light of the crisis of neo-liberalism in Latin America and various European countries, the author develops a complex and radical criticism of capitalism (particularly emphasizing the unsolved social questions, the destruction of the environment and new wars.) He draws the conclusion that new opportunities for socialism are growing out of – what Engels called – the »real material facts of production«.

HEIKO LANGNER
Anti-Left Criticism of Financial Capitalism:
The Example of the »Natural Economic Order«

The growing criticism of globalization loses legitimacy, when it includes structural or implicit anti-Semitic views. These views – the author holds – are often not openly presented but rather in a »weaker« form making them appear more credible. One of these hotly disputed theories is the so-called »Natural Economic Order« of Silvio Gesell (1862-1930). The author criticizes Gesell's views and points out the deep differences between them, on the one hand, and criticism of globalization from the left, on the other.

KLAUS PETER KISKER
In Favor of an Orientation Toward Social Profit
Interview with Stefan Kalmring
and Andreas Nowak

Contrary to the pet allegations of neo-liberal theoreticians – the authors doubt that Keynesianism was really a failure, because no country ever made a serious attempt to base its economic system on Keynes' theories. The interviewers and the interviewed paint a broad picture of fundamental criti-

cism of neo-liberal privatization and plead for a strengthening of state regulation in monetary and tax policies. The logic of business management, they say, must be replaced by an orientation toward social profit, which, however, can only be achieved by breaking through the limits imposed by the sole reliance on system immanent criticism.

DIETMAR DATHE
The Low-Wage Sector in Germany
An Analysis of Recent Studies

Reigning politicians like to argue that low wages would be decisive in the fight against unemployment, particularly, on the one hand, of low qualified workers, who, due to rationalization, are less in »demand« and, on the other, in the service industries, where high wages would be dissuasive to a higher demand. With an analysis of recent studies the author concludes that Germany has a low-wage sector that is larger than the EU average and is still growing, but this has not contributed to the reduction of unemployment.

FABIAN VIRCHOW
The »German Folk's Anti-Capitalist Yearnings«
On the Neo-Fascists' Self-Portrayal
as »Champions of the Poor«

There are alarming signs that politicians on the extreme right are prepared to take on, what they call, the aspects of the social question, that have been relinquished by the political left and »enrich« them with nationalist content. Through examining the arguments and racist vocabulary of these neo-fascists, the author exposes that, despite all their verbal radicalism, the extreme right does not put the capitalist system into question, but attempts rather to channel the wide-spread dissatisfaction over the social situation into a nationalist, anti-left and anti-union approach, directed toward national self-sufficiency and an idealization of work.

MAXI HAASE
Between Heteronomy and Autonomy
The Role of Indigenous Peoples
in Development Cooperation

Critically discussing the term »development« in general, the author describes the very slow acceptance of a view that takes into account the tremendous role the knowledge of the indigenous peoples in so-called »third world countries« can and must play in the development cooperation offered by the »first world«. She analyses indigenous concepts of autonomous development, warns about the pragmatic motivation of Western development discourse, aimed at the confirmation of existing power structures and pleads for democratic and equal participation of indigenous peoples in the exchange of knowledge, contacts and resources in development cooperation.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €